Kein Merkelversteher
Interview mit Erich Weede S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 45 – 11. November 2016

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Entschiedener Widerstand: Kundgebung gegen sogenannte Frühehen in Berlin

Bild: Ullstein

Der Rechtsstaat rutscht ab

Politik und Rechtsprechung untergraben das Vertrauen loyaler Bürger

Der Maßstab dafür, was hart bestraft wird und was kaum oder gar nicht, scheint sich dramatisch zu verschieben.

Mit Empörung hat der Chef der Polizeigewerkschaft (DPolG), Rainer Wendt, auf die Äußerungen von Integrationsministerin Aydan Özoguz (SPD) zu „Kinderehen“ reagiert. Özoguz hatte sich gegen ein pauschales Verbot der Vermählung minderjähriger Mädchen gewandt, weil dies die „jungen Frauen ins soziale Abseits“ dränge. „Die Frau gehört sofort rausgeworfen“, appelliert Wendt daraufhin an Kanzlerin Merkel.

In der bizarren Debatte um die bislang undenkbare Akzeptanz von Kinderehen manifestiert sich eine besorgniserregende Erosion, um nicht zu sagen: Demontage des deutschen Rechtsstaats. Diese Demontage folgt im Falle Özoguz einer verhängnisvollen Vorstellung, welche die Ministerin schon vor Monaten formuliert hat. Damals forderte sie, die Deutschen müssten infolge der Massenzuwanderung aus fremden Kulturen ihr „Zusammenleben täglich neu verhandeln“.

Offensichtlich zählt sie zu dem „Verhandelbaren“ auch einige bislang unverrückbare Grundlagen unseres Rechtsverständnisses. Damit untergraben Özoguz und ihre Mitstreiter den Rechtsstaat an sich und das Vertrauen, das ihm die deutschen Bürger bisher entgegen gebracht haben.

> Streit um »Kinderehe« fördert erschreckende Vorstellungen zutage

Dieses Vertrauen schmilzt ohnehin wegen der auffälligen Verschiebung dessen, was besonders hart bestraft wird und was nicht. Während wegen der Silvester-Exzesse von Köln, Hamburg und anderswo so gut wie niemand verurteilt wurde, während Einbrecher, Räuber, Diebe in Scharen über das Land herfallen und nur sehr selten gefasst und bestraft werden, verschärft der Staat den Druck auf die Verursacher von Meinungsdelikten massiv.

Weil er eine abscheuliche Tätowierung in einem Oranienburger Spaßbad offen trug, wurde ein 28-jähriger NPD-Funktionär eben erst zu acht Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Zu sehen war der Spruch „Jedem das Seine“ unter den Umrissen eines KZ-Tores. Abstoßend, keine Frage. Jedoch stellt der damit angerichtete konkrete Schaden keinen Vergleich dar zu dem, was Opfer von Vergewaltigungen, von Raub oder Einbruch zu durchleiden haben. Hier lässt sich der Eindruck kaum vermeiden, dass die Rechtsprechung in Schieflage geraten ist.

Diese Schieflage empfinden auch Bürger, die erleben, dass Bagatelldelikte wie selbst das Nichtbezahlen von Rundfunkgebühren bis ins Gefängnis führen können, wohingegen massenhafte illegale Grenzübertritte hingenommen und die Täter mit Sozialleistungen versorgt wurden. Bestraft werden offenbar vorzugsweise jene Bürger, die ihre Steuern zahlen und sich ansonsten an alle Regeln halten. Wer dagegen auf diesen Staat, unsere Kultur und Regeln pfeift, dem winken ungeahnte Freiräume bis hin zur „Kinderehe“. Die Politik sollte sich daran erinnern, dass ein Staat ohne das Vertrauen seiner loyalen Bürger keine Zukunft hat. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Verirrungen

So mancher wird genau hinhören, was bei den diesjährigen Veranstaltungen zum Volkstrauertag von Vertretern des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge gesagt wird. War er unter seinem unsäglichen Präsidenten Markus Meckel zunehmend ins Abseits geraten, besteht nach dessen Abgang die Hoffnung, dass der eigentlich verdienstvolle Verband von seinem vor drei Jahren eingeschlagenen Linkskurs wieder abweichen wird. Der mit zunehmendem Abstand zu den Weltkriegen immer weiter schwindenden Resonanz in der Bevölkerung dadurch begegnen zu wollen, dass er sich als Friedensbewegung geriert, ist gescheitert. Kein Wunder, denn auf diesem Gebiet gibt es weitaus profiliertere Organisationen. Und dass der Volksbund deutsche Opfer diskreditiert und sich bei der Antifa anbiedert, hat ihm keine neuen Mitglieder gebracht, sondern ihn viele treue Mitglieder gekostet.

Auch der Volkstrauertag als staatlicher Gedenktag hat unter der ideologischen Verirrung des Volksbundes gelitten. Die Reden und „Darbietungen“ haben viele Teilnehmer veranlasst, den Veranstaltungen fernzubleiben. Dabei ist es ohnehin schon schwer genug, den heute Lebenden, die kaum noch einen Bezug zu den Kriegstoten haben, die Bedeutung des Volkstrauertages zu vermitteln. Dabei wäre es durchaus möglich, ihm wieder breitere Akzeptanz zu verschaffen. Man müsste nur wieder seinen Wesenskern, nämlich das ideologiefreie Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, in den Mittelpunkt stellen. Allerdings darf das nicht in Form einer Retrospektive geschehen, sondern indem durch die ausdrückliche Einbeziehung der Gefallenen der Bundeswehr ein Gegenwartsbezug hergestellt wird.

Terrorgefahr wird verharmlost

Türkische Behörden halten Informationen zurück, um den Tourismus nicht zu gefährden

Die Einschläge kommen näher und näher. Bald dürfte der Nahost- beziehungsweise Kurdenkonflikt auch unmittelbar den auch bei deutschen Touristen beliebten türkischen Badeort Antalya an der „Türkischen Riviera“ erreichen. Hier tummeln sich trotz aller Buchungsrückgänge immer noch viele unerschrockene Touristen, weil der Urlaub dort ja jetzt „so günstig“ ist.

Von der Brisanz der Situation entlang der „Türkischen Riviera“ zeugen unter anderem die zwei Raketenangriffe vom 14. Oktober in unmittelbarer Nähe des Billigreiseziels, auch wenn diese nur wenig Schaden anrichteten und keine Opfer forderten. Nach Angaben der Nachrichtenagenturen Anadolu und Dogan traf der eine Flugkörper eine Lagerhalle in Küçük Çalticak an der vielbefahrenen Schnellstraße D 400 zwischen Kemer und Antalya, der andere detonierte auf Brachland. Mehr erfuhr die Öffentlichkeit nicht, da die Behörden gleich nach dem Vorfall eine Informationssperre verhängten – sicher auch zum Schutze des Tourismus in der Region, der dieses Jahr ohnehin schon um über 30 Prozent zurückging.

> Der Nahost- und der Kurdenkonflikt erreichen Antalya

Und diese Vernebelungstaktik funktioniert tatsächlich recht zuverlässig, wie die Reaktion des Auswärtigen Amtes in Berlin zeigt: Ohne jedwedes konkrete Wissen über die Hintergründe des Anschlags verkündete es kurz danach, es gebe „keine Hinweise auf eine Angriffsabsicht auf ausländische oder touristische Ziele“. Die Reisenden sollten sich einfach „umsichtig verhalten“ und immer „ein gültiges Ausweisdokument mit sich führen“.

Wer die Raketen abfeuerte, ist also unbekannt. Jedoch kommen am ehesten die radikalen „Freiheitsfalken Kurdistans“ (Teyrebazen Azadiya Kurdistan) oder IS-Terroristen in Frage. Immerhin plante der Islamische Staat bereits im Frühjahr Anschläge auf touristische Ziele an den Stränden rund ums Mittelmeer, was die Behörden damals ebenfalls herunterspielten. So warnte der italienische Innenminister Angelino Alfano: „Panikmache kann dem Tourismus in unserem Land schaden.“

Auf jeden Fall wollten die Terroristen wohl kaum das winzige Dörfchen Küçük Çalticak treffen. Laut der Nachrichtenagentur Reuters war ihr eigentliches Ziel ein Gefahrgutlaster auf der Küstenstraße, während die türkische Zeitung „Hürriyet“ missglückte Angriffe auf Tanker vor der Küste vermutete. Und das in Alanya erscheinende deutschsprachige Blatt „Prima Türkei“ meldete sogar – im absoluten Gegensatz zum Auswärtigen Amt – die Attacke habe wohl dem Tanklager von Petrol Ofisi sowie dem Kais für Kreuzfahrtschiffe im Akdeniz-Hafen von Antalya gegolten; vielleicht sollten die Raketen aber auch am nahebei liegenden, stark frequentierten Strand von Konyaalti einschlagen.

> Auch das deutsche Außenamt beteiligt sich an Manipulation

Gewiss wird der Raketenangriff zu weiteren Einbrüchen im Tourismus an der „Türkischen Riviera“ führen. Das hat sich in den vergangenen Tagen gezeigt, als im Regnum Carya Golf & Spa Resort von Belek unweit von Antalya das mit sieben Millionen Dollar dotierte Golfturnier „Turkish Airlines Open“, eines der wichtigsten europäischen Golf-Ereignisse, stattfand. Nachdem schon einige hochkarätige Spieler wegen des Anschlags abgesagt hatten, kam es zu einem spürbaren Zuschauerschwund. *Wolfgang Kaufmann*

MELDUNGEN

Abtreibung bleibt erlaubt

Warschau – Die katholische Kirche in Polen ist mit ihren Bemühungen gescheitert, Abtreibungen grundsätzlich zu verbieten. Dies sollte ausdrücklich auch in Fällen von Vergewaltigungen, behinderten Kindern oder einer Gefährdung des Lebens der Mutter gelten. Das Vorhaben hatte zu massiven Protesten geführt. Bei der abschließenden Beschlussfassung über zwei äußerst restriktive Gesetzesentwürfe fand nach einer lebhaften Debatte keine der Vorlagen auch nur annähernd eine parlamentarische Mehrheit. Auch die Regierungspartei PiS erwies sich als in verschiedene moderate und einen reaktionären Kaczynski-Flügel gespalten. Dennoch hat die Partei bereits die Ausarbeitung einer neuen Regelung noch für dieses Jahr angekündigt. *T.W.W.*

Jeder Kommune ihre Beauftragte

Hannover – Der von einer rotgrünen Mehrheit beherrschte niedersächsische Landtag hat eine Änderung der Kommunalverfassung beschlossen, nach der künftig jede niedersächsische Kommune mit mehr als 20000 Einwohnern mindestens eine halbe Stelle für eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte schaffen muss. Die dadurch entstehenden Kosten allerdings will das Land nur für halbe Stellen und dann auch nur zur Hälfte übernehmen. Bisher galt die Verpflichtung zur Beschäftigung einer Gleichstellungsbeauftragten nur für die Landkreise und die größeren Städte. Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund kritisiert die Gesetzesänderung, von der 80 Kommunen betroffen sind, als reine Symbolpolitik, da es in vielen Gemeinden für eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte gar nicht genug zu tun gäbe. Auch ist er mit der Kostenverteilung nicht einverstanden. *J.H.*

Chinesen bauen Mega-Stadt

Peking – Die chinesische Hauptstadt mit ihren rund 22 Millionen Einwohnern ist in ihrer heutigen Form mehr gewachsen als geplant, und die Massen an Menschen, Verkehr und Industrie ließen sie lange als Auslaufmodell erscheinen. Jing-Jin-Ji heißt das Zauberwort zur Lösung des Problems, eine neue Mega-Stadt für 180 Millionen Menschen, die das bisherige Peking, die östlich anschließende gigantische Hafenstadt Tientsin und die beide umgebende, eher ländlich geprägte Provinz Hebei vereinen soll. Durch die Aufhebung der inneren Grenzen soll nun erstmals eine planmäßige Raumnutzung ermöglicht werden, um die bestehenden Probleme zu beseitigen. Verbunden wird die Region im Inneren künftig vor allem durch ein 1000 Kilometer langes System aus Hochgeschwindigkeitsbahnstrecken, während die Außenanbindung durch einen neuen Großflughafen im Süden Pekings angedacht ist, den alle Einwohner Jing-Jin-Jis innerhalb von einer Stunde erreichen können sollen. Insgesamt wird das Vorhaben ein Areal von über 200000 Quadratkilometern umfassen und damit auch vom Flächenumfang her die größte Stadt der Welt bilden. Die Bau- und Umzugsarbeiten für die neue Metropolregion befinden sich bereits in vollem Gange, bis 2030 sollen die Umstrukturierungsmaßnahmen abgeschlossen sein. *T.W.W.*

»Freiheit, Wohlstand und Frieden«

Interview mit Erich Weede über die Diskrepanz zwischen Deutschlands Interessen und seiner Politik

Erich Weede ist emeritierter Lehrstuhlinhaber für Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Als diplomierter Psychologe und habilitierter Politikwissenschaftler umfasst sein veröffentlichtes Werk eine beeindruckende intellektuelle Tiefe. Interkulturelle Fragestellungen und insbesondere die Zusammenhänge zwischen der Sozialstruktur einer Bevölkerung und ihrer erwartbaren wirtschaftlichen Prosperität prägen seine Arbeiten. Bernd Kallina sprach mit Prof. Weede anlässlich des 39. Godesberger Pressestammtisches in der Bundesstadt.

PAZ: *In den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts definierte Max Weber das Wesen des Politischen einmal als „Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt". Trifft dies auch heute noch zu?*

Erich Weede: Ja, Politik ist und bleibt Kampf um Macht. Aber man darf hoffen, dass es den Politikern auch darum geht, der Bevölkerung zu dienen. Damit meine ich nicht nur den Wählern, sondern auch künftigen Generationen, die noch nicht wählen dürfen, aber trotzdem möglichst wenig Schulden erben wollen.

PAZ: *Für Deutschland haben Sie das nationale Interesse wie folgt definiert, nämlich: Freiheit, Wohlstand und Frieden. Wie begründen Sie diese strategische Zielkonzeption?*

Weede: Sehen Sie: Aus historischen Gründen tun wir Deutschen uns schwer mit der Formulierung und Vertretung unserer nationalen Interessen, was ich für bedauerlich halte. Deshalb habe ich eine Formulierung nationaler Interessen vorgeschlagen, die offensichtlich nicht im Gegensatz zu den berechtigten Interessen anderer Nationen, vor allem unserer Nachbarn, steht. Wer wünscht sich Nachbarn, bei denen Repression statt Freiheit, Armut statt Wohlstand und Krieg oder Bürgerkrieg statt Frieden herrscht? Das können meines Erachtens nur Regierungen, die die nationalen Interessen ihrer eigenen Bevölkerung aus den Augen verlieren.

PAZ: *Kritiker sehen das Problem im zeitgenössischen Deutschland vor allem auch darin, dass im etablierten politisch-medialen Komplex allein die Erwähnung von nationalen Interessen schon als verwerflich gilt und man sich stattdessen lieber in universalistische Begriffs-Floskeln flüchtet, oder?*

Weede: Das ist leider so. In Deutschland läuft die politische Korrektheit vor allem auf Denkverbote hinaus. Merkwürdigerweise sind gar nicht mal die großen Parteien die konsequentesten Vertreter der politischen Korrektheit, sondern die Grünen. Die möchten am liebsten in allen Lebensfragen – von der Klima- und Energiepolitik über die Euro-Rettungspolitik bis hin zur Migrationspolitik – durchsetzen, dass man über die Kosten der Politik gar nicht mehr nachdenkt, dass Gesinnungsethik an die Stelle von Verantwortungsethik tritt, womit wir wieder beim eingangs zitierten Max Weber wären. Seit dem Atomausstieg ist allerdings die Kanzlerin auf diese Politik eingeschwenkt und das ist fatal!



Emeritierter Lehrstuhlinhaber für Soziologie, promovierter und habilitierter Politologe und diplomierter Psychologe: Erich Weede Bild: Fotofinder

PAZ: *Eine weitere Störgröße in diesem Zusammenhang sehen Beobachter unserer Lage in der bis heute andauernden NS-Dauervergangenheitsbewältigung. Selbst völlig legitime nationale Forderungen würden sofort durch propagandistisch aufgebauschte Querverweise auf das Dritte Reich sozusagen schon im Vorfeld politisch-psychologisch ausgeschaltet. Teilen Sie derartige Bedenken?*

Weede: Ja, soweit es sich um legitime nationale Forderung handelt. Aber: Weil die Politik Hitlers nicht nur gegenüber den Juden, sondern auch gegenüber unseren östlichen Nachbarn so lange mörderisch war, wie der Kriegsverlauf das zuließ, ist Vergangenheitsbewältigung, soweit sie nicht manipulative Formen annimmt, durchaus notwendig. Aus Unmoral und Fehlern sollte man lernen.

PAZ: *Welche Konsequenzen meinen Sie, was sollten wir lernen?*

Weede: Erstens, Mordbereitschaft gegenüber Anderen ist nicht im eigenen Interesse. Am Ende des Krieges wurden die Deutschen dann selbst Opfer, vor allem diejenigen, deren Heimat östlich von Oder und Neiße lag. Zweitens würde ich aus der Geschichte des Dritten Reiches schließen, dass Machtkonzentration beim Staat – oder bei der Politik statt bei Bürgern und Unternehmen oder Gemeinden – an sich problematisch ist. Zentralisierte Macht bietet nun mal die größten Möglichkeiten zum Missbrauch.

PAZ: *Themenwechsel, Herr Professor Weede: Der freie Handel liegt Ihnen bei den Zielen und Interessen deutscher Politik besonders am Herzen. Warum ist Ihnen diese spezielle Form von Handel so wichtig?*

Weede: Bis zum Ende des Kalten Krieges, des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der deutschen Wiedervereinigung war die Konfliktforschung eines meiner wichtigsten Arbeitsgebiete. Danach habe ich mich zunehmend mit wirtschaftlicher Freiheit und Kapitalismus beschäftigt. Der sogenannte kapitalistische Frieden ist die Schnittstelle meines alten und meines neuen Arbeitsgebietes. Eine wichtige Komponente des kapitalistischen Friedens ist, dass die Kriegsgefahr unter Staaten abnimmt, die besonders viel Handel miteinander treiben oder in denen besonders viel wirtschaftliche Freiheit herrscht. Eine andere Komponente des kapitalistischen Friedens zeigt uns, dass die Kriegsgefahr unter Demokratien abnimmt. Aber der Freihandel ist das wichtigere Pazifizierungsmittel. Denn je mehr ein Staat freihändlerisch ist, desto seltener ist er in Kriege verwickelt. Demokratien sind allerdings genauso oft wie Autokratien in Kriege verwickelt, auch wenn ihre Kriegsgegner fast immer Autokratien sind. Der demokratische Frieden gilt nur unter Demokratien.

> »Eine rationale Erklärung der Merkelschen Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik kann ich leider nicht geben«

PAZ: *Die höchst umstrittenen EU-Freihandelsabkommen Ceta und TTIP, also jene mit Kanada und den USA, haben aktuell eine riesige Oppositionsbewegung dagegen entstehen lassen. Wenn Sie einmal auf wichtige Argumente dieser Ablehnerfraktion eingehen. Zu welchem Ergebnis kommen Sie dann?*

Weede: Die meisten Gegner der beiden nordatlantischen Freihandelsabkommen verlieren das Wichtigste aus den Augen, nämlich sowohl die Verfestigung des nordatlantischen Bündnisses als auch die zu erwartenden positiven Wohlstandskonsequenzen. Sich über Genmais oder Chlorhühnchen Gedanken zu machen, halte ich für albern. Die Amerikaner überleben das. Auch nach Abschluss der Abkommen müsste das niemand kaufen und essen. Der Investorenschutz ist etwas problematischer. Aber letzten Endes stört mich dabei höchstens, dass inländische Unternehmen nicht so gut geschützt werden. Den deutschen Energieversorgern – und das ist ein viel schwerwiegenderes Problem – hätte mehr Schutz vor der Politik beim Atomausstieg recht gut getan.

PAZ: *Kommen wir auf die Euro-Rettungspolitik und die die CDU/CSU, ganz Deutschland und Europa spaltende sogenannte Flüchtlingspolitik von Frau Merkel zu sprechen. Wie erklären Sie sich diesen deutschen Sonderweg unserer Bundeskanzlerin, wo es doch jahrzehntelang das Credo unserer Außenpolitik war: Deutschland dürfe sich nicht isolieren?*

Weede: Eine rationale Erklärung der Merkelschen Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik kann ich leider nicht geben. Das muss wieder mal Gesinnungsethik sein, die die negativen Konsequenzen einer vermeintlich guten Politik nicht einkalkuliert. Diese werden nämlich in unverantwortlicher Weise einfach ausgeblendet.

PAZ: *An welche Folgen denken Sie dabei vor allem, Herr Professor. Weede?*

Weede: Zu befürchten sind erstens eine Verschlechterung der durchschnittlichen Qualifikation der in Deutschland lebenden Menschen im arbeitsfähigen Alter. Denn Herkunftsländer, die unter Armut, Repression und Bürgerkrieg leiden, können die Migranten nicht für hier entwickelte Länder mit anspruchsvollen Arbeitsmärkten ausbilden. Je schlechter qualifiziert unsere Arbeitskräfte sind, desto prekärer wird der Wohlstand. Zweitens ist eine Gefährdung der politischen Stabilität unseres Landes zu erwarten, weil ethnisch oder religiös heterogene Gesellschaften Schwierigkeiten dabei haben gut zu funktionieren. Viele Herkunftsländer unserer Migranten leiden unter kultureller Heterogenität. Die bringen sie jetzt zu uns. Drittens führt die Massenzuwanderung auch zur Beschränkung der wirtschaftlichen Freiheit der Einheimischen. Es gibt Schätzungen, wonach jeder Migrant uns fast eine halbe Million Euro kosten könnte. Alternative Verwendungen dieser Mittel wären Schuldenabbau, Steuersenkungen, ja sogar Flüchtlingshilfe im Libanon oder Jordanien, wo man mit demselben Geld mehr Flüchtlingen hätte helfen können. Dann wären auch nicht vorwiegend junge Männer im wehrfähigen Alter Empfänger unserer humanitären Hilfe gewesen. Mein grundsätzlichster Einwand gegen die Merkelsche Migrationspolitik ist folgender. Wenn der eigene Staat für das Wohlergehen auch Not leidender Ausländer zuständig ist – nach meiner Schätzung leben fünf Milliarden Ausländer schlechter als unsere Hartz-IV-Empfänger – wie kann er dann noch im nationalen Interesse der Bürger handeln?

Mit den Asylsuchern kommen die Kinderehen

In Deutschland leben bereits 361 verheiratete Kinder unter 14 Jahren, und ihre Zahl steigt rasant

In Deutschland ist eine Heirat von Minderjährigen ab 16 Jahren erlaubt, wenn ein Partner volljährig ist und die Erziehungsberechtigten der Eheschließung zustimmen. Bisher werden Kinderehen in Deutschland dann nicht anerkannt, wenn ein Partner jünger als 14 Jahre ist. Bei derartigen im Ausland geschlossenen Ehen haben deutsche Familiengerichte bislang jedoch einen Ermessensspielraum. Die Kinderrechtsorganisation Save the Children warnt in einem Bericht zum Weltmädchentag vor einer wachsenden Zahl von Mädchen, die bereits im Kindesalter verheiratet werden. Demnach leben laut den Vereinten Nationen derzeit weltweit rund 700 Millionen Frauen und Mädchen in Ehen, die sie vor ihrem 18. Lebensjahr eingehen mussten. Im Jahr 2050 könnten es bis zu 1,2 Milliarden sein, schätzt Save the Children. In vielen muslimischen Bürgerkriegsländern würden Mädchen bereits teilweise im Alter von zehn Jahren verheiratet, heißt es in dem Bericht.

Passend zu den Zahlen von Save the Children hat nun das Innenministerium entsprechende Zahlen für Deutschland präsentiert. Hier sind demnach 1475 minderjährig Verheiratete registriert, 361 davon unter 14 Jahren. Die Behörden gehen davon aus, dass die Dunkelziffer bei den Kinderehen höher ist. Die meisten verheirateten Minderjährigen finden sich unter den anderthalb Millionen Immigranten aus Afrika, Asien und dem Nahen Osten, die in den letzten beiden Jahren nach Deutschland gekommen sind, allein 664 von ihnen stammen laut dem Bundesinnenministerium aus Syrien.

> Weltweit werden Hunderte Millionen Mädchen vor ihrem 18. Lebensjahr verheiratet

Eine dieser Kinderehen aus Syrien machte besondere Schlagzeilen, weil das Oberlandesgericht Bamberg im Mai die Ehe einer Syrerin, die im Alter von 14 mit einem Cousin verheiratet worden und geflüchtet war, in Deutschland anerkannt hat. Und dies obwohl sich das Jugendamt zunächst geweigert hatte, die Ehe anzuerkennen, und das Kind bereits von ihrem „Ehemann" getrennt worden war. Dagegen klagte das Paar. Ein Familiengericht entschied zunächst noch zugunsten des Jugendamts, das geltend machte, der rechtliche Vormund des Mädchens zu sein, bis das Oberlandesgericht in Bayern, die vorherigen Entscheidungen verwarf und aus dem Kind eine Ehefrau machte. Mit diesem Urteil wurden Kinderehen nach der Scharia, die kein Mindestalter für Ehen kennt, in Deutschland praktisch legalisiert.

Seitdem wird debattiert, ob solche Kinderehen im Widerspruch zu den Grundrechten stehen. Eine klare Regelung gibt es bislang nicht. „Für die Beurteilung der Ehemündigkeit einer Person ... soll künftig stets deutsches Recht gelten", kündigte jetzt der bayerische Justizminister Winfried Bausback an. In Bayern sind mit über 500 die meisten Fälle von minderjährigen Verheirateten registriert. „Die Aufhebung von Auslandskinderehen muss künftig der Grundsatz sein", zitierte die „Passauer Neue Presse" aus einem Strategiepapier der Abgeordneten von CDU und CSU. Für Ehen in Deutschland müsse die Altersgrenze zudem auf 18 Jahre angehoben werden. Das Papier verlangt auch, dass künftig deutsches Recht gelten müsse, wenn zwei ausländische Staatsangehörige hier heiraten wollen. Bisher gilt für den rechtswirksamen Abschluss von Ehen zweier Ausländer das Recht des Staates, dem die Verlobten bei Eheschließung angehören. Stammen zwei Heiratswillige aus dem IS-Gebiet in Syrien, kann auch in Deutschland Schariarecht zur Geltung kommen. *Bodo Bost*

Höhere Strafen und Elektroschocker

Aufrüstung der Polizei – Was gegen zunehmende Gewalt gegen Bundesbeamte helfen soll

Polizisten werden immer öfter zum Opfer von Gewalttaten. Um die Entwicklung zu stoppen, wird nun über eine Verschärfung im Strafgesetzbuch, aber auch über eine neue Ausrüstung für die Polizei nachgedacht.

Zahlen aus Berlin machen deutlich, wie stark die Gewaltbereitschaft gegenüber Polizeibeamten mittlerweile in der Gesellschaft ist. Aus einer Antwort der Senatsinnenverwaltung auf eine Anfrage der Berliner CDU geht hervor, dass im vergangenen Jahr 4670 sogenannte Widerstandshandlungen registriert worden sind. Aufgelistet wurden von der Innenverwaltung unter anderem 1917 Körperverletzungen gegen Polizeibeamte, 293 Fälle, bei denen Polizisten bedroht wurden, sowie 96 Fälle von Nötigungen.

Was sich hinter solchen Zahlen ganz konkret verbirgt, macht ein Fall aus dem vergangenen Juni deutlich, bei dem ein mutmaßlicher Drogenhändler zwei Berliner Zivilfahnder zum Teil schwer verletzte. Zunächst hatten die Beamten den 17-Jährigen beobachtet, wie er nahe dem Görlitzer Park Drogen verkaufte. Als sich die Fahnder zu erkennen gaben, schlug der Jugendliche brutal zu. Folge der Prügelattacke war ein gebrochenes Jochbein bei einer 43-jährigen Kommissarin, die im Krankenhaus operiert werden musste. Laut einem Zeitungsbericht gab der Täter in einem Polizeiverhör später ganz offen zu, mit Vorsatz gehandelt zu haben: „Ich wollte sie verletzen."

Betroffen ist von der zunehmenden Gewaltbereitschaft gegen Polizisten indessen nicht nur Berlin. Wie im Zuge der Aufarbeitung der Ereignisse der berüchtigten Kölner Silvesternacht durch einen Untersuchungsausschuss bekannt wurde, scheint die Gewalt gegen Polizisten mittlerweile ein Alltagsphänomen in Deutschland zu sein. Vor dem Untersuchungsausschuss des NRW-Landtags zur Kölner Silvesternacht sagte ein Beamter aus, im Schnitt werde alle 90 Minuten ein Beamter im Dienst angegriffen. Betroffen ist auch der Freistaat Bayern. Medienberichten zufolge ist Ende vergangenen Monats eine Gruppe von fast 50 Jugendlichen bei einer Personenkontrolle am Münchner Ostbahnhof einigen Beamten der Bundespolizei derart aggressiv gegenübergetreten, dass der Bahnhof zeitweilig geräumt werden musste. Laut der Polizei sind die Beamten von der Gruppe Jugendlicher, die überwiegend Immigrationshintergrund hatte, unter anderem mit „Fuck Police"-Rufen beschimpft worden. Erst herbeigerufenen Unterstützung und die Androhung von Zwangsmaßnahmen

Höhere Höchststrafen bringen wenig

konnten die Lage wieder beruhigen. Für bayerische Verhältnisse mag die Eskalation am Münchner Ostbahnhof neu sein, der Vorgang passt aber zu dem, was bundesweit zu beobachten ist: Ein Großteil der Gewalttaten betrifft Streifenwagenbesatzungen, die bei Verkehrskontrollen, Personalienaufnahmen oder in Fällen häuslicher Gewalt im Einsatz sind.

Vor allem Polizeigewerkschafter fordern immer eindringlicher Gegenmaßnahmen. Im Gespräch sind mittlerweile kleine Schulterkameras, die im Konfliktfall von den Beamten zur Beweisführung eingeschaltet werden können. Ob dies auf gewaltbereite Täter abschreckend wirkt, bleibt abzuwarten. So hat ein Vertreter der Deutschen Polizeigewerkschaft NRW darauf hingewiesen, dass viele Vorfälle von den Beamten überhaupt nicht mehr zur Anzeige gebracht werden. Aufschlussreich ist die gelieferte Begründung. Demnach übt die häufige Einstellung von Verfahren oder die Verhängung von geringen Strafen für die Täter eine stark demotivierende Wirkung auf viele Polizeibeamte aus.

Im Rahmen einer Verschärfung des Strafrechts ist die Einführung eines neuen sogenannten „Schutzparagrafen 112" im Strafgesetzbuch im Gespräch. Mit diesem sollen Angreifer auf Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienste mit Freiheitsstrafen von sechs Monaten bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden können. In besonders schweren Fällen sollen sogar bis zu zehn Jahre Freiheitsentzug drohen. Angesichts der häufigen Einstellung von Verfahren oder der Verhängung von Bagatellstrafen scheint es indes wenig erfolgversprechend, Höchststrafen zu erhöhen, da diese in der Praxis nur selten verhängt werden. Erhöhte Mindeststrafen hingegen könnten sich tatsächlich präventiv auswirken.

Erfahrungen aus dem Ausland sprechen zudem dafür, dass die Ausrüstung der Polizei mit Elektroschockpistolen, sogenannten Tasern, die Gewalt gegen Polizeibeamte erheblich sinken lässt. Diese Distanz-Elektroimpulswaffen schließen aus Sicht von Befürwortern die Lücke zwischen „Schlagstock und Pistole", indem sie angreifende Personen in kürzester Zeit handlungsunfähig machen. Von der deutschen Polizei werden Elektroschocker bislang nur genutzt, wenn es darum geht, Personen vor einem Suizid abzuhalten. *Norman Hanert*

Im Ausland bereits im Einsatz: Schweizer Polizist mit einer Elektroschockpistole Bild: pa

MELDUNGEN

1000 Augen der Bundespolizei

Berlin – Die Bundespolizei hat derzeit Zugriff auf rund 6400 Videokameras der Deutschen Bahn. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hervor. Demnach betreibt die Bundespolizei in den Bahnhöfen grundsätzlich keine eigenen Kameras. An den Flughäfen nimmt sie dagegen sowohl Luftsicherheitsaufgaben als auch bahnpolizeiliche Aufgaben wahr und hat sowohl auf eigene Kameras als auch auf Kameras der Flughafenbetreiber und der Bahn Zugriff. Dabei beträgt die Anzahl der Videokameras, auf die die Bundespolizei an den fünf größten deutschen Flughäfen zugreifen kann, rund 1730. *J.H.*

Sechs Millionen mit Hartz-IV

Berlin – Derzeit beziehen 5,9 Millionen Menschen Sozialleistungen nach Hartz-IV. Davon sind nach Angaben des Bundessozialministeriums 4,3 Millionen erwerbsfähig. Bei den 1,6 Millionen nicht erwerbsfähigen Leistungsempfängern handelt es sich zumeist um Minderjährige. Während die Zahl der Arbeitslosen immer weiter sinkt, steigt die Zahl der neuen Hartz-IV-Empfänger seit 2011 kontinuierlich. Davor war sie von Jahr zu Jahr stets gesunken. Die Zahl der Langzeit-Leistungsempfänger ist bundesweit von Dezember 2014 bis Dezember 2015 lediglich um 0,8 Prozent auf 2,6 Millionen zurückgegangen. Allein im Jahr 2015 erhielten 785 000 Menschen zum ersten Mal Hartz-IV-Leistungen. *J.H.*

Für unsere Leser liegt dieser Ausgabe der *PAZ*-Tafelkalender für 2017 bei

»Demonstrative Kumpanei«

Streit um eine mögliche erneute Kandidatur von Martin Schulz

Der Wunsch von Martin Schulz (SPD), im Januar 2017 nochmals für das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlamentes zu kandidieren, sorgt bei Politikern in Brüssel für reichlich böses Blut. Bereits im Jahr 2014 hatte Schulz mit seiner Unterschrift eine Vereinbarung besiegelt, der zufolge er nach zwei Amtszeiten von je 2,5 Jahren Anfang kommenden Jahres seinen Posten räumt. Vorgesehen war, dass damit der Weg für einen Vertreter der Europäischen Volkspartei (EVP) an der Spitze des EU-Parlaments frei gemacht wird.

Über den genauen Inhalt der Vereinbarung, die kurz nach der Europawahl geschlossen wurde, bewahren sowohl die EVP und als auch die Sozialdemokraten bis jetzt Stillschweigen. Vieles spricht allerdings dafür, dass man sich damals in der Frage der wechselseitigen Besetzung des Chefpostens im EU-Parlament auf einen Deal eingelassen hat, an den sich die Sozialdemokraten nun nicht mehr gebunden fühlen. Ausgegangen wurde offenbar vor zweieinhalb Jahren davon, dass die EVP mit Jean-Claude Juncker den Kommissionspräsidenten stellt, die Sozialdemokraten dafür aber Zugriff auf den Chefposten beim Europäischen Rat bekommen.

Besetzt wurde der Posten des EU-Gipfelchefs allerdings mit dem Polen Donald Tusk, dessen Partei der EVP-Fraktion angehört. Rückt im Januar an die Spitze des EU-Parlaments auch noch ein Christdemokrat, würden sich die Sozialdemokraten im Brüsseler Machtgefüge vollends übervorteilt sehen. Dass nun ausgerechnet nochmals Martin Schulz antreten soll, stößt innerhalb der EVP allerdings auf starke Vorbehalte. Attestiert wird Schulz ein Hang zur Selbstinszenierung auf der europäischen Bühne. Die Rede ist sogar davon, Schulz veranstalte eine „One-Man-Show".



Will EU-Präsident bleiben: Martin Schulz Bild: CF

Verkompliziert wird die Lage zusätzlich dadurch, dass Kommissionspräsident Juncker, der selbst ein Vertreter der EVP ist, die Pläne des Sozialdemokraten Schulz ganz offen unterstützt. In einem Interview forderte Juncker, „dass die europäischen Institutionen in den nächsten zweieinhalb Jahren so weitergeführt werden wie bisher". Durch diese Aussage können sich damit Abgeordnete wie Alexander Graf Lambsdorff (FDP) bestätigt fühlen, der eine „demonstrative Kumpanei" von Juncker und Schulz kritisiert.

Auch unter einigen Vertretern der Unionsparteien im EU-Parlament herrscht über den Versuch einer Personalkungelei zugunsten von Schulz Verärgerung. So kritisiert etwa Angelika Niebler von der CSU: „Das Europaparlament ist kein Königshaus, in dem der Monarch selber entscheidet, wann er abtritt." Scheitert Schulz mit seinen Plänen für eine dritte Amtszeit als Präsident des Europäischen Parlaments, wäre es umso wahrscheinlicher, dass er nach der Kanzlerkandidatur der SPD im nächsten Jahr greift. *N.H.*

AfD vor Wahldesaster

Richtungskampf in der Partei zwischen Bund und Saarland

Einen vergleichbaren Fall hat es in der deutschen Parteiengeschichte noch nicht gegeben. In einem Rundschreiben an ihre Mitglieder haben die beiden Bundessprecher der Alternative für Deutschland, Frauke Petry und Jörg Meuthen, den Vorstand im Saarland aufgefordert, die bereits gewählten Listen für die Landtagswahl am 26. März 2017 zurückzuziehen.

In der vergangenen Woche hatte das Bundesschiedsgericht der Partei entschieden, dass der Landesverband trotz seiner Kontakte ins ultrarechte Lager nicht aufgelöst werden muss. Dies hatten sowohl der Bundesvorstand als auch der Bundesparteitag im vergangenen Frühjahr beschlossen. Das Gericht folgte zwar der Argumentation, dass dem Landesvorstand eindeutige Verstöße anzulasten seien, betonte aber, dass dafür nicht der ganze Verband zur Verantwortung gezogen werden könne.

Bundesvorstandsmitglied Dirk Driesang, der die Entscheidung des Schiedsgerichts bedauert, glaubt, dass die AfD in den Landtag einziehen werde. „Die könnte da auch Besenstiele aufstellen, zehn Prozent bekommen sie trotzdem", erklärte er der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung". Der saarländische Landesverband ist einer der kleinsten in der Partei. Er hat rund 250 Mitglieder und mit dem 77-jährigen ehemaligen Lehrer Josef Dörr einen höchst umstrittenen Vorsitzenden. Nach jahrzehntelanger Mitgliedschaft bei CDU und Grünen landete er schließlich bei der AfD. Die Mehrheit im auseinanderbrechenden Verband hat er hinter sich, auch weil er für mehrere Dutzend Mitglieder den Beitrag zahlen soll.

„Dörr ist getrieben von Karriereträumen, die ihm bei den Etablier-

Etappensieg der Saarländer vor dem Parteischiedsgericht

ten verwehrt blieben", teilte der ehemalige Landesgeschäftsführer Olaf Vieweg mit. Der Lokalpolitiker hat wie ein gutes Dutzend anderer kommunaler Abgeordneter sein Parteibuch zurückgegeben. „Es ist mittlerweile eine wirklich endlose Liste von Verfehlungen, die man Dörr anlasten kann und die jede für sich schon einen echten Konservativen mit Abscheu sich abwenden ließe", sagt Vieweg. Bewiesen ist, dass sich Landeschef Dörr und sein Stellvertreter Lutz Hecker mehrfach mit Funktionären aus dem NPD-Umfeld getroffen haben. Der Landesvorsitzende sagt, diese Hintergründe seien ihm nicht bekannt gewesen.

Dörr geht nach der Entscheidung des Bundesschiedsgerichts davon aus, dass „sich das Verhältnis zur Bundespartei normalisiert". Doch noch diesen Monat findet ein Konvent statt. Bei diesem „Kleinen Parteitag" sollen die Landesdelegierten auf Vorschlag von Petry und Meuthen darüber entscheiden, dass dem saarländischen Verband keine Wahlkampfhilfe finanzieller oder personeller Art zuteilwird. Dieser dürfte dann wieder das Bundesschiedsgericht anrufen, welches sich in der Auflösungssache auffällig lange Zeit ließ.

Parteiintern verfolgt man die Affäre an der Saar mit Unbehagen, stellt die dortige Wahl doch den Startschuss für das Superwahljahr 2017 dar. Gegen Dörr und Hecker laufen derzeit noch Parteiausschlussverfahren, gegen den Spitzenkandidaten Rudolf Müller ist eines geplant. Er soll in seinem Antiquitätengeschäft Orden mit Hakenkreuzen verkauft haben. Bundesvorstand Driesang sagt, es sei besser, im Saarland an der Fünf-Prozent-Hürde zu scheitern, als fünf Jahre lang eine Fraktion „mit diesen Leuten ertragen zu müssen". *P.E.*

Zeitzeugen



Eckart Brandt – Der Apfelbauer kultiviert im niedersächsischen Helmste bei Stade mehr als 800 traditionelle Apfelsorten sowie historische Birnen-, Pflaumen- und Kirschsorten. Durch seine ökologischen Anbaumethoden fördert er auch die Artenvielfalt. Seine Ware verkauft er auf Wochenmärkten der Region und über das Internet. Bei der internationalen Weltausstellung in Mailand vom 1. Mai bis 31. Oktober vergangenen Jahres unter dem Motto „Feeding the Planet, Energy for Life" stellte er seinen „Boomgarden Park" vor.

William Davis – Mit seinem Buch „Weizenwampe – warum Weizen krank und dick macht" erzielte der amerikanische Herzspezialist und Präventivmediziner einen Weltbestseller. Davis behauptet, der heutige Weizen sei ein schädliches, genmanipuliertes Produkt der Agrarindustrie, wobei er „genmanipuliert" mit verzüchtet gleichsetzt. Moderner Weizen sei seit 50 Jahren so intensiv gekreuzt und verändert worden, dass er sich in einen gesundheitsschädlichen Rohstoff verwandelt habe. Das resultiere daraus, dass im Fokus der Züchter lediglich hohe Erträge, Verarbeitungseigenschaften und die Robustheit der Pflanze durch kurze Halme gestanden hätten.



Matin Qaim – Der Göttinger Professor für Agrarökonomie behauptet, die Ernährungsgrundlage und der gesundheitliche Zustand der ressourcenarmen Bauern im globalen Süden, die nur mäßig fruchtbares Land bewirtschaften, ließen sich deutlich verbessern, würde man sie gezielt fördern. Größere Strukturen würden ihnen Marktteilhabe ermöglichen. Den Agrar-Giganten käme das entgegen. Sie lassen verlautbaren, dass die Ernährung der Weltbevölkerung von zukünftig zehn Milliarden Menschen im Jahr 2050 nur durch die Methoden der Agrarindustrie sichergestellt werden könne.



Willi Schillings-Kremer – Bauer Willi nimmt in seinem Buch „Sauerei! Billiges Essen und unsere Macht als Verbraucher" auf unterhaltsame Weise die Rahmenbedingungen der konventionellen Landwirtschaft unter die Lupe. Die Verbraucher mit ihrer Billig-Mentalität hätten eine Mitverantwortung für so manche Missstände, meint er, und weiter: „Nicht der Landwirt ist abhängig vom Saatgut-Unternehmen, sondern das Saatgut-Unternehmen ist abhängig vom Landwirt."

Einfalt im Brotkorb

Seit 1916 gingen rund zwei Drittel der Kulturpflanzen-Sorten verloren

Vor rund 50 Jahren wurde eine rasante Selektion des Saatguts bis auf wenige Hochleistungssorten eingeleitet, was im Wesentlichen auf den gesetzlichen Sortenschutz und eine Konzentration auf dem Saatgutmarkt zurückzuführen ist.

Seit jeher gehörte es zum bäuerlichen Wirtschaften, von der Ernte – ob Kartoffeln, Weizen- oder Roggenkörner – einen kleinen Teil beiseite zu legen, um die Körner oder Knollen als Saatgut für das kommende Jahr zu verwenden. So betrieben die Bauern den Nachbau von Nutzpflanzen bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts. Mittlerweile sind jedoch viele Kulturpflanzen verlorengegangen. In den letzten 100 Jahren waren es weltweit mehr als zwei Drittel, in Deutschland sogar 90 Prozent. Eine Handvoll internationaler Saatgut-Konzerne teilt sich heute den Weltmarkt untereinander auf. Der größte Saatgutproduzent, Monsanto, kontrolliert allein 27 Prozent. Und die Konzentration geht weiter.

In den Supermärkten und Discountern findet man überall dieselben Obst- und Gemüsesorten sowie Brot und Brötchen aus Hochleistungsweizen und -roggen: ertragreich, gleich groß, gleichzeitig erntereif, transport- und lagerfähig, leicht zu verarbeiten. Von der ursprünglichen Vielfalt und dem unverfälschten Geschmack von Brot aus alten Getreidesorten wissen die Konsumenten meist nur noch vom Hörensagen.

Und die Konzentration geht weiter

Seit Jahrzehnten sind die Richtlinien der EU-Agrarpolitik darauf ausgelegt, die Produktivität durch große Mengen genormter Sorten abzusichern, wozu die starke Exportorientierung der Landwirtschaftspolitik entscheidend beigetragen hat. Unter der Devise „Grüne Revolution" wurden in den 60er Jahren neue Anbaumethoden und Hochertragssorten als Weg aus Hunger und Armut in den Drittweltländern propagiert. Es war die Stunde der professionellen Saatgutzüchter. Das Geschäftsmodell der großen Stückzahlen und Einheiten, verbunden mit der Normierung und Standardisierung der Nutzpflanzen, setzte sich in der westlichen Welt ebenso wie im Ostblock durch. „Es entstand eine Mentalität der reinen Linie, die Überzeugung, dass Variation schlecht und Einförmigkeit gut sei, ja, dass Abarten auf dem Feld irgendwie unmoralisch seien", schrieb der amerikanische Züchtungsexperte Jack R. Harlan.

Im Einklang mit dieser Entwicklung verpflichteten sich die EWG-Staaten 1961 durch ein internationales Übereinkommen, in ihren Ländern die gesetzlichen Voraussetzungen für den Schutz neuer Pflanzensorten zu schaffen. 1968 trat in der Bundesrepublik Deutschland das Sortenschutzgesetz in Kraft, gemäß dem für bestimmte neu gezüchtete oder entdeckte Nutzpflanzen Rechtsschutz besteht. Der Inhaber einer Sorte, in der Regel eine Saatgutfirma, ist allein berechtigt, Samen (Vermehrungsgut) zu erzeugen oder gewerbsmäßig zu vertreiben. Mit hohem, langjährigem Aufwand werden „bessere", das heißt ertragreichere Mais- und Getreidesorten auf den Markt gebracht. Für zufriedenstellende Ernten braucht der Landwirt dieses Saatgut. Auch wenn er selbst erzeugtes Vermehrungsmaterial (Saat) dieser Sorten in seinem Betrieb ausbringt, muss er Lizenzgebühren zahlen.

Züchtung ist Hochtechnologie, die sich bezahlt machen muss. Sofern es technisch möglich ist, züchten die Hersteller sterile Hochertragspflanzen (Hybride), also Sortenkreuzungen für den einmaligen Nachbau. Sie entstehen durch Selbstbefruchtung möglichst unterschiedlicher Elternlinien. Ihr Vertrieb ist besonders einträglich. Mais wird zu fast 100 Prozent als Hybridsaatgut angeboten, Roggen um 75 Prozent. Gentechnisch veränderte Kulturpflanzen werden in Europa kaum angebaut. *Dagmar Jestrzemski*



Einheitliche Massenware aus industrieller Produktion: Backstraße in einer Fabrik in Sachsen-Anhalt Bild: Imago

Biogetreide ist nährstoffreicher und gesünder

Wer immer schon vermutete, dass Biogetreide und Brot aus alten Getreidesorten nährstoffreicher und damit gesünder sei, liegt richtig. „Echtes" Bio-Brot kann man nur in Reformhäusern und auf einigen Bauernmärkten kaufen, und es hat seinen (höheren) Preis.

Im August 2016 veröffentlichten Wissenschaftler der Universität Florenz das Ergebnis einer Doppelblindstudie, die belegt, dass Brot aus Urgetreide das volle Spektrum an gesundheitsfördernden Nährstoffen enthält und gesundheitsfördernd wirkt. Veröffentlicht wurde die medial wenig beachtete Studie im „International Journal of Food Sciences and Nutrition". Die Forscher konnten nachweisen, dass Brot aus alten Getreidesorten wie Emmer, Einkorn, Waldstaudenroggen und Dinkel im Vergleich zu modernen Getreidesorten wesentlich mehr Antioxidantien und entzündungshemmende Stoffe enthält, darunter Carotinoide, B- und E-Vitamine sowie Mineralien (Magnesium, Eisen, Zink und Kalium). Der Anbau

Nährstoffarme Supermarktprodukte

des bei der Studie verwendeten Getreides erfolgte durch naturnahe Methoden ohne Einsatz von Chemiedünger und Pestiziden, die Verarbeitung mit traditionellen Mitteln.

Die heute in den Supermärkten und den meisten Bäckereien angebotenen Getreideprodukte sind nährstoffarm. Eine Studie des renommierten Rothamsted Research Instituts für Agrarforschung in der englischen Grafschaft Hertfordshire aus dem Jahr 2008 erbrachte das Ergebnis, dass der Mineralstoff- und Vitamingehalt der heutigen Getreidesorten seit der „Grünen Revolution" der 1960er Jahre fortlaufend abgenommen hat, um bis zu 50 Prozent bis zur Gegenwart. Angesichts dieses Ergebnisses ist es eine Tragödie, dass in den wirtschaftlichen Anbau von Urgetreide im größeren Stil nicht investiert wurde. Zwar sind die Erträge niedriger und die Verarbeitung ist zeitaufwendiger, doch Urgetreide ist nicht nur gesünder, sondern auch robust gegenüber Krankheiten, Frost und Hitze. *D.J.*

Rettung alter Nutzpflanzen

Teilerfolg des EU-Parlamentes gegen die EU-Kommission

Im März 2014 stimmten die Abgeordneten des EU-Parlaments fast geschlossen gegen einen Gesetzesvorschlag der EU-Kommission, der zu einer weiteren Benachteiligung von bäuerlichen Betrieben geführt und die Sortenvielfalt noch mehr eingeschränkt hätte. Große und internationale Agrarmonopolisten wie Monsanto, Syngenta und DuPont hätten jedoch profitiert. Im Entwurf war vorgesehen, alle Nutzpflanzensorten im Hinblick auf ihre Markttauglichkeit in punkto Uniformität von Größe, Farbe und Reifung erneut auf den Prüfstand zu stellen. Ernährungswert und Geschmack sollten nicht untersucht werden. Auch wollte man den Landwirten verbieten, Saatgut untereinander zu tauschen. Ausnahmen für sogenannte alte Sorten sollte es weiterhin geben, solange diese als Nischenprodukte deklariert werden. Die Planung des Gesetzes war der Tiefpunkt einer Entwicklung, die im Zusammenhang mit der Globalisierung betrachtet werden muss.

Der Rettung alter Nutzpflanzensorten haben sich Interessenverbände, Vereine und einzelne Landwirte verschrieben. Ihr Anliegen ist es nicht nur, die alten Sorten zugunsten des Gemeinwohls zu retten, weil sie gesünder und schmackhafter sind, sondern es gibt auch das Anliegen, die Mannigfaltigkeit von Obst, Gemüse und Getreidesorten als kulturelles Erbe zu bewahren. Auch auf Regierungsebene sind Erhalt und Dokumentation der pflanzengenetischen Vielfalt für heutige und zukünftige Generationen als wichtige Aufgabe erkannt worden. Im 2007 gegründeten „Julius Kühn-Institut – Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen" in Braunschweig werden die Konzepte von Akteuren aus staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen sowie von Privatpersonen gebündelt.

Mannigfaltigkeit gehört zum kulturellen Erbe

Auf dem Dottenfelderhof im Norden Frankfurts wird unter Leitung eines erfahrenen Wissenschaftlers biologisch-dynamische Getreidezüchtung nach Demeter-Richtlinien betrieben. Ausgangsmaterial sind konventionelle Sorten, die auf diese Weise wieder verbessert werden. Die Forschung findet in enger Kooperation mit anderen Institutionen wie beispielsweise dem Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen statt. *D.J.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Lautsprecher des Zeitgeists

Programm des Humboldtforums – Vom Hohenzollernschloss zur Bundespropaganda-Box?



Außen historische Pracht, innen ideologische Modenschau? So wird das Berliner Schloss nach seiner Neu-Errichtung aussehen

Bild: MRK

Die hochkarätigen Sammlungen der Berliner Museen und die Räumlichkeiten des wiederaufgebauten Stadtschlosses sind die Zutaten, die das Humboldtforum auf Augenhöhe mit Museen in London oder Paris bringen könnten. Stattdessen droht aber eine weniger glanzvolle Entwicklung.

Gut drei Jahre vor der geplanten Eröffnung des Humboldtforums im Berliner Schloss sind der britische Museumsmann Neil MacGregor, der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Hermann Parzinger, und der Kunsthistoriker Horst Bredekamp jetzt vor die Öffentlichkeit getreten, um ihre Pläne für das Haus vorzustellen. Bekannt gemacht haben die drei Gründungsintendanten zunächst einmal eine Planungsänderung.

Anstelle einer ursprünglich vorgesehenen völkerkundlichen Fachbibliothek in der ersten Etage soll eine „Humboldt Akademie“ entstehen. Anders, als dies die Bezeichnung nahelegt, ist mit einem Besucherzentrum zu rechnen, in dem über das Werk der Gebrüder Humboldt informiert wird. Aus dem Rahmen des Herkömmlichen fällt, was sich das Intendanten-Trio zum Gesamtcharakter des Humboldtforums überlegt hat.

Zwar wird das Haus vor allem erst einmal dazu dienen, die bislang in Dahlem beheimateten außereuropäischen Sammlungen der Berliner Museen aufzunehmen. Entstehen soll aber kein Museum im klassischen Sinn. Aufzeigen will man vielmehr Querverbindungen, indem in Ausstellungen Objekte aus verschiedenen Sammlungen fächerübergreifend zusammengebracht werden. Hermann Parzinger beschreibt das Konzept des Forums zudem als einen „Brückenschlag zwischen Vergangenheit und Gegenwart“.

„Der Mensch, der heute in ein Museum geht, will wissen: Was hat das mit mir zu tun?“, glaubt Parzinger. Um nicht nur Touristen, sondern vor allem die Berliner ins Museum zu locken, wollen sich die Intendanten auch für einen kostenlosen Eintritt einsetzen. Erwartet werden kann damit in jedem Fall ein außergewöhnliches Museum. Allerdings nicht nur das.

So wie es von der Finanzierung und von der Konzeption als „Weltkulturmuseum“ mit starkem Bezug zur Gegenwart angelegt ist, droht dem Projekt, dass es früher oder später von der Politik gekapert wird. So rechnet die Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) mit einem jährlichen Budget „in der Größenordnung eines komfortablen Opernhauses“, das ab 2019 regelmäßig vom Bundestag abgenickt werden muss. Es braucht nicht viel Phantasie, sondern nur etwas Realitätssinn, um vor diesem Hintergrund die langfristige Entwicklung zu prognostizieren: Die Politik wird es nicht dabei belassen, beim Humboldtforum nur den Geldgeber zu spielen, sie wird auch die Stichworte zur Ausrichtung des Hauses geben wollen.

Bereits die Rede, die Grütters anlässlich der Präsentation des Konzepts zum Humboldtforum gehalten hat, lässt ahnen, dass dieser Prozess in subtiler Form längst in Gang gekommen ist. Angesprochen hat die Politikerin unter anderem die „Überarbeitung einiger Sammlungsmodule mit Blick auf die kolonialen Kontexte der Sammlungsgeschichte“, mit der das Humboldtforum „Maßstäbe für die Auseinandersetzung mit der moralischen und völkerrechtlichen Dimension der eigenen Sammlungsgeschichte“ setze. Sie lobte ausdrücklich die „zukunftsweisende Entscheidung der Gründungsintendanz“, dem Thema „Religion“ oder „Religionen“ einen breiteren als den bisher vorgesehenen Raum zu geben.

> Pressekonferenz lässt ahnen: Politik wird sich stark einmischen

Einem Akteur wie dem international renommierten MacGregor mag es noch gelingen, Erwartungshaltungen vonseiten der Politik abzuwehren. Ob dies künftig auch den Nachfolgern MacGregors gelingt, bleibt abzuwarten. Angesichts der permanenten finanziellen Abhängigkeit des Projekts ist für die Zukunft noch etwas anderes zu befürchten: Beim Humboldtforum selbst könnte künftig die Neigung wachsen, zu „liefern“, was der Politik gefällt. Ohnehin scheint schon bei der Konzeption der ersten drei Ausstellungen eine reichliche Portion des offiziell propagierten Zeitgeists eingeflossen zu sein.

Obwohl in der deutschen Geschichte die Problematik einer kolonialen Überseeexpansion quasi nur eine Fußnote ist, werden die Ausstellungen des Humboldtforums vermutlich von einer intensiven Kolonialismusdebatte begleitet sein. Einen Vorgeschmack gibt die mit „Extreme! Natur und Kultur am Humboldtstrom“ betitelte Musterausstellung, die nun in der Info-Box neben der Schlossbaustelle zu sehen ist.

Neben der Botanik und der Alltagskultur am Humboldtstrom geht es dabei um Themen wie Globalisierung, Umweltverschmutzung und Kolonialismus. Als nächstes geplant ist eine Ausstellung zum Thema „Schutz der Kinder“. Hierbei sollen die Geschichte Berliner Kinder und ein aktueller Bezug zu den Themen Flucht und Immigration eine Rolle spielen.

Der propagandistische Appell zu gegenwärtigen Zwecken quillt hier bereits durch alle Ritzen. Die dritte angekündigte Ausstellung soll sich um das Thema Gold drehen. Einbezogen werden soll wiederum der Aspekt „kolonialer Ausbeutung“. *Norman Hanert*

Nackte Ex-Piratin macht auf beleidigt

Von Theo Maass

Berlins AfD-Landesvorsitzende Beatrix von Storch hat sich dieser Tage bei Facebook über Anne Helms „Hühnerbrust“ lustig gemacht und die Abgeordnete der Linkspartei als eine „Schande“ bezeichnet. Storchs Eintrag traf keine Unbekannte und hat einen bitterernsten Hintergrund, politisch wie moralisch.

Anne Helm machte sich bekannt, als sie in Dresden im Februar 2014 – zum Gedenktag an die vielen tausend Opfer des britischen Terrorangriffs von 1945 – ihre nackten Brüste vorzeigte, die sie mit der Botschaft „Thanks Bomber Harris“ bemalt hatte. Trotz des ungenierten Vorzeigens ihrer Sekundärgeschlechtsteile sieht sich Helm als emanzipatorische Aktivistin und will Stellung gegen „Sexismus“ beziehen.

Ihre politische Biografie ist noch kurz: Als sich die Piratenpartei 2011 formierte, kam Helm offenbar zu spät, um noch einen Spitzenposten dort zu ergattern. Es reichte damals nur für einen Platz in der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Neukölln. Im September 2014 erkannte Helm rechtzeitig die Zeichen der Zeit, gab ihre Mitgliedschaft bei den Piraten auf, heuerte bei den SED-Erben an und wurde auch prompt für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus nominiert und gewählt.

Das „Neue Deutschland“ („ND“) hat Storchs „Hühnerbrust“-Zitat zum Skandal erhoben. Dort verbreitete sich Antje Schiwatschev, im Landesvorstand der Linkspartei für „feministische Politik“ zuständig: „Die sexistische und rassistische Hetzkampagne und die unsäglichen Hasskommentare, mit denen gegen Anne Helm vorgegangen wird, sind unerträglich. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum“, so Schiwatschev. Das lässt staunen, denn in Storchs Ausführungen lässt sich weder Sexistisches noch Rassistisches finden.

Vielmehr dürfte Helms „Harris“-Parole als Hetze aufgefasst werden. Sie hat nur Glück, dass derlei Entgleisungen in Deutschland nicht verfolgt werden. Außerhalb Deutschlands käme sie weniger glimpflich davon. In Ungarn droht demjenigen eine Haftstrafe, der die Hymne, Flagge oder Staatswappen beleidigt. Auch in Polen steht die Verunglimpfung des Polentums unter Strafe. Was die Verherrlichung eines Massenmords am eigenen Volk dort nach sich zöge, lässt sich denken. Die Zuschriften auf dem Blog des „ND“ waren bislang fast alle kritisch gegen Helm abgefasst. Das könnte darauf schließen lassen, dass die Leserschaft und die Redaktion des Blattes ein Problem miteinander haben.

Ob derartige Volksvertreter den Wählerschwund bei der Linkspartei aufhalten, die selbst auf dem Gebiet der ehemaligen DDR starke Einbußen hinnehmen musste, erscheint fraglich.

Attacke auf Autofahrer

Kurz nach der Berlin-Wahl: Rot-Rot-Grün verliert an Zustimmung

In Berlin verhandeln SPD, Linke und Grüne über die Bildung einer neuen Landesregierung. In einer ersten Meinungsumfrage misstrauen 48 Prozent der Berliner dem angedachten Bündnis. Nur noch 49 Prozent glauben, dass die Stadt von dem neuen Bündnis „vorangebracht“ werden könnte. Im September hatten noch mehr als 52 Prozent den drei linken Parteien ihre Stimme gegeben.

Ein möglicher Grund für die abnehmende Zustimmung könnte in den ersten sich abzeichnenden Punkten des Regierungsprogramms liegen. Demnach will Rot-Rot-Grün Autofahrer noch mehr als bisher finanziell belasten. Innerhalb des S-Bahn-Rings sollen ohne Ausnahme Parkgebühren kassiert werden.

Die CDU fand dafür den Vorwurf der „Abzocke“, während AfD-Fraktionspressesprecher Ronald Gläser grundsätzlicher wurde und den Vorwurf eines ideologisch motivierten „Religionskrieges“ gegen die Autofahrer erhob. Die Koalitionäre wollen gar die berühmte Straße „Unter den Linden“ gänzlich für den Individualverkehr sperren. Nur noch Busse, Taxis und Fahrräder sollen hier noch rollen dürfen.

> CDU spricht von Abzocke, AfD wittert »Religionskrieg«

In Sachen Schulpolitik scheinen Grüne und Linkspartei mit ihrer Forderung nach Abschaffung des Probejahres für Gymnasiasten einstweilen am Widerstand der SPD gescheitert zu sein. Die 2006 von der damaligen rotroten Landesregierung eingeführte Sonderform der Gesamtschule namens „Gemeinschaftsschule“ soll nun weiter vorangetrieben werden, um „gemeinsames Lernen“ bis zur 10. Klasse wie in der DDR vermehrt zu etablieren. Der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Frank Hansel, sicherte dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) seine Unterstützung für den Erhalt der Gymnasien zu.

Die nicht länger aufzuschiebende Sanierung der maroden Berliner Schulen und die Einstellung neuer Lehrer dürfte ein großes Loch in den Haushalt reißen. Die angestrebte kostenlose Kinderhortbetreuung wird aus Kostengründen nicht kommen. Eine Bedarfsprüfung für einen Kindergartenplatz soll jedoch künftig entfallen.

Die FDP nutzte die erste Parlamentssitzung, um sich von der AfD zu distanzieren. Der ehemalige FDP-Bundestagsabgeordnete Holger Krestel keilte in Richtung der „Blauen“: „Nur eine Fraktion setzt auf Konfrontation.“ Derartige Abgrenzungen unternahm die CDU bislang nicht. *Hans Lody*

Wegen Kritik unter Feuer

Jüterbogs Bürgermeister stört den »Willkommens«-Konsens

Anfang Oktober berichteten Medien über Brandenburgs knapp 13 000 Einwohner zählende Stadt Jüterbog wegen eines Brandanschlags auf eine Unterkunft mutmaßlich minderjähriger Zuwanderer. Es gab keine Verletzten, die Hintergründe sind unklar. Bürgermeister Arne Raue verurteilte die Tat, gab aber zu bedenken, zu oft hätten Politiker und Medien vorschnell geurteilt.

Für diese Mahnung zur Vorsicht kritisierten ihn die etablierten Parteien massiv. Nun steht der parteilose, 2011 mit gut 54 Prozent gewählte Bürgermeister erneut in der Kritik: Das in sozialen Netzwerken zuwanderungskritisch auftretende Stadtoberhaupt hat ein ZDF-Interview zum Reformationstag abgebrochen. Als die Befrager nach einem Drittel des Gesprächs über „Flüchtlinge“ diskutieren wollten, zog Raue die Notbremse. Er fühle sich vom Thema „beschallt“.

Auf dem Höhepunkt der Zuwanderungswelle wies Raue Bürger auf mögliche Infektionskrankheiten durch die Neuankömmlinge hin: "Bitte prüfen Sie Ihren Impfschutz."

Das rot-rote Gesundheitsministerium in Potsdam und das Robert-Koch-Institut widersprachen Raue damals umgehend, gaben ihm aber im selben Atemzug recht. Es sei zwar kein dramatischer Anstieg an Tuberkulose-Erkrankten zu verzeichnen, doch 2015 waren es nach Angaben des Berliner Instituts 172 Fälle in der Mark, also 55 Fälle mehr als ein Jahr zuvor. Ihren Impfschutz sollten die Bürger dennoch auffrischen.

> Erntet Empörung, weil er zur Vorsicht gemahnt hat

Raue unterscheidet nach eigenen Angaben zwischen seinen privaten Äußerungen im Netz und öffentlichen als Bürgermeister. Den einstigen Hinweis auf eine mögliche Ansteckungsgefahr habe er von einer Ärztin, die vertraglich an die Stadt gebunden gewesen sei.

Obwohl Raue Gewalt gegen Zuwanderer „verachtenswert“ nennt, schallt ihm aus etablierten Parteien wie Medien der Vorwurf entgegen, er sei ein „Rechter“, weil er dabei von „sogenannten unbegleiteten minderjährigen Neuankömmlingen“ sprach. Raue kritisierte zudem die "aus meiner Sicht völlig katastrophale Flüchtlingspolitik der Bundesregierung". Im Lutherjahr 2017, in dem Jüterbog als einstiger Mittelpunkt des Ablasshandels eine zentrale Rolle spielt, gilt Raue somit als „nicht vorzeigbar“. Doch der Politiker will auch künftig „nicht ausschließlich eine Willkommensmelodie anstoßen“. *SG*

MELDUNGEN

Kiew für die Wahrheit

Kiew – Bisher hatte die ukrainische Regierung behauptet, dass das Minsker Abkommen eine Übernahme der Grenzkontrollen in den Separatistengebieten durch die Kiewer Regierung vor einer Durchführung regionaler Wahlen vorsehe. Damit wären die Aufständischen von Russland abgeschnitten gewesen und hätten faktisch in der Falle gesessen. Jetzt hat der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin erstmals eingeräumt, dass es sich tatsächlich genau umgekehrt verhält und der Vertragstext diesbezüglich eindeutig sei. Damit ist endlich Bewegung in die Umsetzung des politischen Teils der Minsker Vereinbarungen gekommen. Zeitgleich scheiterte allerdings in mehreren Fällen der vereinbarte beiderseitige Truppenrückzug daran, dass den ukrainischen Streitkräften keine entsprechenden Befehle aus Kiew vorlagen. *T.W.W.*

Hollande hofiert Zigeuner

Paris – François Hollande hat als erster französischer Präsident für die Leiden der Zigeuner in seinem Land um Entschuldigung gebeten. Die Französische Republik erinnere sich eines Dramas, das allzu lange verdrängt und vergessen worden sei, sagte Hollande bei einem Besuch des ehemaligen Internierungslagers in Monteuil-Bellay. Tausende von Männern, Frauen und Kindern seien interniert worden, nur weil sie anders gewesen seien. Mit Kriegsbeginn hatten die französischen Behörden „aus Gründen der öffentlichen Ordnung“ bestimmte Gebiete für Landfahrer gesperrt und diesen feste Aufenthaltsorte zugewiesen. Ab 1940 folgte deren Internierung. Insgesamt wurden dafür 31 Lager eingerichtet, in denen knapp 6500 Menschen untergebracht waren. Die letzten von ihnen wurden erst im Sommer 1946 freigelassen. *B.B.*

Den Stuhl vor die Tür gestellt

Der philippinische Präsident hat die USA aufgefordert, ihre Soldaten aus seinem Land abzuziehen

Eigentlich sah es für die USA sehr günstig aus: Zwar hatten sie, nachdem der philippinische Diktator Ferdinand Marcos im Jahre 1986 vor der Volkswut aus seinem Land zu seinem US-amerikanischen Schutzherrn geflohen war, ihr Militär ebenfalls abziehen müssen, doch in diesem März kehrten die GI zurück und errichteten fünf Basen für das US-Militär. Allerdings war dies nur eine kurze Genugtuung. Ende Oktober setzte der neue Präsident Rodrigo Duterte den USA den Stuhl wiederum vor die Tür.

„Ich will keinen Armeeangehörigen einer anderen Nation hier sehen“, sagte er, „Amerika muss aufhören, mein Land wie einen Hund an der Leine zu führen.“ Die Gegenwart der US-amerikanischen Soldaten regten die Einheimischen auf, fuhr der Präsident fort. „Wenn sie einen Amerikaner sehen, wollen sie ihn töten.“ Mag sein, dass Duterte, ein Mann der starken Worte, ein wenig übertreibt. Doch dass die Yankees auf den Philippinen unbeliebt sind, wird man ihm wahrscheinlich glauben müssen.

Dieses Geplänkel ist allerdings nur vordergründig. Die USA brauchen die Philippinen als militärisches Aufmarschgebiet gegen Peking. Ohne diesen Inselstaat hat die strategische Einkreisung Chinas von Nordjapan und Südkorea über Taiwan bis nach Malaysia und Indonesien eine schmerzliche Lücke. Dies will Washington umso mehr verhindern, als Präsident Barack Obama den strategischen Schlachtruf ausgegeben hat: „Pivot to Asia“, was bedeuten soll, dass der westliche Pazifik zum US-amerikanischen Meer erklärt wird.

Der Verlust eines geografisch unersetzlichen Verbündeten wie den Philippinen wäre an sich schon ein schwerer Rückschlag für die USA, doch es kam noch viel schlimmer. Duterte kündigte nicht nur Washington die erzwungene Freundschaft, sondern tat das zu allem Überfluss auch noch während eines Besuches in Peking, der Hauptstadt Chinas, des Staates, gegen den sich alle pazifischen Bemühungen der USA richten. Dieser Besuch hatte eine wesentliche Entspannung zwischen Peking und Manila zur Folge, auch was den Zankapfel Scarborough-Riff im Südchinesischen Meer angeht, einer herkömmlichen Region für philippinische Fischer. Dieser Streit war wie derjenige um die Spratley-Inseln für die USA ein



Droht auch ihm ein „Regime Change“, eine Farbrevolution? Präsident Rodrigo Duterte Bild: pa

willkommener Anlass, sich in die Angelegenheiten der umliegenden Länder einzumischen und sich dort als eine der handelnden – und vor allem: der dazu legitimierten – Mächte darzustellen. Mit der Aussöhnung zwischen China und den Philippinen, die Duterte erreicht hat, ist die Argumentation Washingtons hinfällig. Auch der Versuch, sich in Vietnam schadlos zu halten, scheiterte umgehend: Hanoi hält auf strikte Neutralität und wird diesen Kurs nicht ausgerechnet den US-Amerikanern zuliebe verlassen.

> »Amerika muss aufhören, mein Land wie einen Hund an der Leine zu führen«

Die USA werden also ihre nagelneuen Basen auf den Philippinen räumen müssen. Duterte kündigte gleichzeitig an, er werde die gemeinsamen Marine-Übungen einstellen und betonte im Übrigen: „Waffen gibt es auch in Russland oder China.“ Russland seinerseits zeigt sich für eine Zusammenarbeit offen. Botschafter Igor Kowajew sagte: „Formulieren Sie eine Wunschliste, welche Unterstützung Sie von Russland erwarten, und wir werden bereit sein, mit Ihnen zu sprechen, was getan werden kann.“

Anfänglich erklärte Washington murrend, man werde an seinen „Verpflichtungen aus den bestehenden Verträgen festhalten“, das heißt, Manila nicht daraus entlassen, doch wenig später kam es zu einem argumentativen und atmosphärischen Umschwung. Daniel Russel, der Leiter der Abteilung für ostasiatische und pazifische Angelegenheiten des State Department, erklärte dem philippinischen Außenminister Perfecto Yasay zuckersüß, Washington werde die florierenden Beziehungen zwischen Peking und Manila unterstützen. „Wir möchten nicht, dass Länder zwischen den USA und China unterscheiden müssen.“

Das wäre freilich völlig neu, und nicht jedermann mag das glauben. So meint der Professor Su Hao, der an der China Foreign Affairs University in Peking Asien-Pazifik-Studien betreibt, Russel lasse gleichwohl die typische Logik der USA erkennen, wonach sich die Interessen anderer Länder immer nach denen Washingtons richten müssten. „Diesen Weg“, so Su, „hatte Dutertes Vorgänger gewählt, aber Duterte hat erkannt, dass dies den Philippinen nicht hilft und hat Anpassungen vorgenommen.“

Nicht überzeugt von Russels Gesang ist auch der Publizist, Professor und frühere Finanzstaatssekretär bei Ronald Reagan, Paul Craig Roberts. Er ist der Meinung, die USA würden in den Philippinen einen sogenannten Regime Change, eine Farbrevolution, einen von außen gelenkten Umsturz nach CIA-Art vorbereiten. Er ist der Überzeugung, Washington werde die Annäherung Manilas an Peking niemals zulassen. Roberts erwartet US-Kampagnen gegen Duterte und hält es für möglich, dass ihn die CIA ermorden werde. Zweck des Süßholz-Geraspels des Diplomaten Russel dürfte es sein, das Misstrauen zu besänftigen und dieses Bestreben ist ein Argument für Roberts Verdacht.

Ohne einen derartigen Umsturz käme die Pazifikpolitik der USA nicht richtig in Schwung. Anfang Mai schrieb Obama im Zusammenhang mit der TPP, der Trans-Pacific-Partnership, in der „Washington Post“: „Amerika muss die Regeln der Weltwirtschaft diktieren. Andere Länder dürfen ausschließlich nach den von den USA und ihren Partnern aufgestellten Regeln spielen. Die Transpazifische Partnerschaft wird uns genau das ermöglichen. Die USA und nicht Länder wie China müssen die Regeln schreiben.“ Die TPP ist die pazifische Entsprechung der atlantischen TTIP und CETA, und was hier gilt, das gilt auch dort.

Florian Stumfall

Durch Ceta im Rampenlicht

Belgien: Deutschsprachige Gemeinschaft macht Weltpolitik

Am tagelangen politischen Geschacher um das Freihandelsabkommen Ceta der EU mit Kanada war auch der Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) im Osten Belgiens mit ihren 76 000 Einwohnern, Peter Paasch beteiligt. Paasch war aus den Gemeinschaftswahlen des Jahres 2014 mit seiner freien Bürgerliste „ProDG“ als großer Gewinner hervorgegangen. Er führt seitdem das Bündnis mit Sozialisten (SP) und Liberalen (PFF) fort und als Ministerpräsident die Regierung.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft hatte wie Wallonien Vorbehalte gegen Ceta. Der belgische Außenminister konnte Ceta nicht unterschreiben, solange es nicht einen innerbelgischen Konsens darüber gab. So sieht es die belgische Verfassung vor. Allerdings hat das Königreich in den letzten Jahrzehnten so viele Verfassungs- und Staatsreformen erlebt, dass auch viele Belgier die aktuelle Rechtslage nicht exakt kennen. Sogar der belgische Ministerpräsident Charles Michel offenbarte bei dem Hin und Her um Ceta mangelnde Kenntnisse über die Funktionsweise des belgischen Föderalismus. Sonst hätte der wallonische Ministerpräsident Paul Magnette nicht innerhalb weniger Tage zum großen Medienstar und Vorkämpfer nicht gehörter europäischer Bürger werden können.

1963 wurde Belgien in drei Sprachgemeinschaften aufgeteilt; eine flämische, eine französische und eine deutsche um das Gebiet Eupen-Malmedy, das nach dem Ersten Weltkrieg zu Belgien gekommen war. 1970 entstand der Rat der deutschen Kulturgemeinschaft (RdK), aus dem später der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft (RDG) wurde, die damit auch ihre eigene Regierung erhielt. Dieser Regierung steht seit

> Verfassung gewährt der DG ein Mitspracherecht

2014 Oliver Paasch vor. In die Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft fallen die kulturellen und die personenbezogenen Angelegenheiten, das Unterrichtswesen, die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinschaften und die internationale Zusammenarbeit. Die sechs Staatsreformen von 1970, 1980, 1988/1989, 1993, 2001 bis 2003 und 2011 haben aus Belgien einen föderalen Staat gemacht mit verschiedenen Ebenen. Neben den drei sprachlichen Gemeinschaften existieren die alten drei territorialen Einheiten, Wallonien, Flandern und Brüssel, weiter. Die Grenzen zwischen den Gemeinschaften und zwischen den Regionen sind nicht deckungsgleich. Die Deutschsprachige Gemeinschaft gehört zur Region Wallonien. Die Sprachgemeinschaften und die Regionen haben gemäß der Verfassung unterschiedliche Zuständigkeiten, die offenkundig nicht jedem präsent sind.

So glaubte der belgische Ministerpräsident Charles Michel, dass für Ceta eine Zustimmung der Deutschschprachigen Gemeinschaft nicht notwenig sei, was diese jedoch anders sah. Zur Verwirrung trug zusätzlich bei, dass der DG-Ministerpräsident keine Veranlassung sah, eine eigene Abstimmung im DG-Parlament abzuhalten, da er selbst glaubte, dass das wallonische Parlament auch für die DG abgestimmt habe. Deshalb zog sich Paasch auch die Kritik einiger Oppostionsabgeordneter des DG-Parlaments in Eupen zu. Sie warfen ihm vor, sich und die DG einseitig von der Wallonischen Region abhängig zu machen. Innerhalb der DG-Regierung, in der Sozialisten und Liberale zum Teil konträre Positionen zu Ceta einnehmen und auch innerhalb Paaschs eigener ProDG war es zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen. *Bodo Bost*

Unterscheidung mit System

Warum es laut Ankara sowohl »gute« als auch »böse« Kurden gibt

Ankara teilt seine südlichen Nachbarn in „gute“ und „böse“ Kurden auf und versucht, die einen gegen die anderen auszuspielen. Während die Türkei die kurdischen Freischärler in Syrien mit aller Macht bekämpft, unterstützt sie die kurdischen Freischärler im Irak, die Peschmerga-Einheiten. Einige dieser Peschmergas wurden sogar auf einem türkischen Militärstützpunkt bei Bashiqa unweit von Mossul ausgebildet. Wie passt diese Diskrepanz zusammen in der Strategie von Tayyip Erdogan?

Die syrischen und irakischen Kurdengruppen sind in ihrer ideologischen Ausrichtung sehr verschieden. Eine Rolle spielt aber auch die regionale Machtbalance. Die diversen kurdischen Gruppierungen im Norden Syriens werden von den sogenannten Volksschutzeinheiten (YPG) dominiert, die ideologisch und organisatorisch der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) nahestehen. Die PKK befindet sich zurzeit in der Türkei im Widerstand, nachdem Erdogan im Sommer vergangenen Jahres den Waffenstillstand aufgekündigt hat. In der EU und in den Vereinigten Staaten wird die PKK als Terrororganisation eingestuft, obwohl beispielsweise die US-Amerikaner in ihnen verlässliche Partner beim Kampf gegen den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad und den Islamischen Staat (IS) sehen.

Die Türkei versucht seit dem Beginn des syrischen Bürgerkrieges im Jahre 2011, das Entstehen eines eigenen Staates der Kurden an seiner Südgrenze mit aller Macht zu verhindern. An der türkischen Südostgrenze zum Irak gibt es zwar schon bereits seit 2003 einen semiautonomen Kurdenstaat, aber offenbar traut Erdogan dem Irak doch ein längere staatliche Existenz zu als Syrien. Die PKK-nahen syrisch-kurdischen YPG sollen in Syrien kein zusammenhängendes kurdisches Herrschaftsgebiet entlang der türkischen Südgrenze errichten. Deshalb hat Erdogan jetzt Truppen in Nordsyrien einmarschieren lassen, um dies zu verhindern.

> Dem Irak wird eher ein Fortbestand zugetraut als Syrien

Mit der kurdischen Autonomieregion im Nordosten des Irak hat Ankara ein wirtschaftlich engmaschiges und politisch einigermaßen solides Auskommen gefunden. Einen Höhepunkt erreichte diese Politik im November 2013 bei einer gemeinsamen Großkundgebung des Ministerpräsidenten der Autonomen Region Kurdistan, Nêçîrvan Barzanî, und Erdogans in der anatolischen Kurdenhochburg Diyarbakir, als beide Politiker Türken und Kurden zur Aussöhnung aufriefen. Damals jedoch führte Erdogan noch Friedensgespräche mit der PKK. Erst als sich abzeichnete, dass die politische Führung der türkischen Kurden nicht bereit war, seine Pläne zur Umwandlung des politisches Systems der Türkei in ein Präsidialregime zu unterstützen, brach Erdogan die schon zuvor stockenden Friedensgespräche und den Waffenstillstand ab und begann wieder eine gewaltsame Konfrontation mit der PKK.

Als im August 2014 viele tausend Jesiden im Irak von dem IS verfolgt wurden, waren es nicht die irakischen Kurden, sondern die syrischen, die ins irakische Sindschar-Gebirge vordrangen, um die Jesiden zu befreien. Jetzt fürchtet Ankara, dass die PKK die Vertreibung des IS aus Mossul und Umgebung dazu nutzen könne, auch auf irakischem Territorium Fuß zu fassen, gar einen von ihr kontrollierten „Kanton Sindschar“ auszurufen. Dabei hat sie einen Verbündeten: Barzani und seine Peschmerga wollen auch nicht, dass die konkurrierende PKK/YPG im Irak Fuß fasst. *B.B.*

Gegenseitige Schuldzuweisungen

Deutschland und China werfen sich Staatseingriffe in die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen vor

Jahrelang richteten sich die Augen deutscher Wirtschaftskapitäne auf China. Im Reich der Mitte witterten sie ein Milliardengeschäft. Das kommunistische Land hat seine Wirtschaft einer langsamen Öffnung unterzogen. Manche träumten sogar von einer der stärksten Marktwirtschaften der Welt. Damit ist es vorläufig vorbei. Denn die Probleme wachsen.

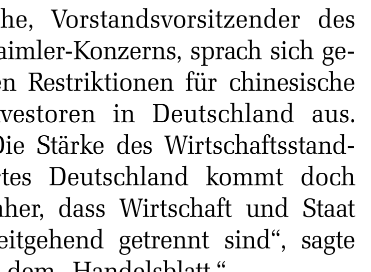
Die Stimmung im China-Geschäft sei so schlecht wie noch nie, teilte die Deutsche Botschaft in der vergangenen Woche mit. Die Zahl der Beschwerden und Hilfegesuche an die Vertretung in Peking habe seit zwei Jahren zugenommen und ist gerade seit Jahresanfang noch einmal „sehr stark in die Höhe geschnellt“.

In den vergangenen Tagen war der deutsche Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) zu Gast. Schon im Vorfeld hatte er die Sorge geäußert, die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern könnten sich verschlechtern. Deutsche Unternehmen beschweren sich verstärkt über neue Marktbarrieren, erschwerte Lizenzverfahren, Diskriminierung gegenüber chinesischen Unternehmen, erzwungene Technologietransfers und unverändert Produktpiraterie, gegen welche die Regierung in Peking nichts unternehmen wolle.

Die Luft bei dem Staatsbesuch war von Beginn an eisig. Hinter verschlossenen Türen soll es mächtig zur Sache gegangen sein. Zwei öffentliche Auftritte von Regierungsvertretern mit Gabriel wurden kurzfristig abgesagt. Gabriels Staatssekretär Matthias Machnig erklärte vor Ort, deutsche Unternehmen dürften in China nicht länger diskriminiert werden. „Das ist für uns eine zentrale Frage. Marktwirtschaftliche Standards in China brauchen einen höheren Stellenwert.“

Chinas stellvertretende Handelsministerin Gao Yan erklärte dagegen mit Blick auf Deutschland, Protektionismus und „globalisierungsfeindliche Tendenzen“ seien in Europa auf dem Vormarsch. Chinesische Investitionen würden systematisch behindert. Wirtschaftsminister Gabriel hatte nicht nur die Übernahme des deutschen Maschinenbauers Aixtron durch einen chinesischen Investor gestoppt, sondern lässt jetzt auch den Verkauf der Osram-Tochter Ledvance noch einmal durchleuchten.

Die Interventionen Berlins sind auch in Deutschland nicht unumstritten





Besuch in schwieriger Zeit: Treffen Gabriels mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping in Peking

Gabriel hatte zuvor bereits eine Beschlussvorlage erstellt, nach der staatlich motivierte Übernahmen außereuropäischer Investoren erschwert werden sollen. Die Unternehmensübernahmen in der Bundesrepublik Deutschland würden oft verdeckt mit Staatsgeld finanziert, Wettbewerber durch hohe Kaufangebote verdrängt.

Der chinesische Botschafter in Deutschland, Shi Mingde beklagte daraufhin, die „zunehmenden protektionistischen Tendenzen in Deutschland“. Deutschland sende derzeit die falschen Signale nach China und an die Außenwelt. Außerhalb Deutschlands frage man sich, ob hier der Handelsprotektionismus dabei sei, sein Haupt zu heben.

Im Gegenzug teilte die Deutsche Botschaft in Peking nun mit, dass die Regierung in Peking immer neue Regelungen erlasse, um die heimische Industrie zu stärken und nationale Interessen durchzusetzen. Ein Beispiel sei die Entwicklung von Elektroautos: „Neue Gesetzespläne fordern von Herstellern, ihre Autos nicht nur in China zu produzieren, sondern auch die Technologie dort entwickeln zu lassen.“ Deutsche Autobauer befürchten nun, ihr komplettes Knowhow übergeben zu müssen. Und auch aus anderen Branchen berichten Unternehmen von der Aufforderung, ihre Technologie offenzulegen, offiziell aus Sicherheitsgründen.

Die Fronten sind nunmehr verhärtet. Aber der scharfe Kurs der Bundesregierung sorgte nicht nur in China für Verdruss: Dieter Zetsche, Vorstandsvorsitzender des Daimler-Konzerns, sprach sich gegen Restriktionen für chinesische Investoren in Deutschland aus. „Die Stärke des Wirtschaftsstandortes Deutschland kommt doch daher, dass Wirtschaft und Staat weitgehend getrennt sind“, sagte er dem „Handelsblatt.“

Während Gabriels Delegation bei ihrem Besuch in China einen wild entschlossenen Eindruck machte, bemühten sich Vertreter Chinas um fast schon desinteressiertes Auftreten. Mit nur 0,3 Prozent würden Chinas Investitionen einen „verschwindend geringen“ Anteil der Investitionen des Auslands in Deutschland ausmachen. Das entspreche nur einem Zehntel der deutschen Investitionen in China, sagte der chinesische Botschafter frei nach dem Motto, man solle doch bitteschön die Kirche im Dorf lassen: „Da ist es unverständlich, dass die chinesische Investitionstätigkeit in Deutschland bereits in ihrer Startphase auf Beschränkungen trifft. Das ist ganz offensichtlich nicht hilfreich für eine gesunde Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Investitionszusammenarbeit der beiden Länder“, sagte er gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Allerdings hatte jede sechste chinesische Auslandsinvestitionen seit 2010 Deutschland zum Ziel. „Wir werden auch weiterhin ausländische Investoren mit einem echten wirtschaftlichen Interesse willkommen heißen“, erklärte Gabriel. Aber problematisch werde es, wenn ein staatlich beherrschtes Unternehmen Technologieaneignung mit geopolitischer Machterweiterung verbinde. Auf der anderen Seite ist es deutschen Unternehmen nicht möglich, Firmen in China zu übernehmen. „Da muss man schon Augenhöhe herstellen“, forderte der Wirtschaftsminister, klang aber dann doch versöhnlich: „Niemand hat ein Interesse an einer Eskalation“.

Peter Entinger

MELDUNGEN

Air Baltic startet durch

Riga – Die lettische Air Baltic hat als erste Fluggesellschaft der Welt das Mittelstreckenflugzeug Bombardier CS300 in Betrieb genommen. Das von den Kanadiern gebaute Fluggerät mit dem effektivsten Flugzeugmotor der Gegenwart und einer verbesserten Aerodynamik ist für 100 bis 150 Passagiere ausgelegt und verfügt über die größten Fenster aller Passagierflugzeuge sowie eine Toilette, die auch von Rollstuhlfahrern problemlos benutzt werden kann. Dank einer Kosteneinsparung von 18 Prozent pro Passagier macht die Maschine Flugverbindungen möglich, die bisher als unrentabel galten. Damit geraten auch Flüge nach Königsberg wieder in den Blick von Air Baltic. *T.W.W.*

8,8 Millionen Privatversicherte

Berlin – Rund 8,8 Millionen Menschen sind in Deutschland privat krankenversichert. Damit ist die Zahl seit 2010 etwa konstant geblieben. Die Jahresergebnisse der privaten Krankenversicherungsunternehmen allerdings gingen seit 2010 von 400,8 Millionen Euro auf 313,3 Millionen Euro im vergangenen Jahr zurück. Im sogenannten Notlagentarif der Unternehmen der Privaten Krankenversicherung befanden sich Ende 2015 knapp 116 000 Versicherte. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.038.422.848.468 €
Vorwoche: 2.038.345.797.617 €

Verschuldung pro Kopf:
24.804 €
Vorwoche: 24.803 €

(Dienstag, 8. November 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Der Einbruch blieb aus

Großbritanniens Wirtschaft nach der Brexit-Entscheidung

Die Wirtschaftsberater der Bundesregierung haben in der vergangenen Woche Europas Politiker aufgerufen, Großbritanniens EU-Ausstieg aufzuhalten. „Der Sachverständigenrat plädiert dafür, durch konstruktive Verhandlungen einen Austritt zu verhindern oder zumindest ein Nachfolgeabkommen zu schließen, das für beide Seiten den Schaden minimiert“, schrieben die fünf Wirtschaftsweisen in ihrem neuen Jahresgutachten. Nach der Entscheidung der Briten für den Brexit wurden zahlreiche Befürchtungen laut, die Wirtschaft Großbritanniens könne massiven Schaden nehmen. Und auch Einbrüche im europäischen Raum wurden erwartet.

Eine erste Zwischenbilanz zeigt, dass bisher keines der Horrorszenarien eingetreten ist. Die Wirtschaft auf der Insel hat sich nach neuesten Zahlen besser behauptet als erwartet. Im dritten Quartal stieg die Wirtschaftsleistung gegenüber dem Frühjahr um 0,5 Prozent. Wirtschaftsexperten hatten dagegen im Schnitt nur mit einem Wachstum von 0,3 Prozent gerechnet.

Die Fachpresse hat auf diese Zahlen reagiert und mehrheitlich die Behauptung aufgestellt, der große Knall sei nur aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Die EU-Kommission erwartet nun „einen rapiden Einbruch der Daten für das Folgejahr“.

In Großbritannien hat man sich an solche Angstszenarien gewöhnt und nimmt sie nicht mehr sonderlich ernst. „Die Zahlen zeigen, dass die britische Wirtschaft widerstandsfähig ist“, sagte Großbritanniens Finanzminister Philip Hammond.

Das robuste Wachstum steht im Gegensatz zu den Vorhersagen,

EU-Kommission setzt dennoch weiter auf Bangemachen

Großbritannien werde den wirtschaftlichen Anschluss an die Wirtschaftsmächte verlieren. Derzeit ist das Wirtschaftswachstum auf der Insel höher als in Deutschland, Frankreich und den Vereinigten Staaten. „Die Wirtschaft wächst weiter ähnlich stark wie seit 2015“, sagte der Volkswirt Joe Grice von der britischen Statistikbehörde ONS. Starke Zahlen der Serviceindustrie glichen Einbußen im Baugewerbe und eine Stagnation der Industrie aus. Grice zufolge gibt es „wenig Hinweise auf einen ausgeprägten Effekt unmittelbar nach der Abstimmung“.

Und auch am britischen Arbeitsmarkt ist von den vorhergesagten massiven Auswirkungen des Brexits bisher noch wenig zu spüren. Die Zahl der Arbeitslosen kletterte bis August zwar leicht um 10 000 nach oben auf über 1,6 Millionen. Doch auch die Zahl der Beschäftigten stieg insgesamt leicht an und die Erwerbslosenquote blieb konstant unter fünf Prozent. „Unser ursprünglicher Pessimismus war verfrüht“, räumte Liz Martin, Analystin der britischen Großbank HSBC, gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ein. Die rasche Bildung einer neuen Regierung nach dem Volksentscheid und das entschlossene Krisenmanagement der Bank von England hätten dazu beigetragen, die Wirtschaft zu stabilisieren. Auch die Wirtschaftsweisen räumen mittlerweile ein, dass die „kurzfristigen Auswirkungen eher moderat“ sein werden.

Das jüngste Urteil eines britischen Gerichts, dass das Parlament über den Zeitpunkt des Ausstiegs bestimmen dürfe, wird die Diskussionen allerdings weiter befeuern. EU-Kritiker Nigel Farage fürchtet bereits, dass am Ende „nur ein halber Austritt“ bei rauskommen könnte. *P.E.*

Michelbach fordert Klarheit

Viertes Hilfspaket für Hellas scheint nur eine Frage der Zeit zu sein

Die angespannte Lage in Griechenland, Italien und Portugal könnte dafür sorgen, dass der Zustand des Euro ausgerechnet im Vorfeld der nächsten Bundestagswahl wieder in den Fokus der politischen Diskussion rückt. So rechnen mehrere Unions-Politiker mit einem neuen Hilfspaket für Griechenland. Sehr deutlich angesprochen hat diese Gefahr etwa Peter Ramsauer, der Vorsitzende des Bundestags-Wirtschaftsausschusses, gegenüber der „Bild“-Zeitung: „Wir marschieren geradewegs auf ein viertes Hilfsprogramm zu.“ Als Grund nennt Ramsauer unter anderem geringe Reformfortschritte in Griechenland. Auch der CDU-Abgeordnete Wolfgang Bosbach geht offenbar davon aus, das Griechenland eine weitere neue Geldspritze benötigt: „Spätestens 2018 wird die Debatte um milliardenschwere Rettungspakete erneut beginnen“, so Bosbach gegenüber „Bild“. Der CSU-Finanzexperte Hans Michelbach warnte davor, die Wähler vor der kommenden Bundestagswahl über das Thema im Unklaren zu lassen. Doch selbst wenn die Regierenden es wollten, ist es fraglich, ob sie das Scheitern der bisherigen Rettungsversuche für Griechenland überhaupt bis zur Bundestagswahl unter dem Teppich halten könnten.

Wie zugespitzt die Lage in dem Land mittlerweile wieder ist, machen Berichte in der griechischen Presse über den drohenden Zusammenbruch des griechischen Rentensystems deutlich. Nach Angaben der größten griechischen Pensionskasse IKA haben im Oktober die Schulden ihrer Beitragszahler fast die Marke von 17 Milliarden Euro erreicht. Als Grund werden Zahlungsschwierigkeiten von Zehntausenden Unternehmen und Freiberuflern angegeben, die

Neben Griechenland wackeln auch Italien und Portugal

ihre Rentenversicherungsbeiträge nicht mehr aufbringen können. Insgesamt ist von „schwindelerregenden“ Schulden im gesamten Rentenversicherungssystems die Rede. Damit die Renten überhaupt noch weiter ausgezahlt werden können, muss der griechische Staat regelmäßig einspringen und den Pensionskassen mit Geld unter die Arme greifen.

Wie eine Befragung des Marktforschungsinstitut Sentix unter 1000 Investoren ergeben hat, wird Griechenland allerdings inzwischen schon gar nicht mehr als der größte Wackelkandidat der Eurozone gesehen. Vielmehr geht der Untersuchung zufolge etwa jeder zehnte Investor davon aus, dass Italien in den nächsten zwölf Monaten aus dem Euro-Raum ausscheide. Hinsichtlich Griechenland sind es dagegen nur noch 8,5 Prozent. „Die prekäre Lage der italienischen Banken, die politischen Fragezeichen rund um das Verfassungsreferendum Anfang Dezember sowie das jahrelange konjunkturelle Siechtum haben das Land südlich der Alpen in den Mittelpunkt des Anlegerinteresses gerückt“, lautet die Einschätzung von Sentix-Chef Manfred Hübner.

Kritisch ist ebenso die Lage von Portugal. Die drei großen Ratingagenturen S&P, Moody's und Fitch bewerten dessen Bonität mittlerweile nur noch mit dem „Ramschstatus“. Dass die Europäische Zentralbank (EZB) weiterhin noch portugiesische Anleihen im Rahmen ihres Aufkauf-Programms erwerben kann, hängt mittlerweile nur noch an der vergleichsweise positiven Bewertung durch die Ratingagentur DBRS. Das Rating dieser kleinen kanadischen Agentur wird erst seit dem Jahr 2009 von der EZB neben den Bewertungen der drei großen Agenturen S&P, Moody's und Fitch akzeptiert. *N.H.*

Macht endlich Schluss mit dem »Tatort«

Von Jan Heitmann

Wir wünschen Ihnen gute Unterhaltung", flötete die adrette Fernsehansagerin, nachdem sie den Sonntags-Krimi angesagt hatte. Die war garantiert, denn Autoren, Regisseure und Schauspieler präsentierten mit dem „Tatort" solide Krimi-Kost. So grundverschieden die Fälle und die Charaktere der Ermittler auch waren, immer stand die kriminalistische Arbeit im Mittelpunkt. Und die ist nun einmal zumeist unspektakulär, weshalb die Kommissare durchaus ihre Marotten haben durften, um etwas Farbe in die Sache zu bringen. Da gab es den Urbayern Veigl (Gustl Bayrhammer), der seinen Dackel in die Dienststelle mitnahm und ihm Weißbier verabreichte. Der Essener Ermittler Haferkamp (Hans-Jörg Felmy) löste seine Fälle gern mit Unterstützung seiner Ex-Frau, während er über die Bedeutung von Frikadellen für die menschliche Existenz philosophierte. Für gelegentliche Empörung sorgte Zollfahnder Kressin (Sieghardt Rupp), der es als sprücheklopfender Weiberheld für das damalige Volksempfinden gelegentlich etwas zu weit trieb. Die Hamburger Kommissare Stoever (Manfred Krug) und Brockmöller (Charles Brauer) wiederum gaben mit Penetranz ihre Sangeskünste zum Besten, was nicht zwangsläufig zur Erbauung der Zuschauer beitrug. Und dann der Ruhrpott-Prolet Schimanski (Götz George), Markenzeichen Schmuddeljacke, Raubeingehabe und Gossensprache.

Mancher Kommissar hingegen blieb so farblos, dass er nach nur einem Auftritt in der Versenkung verschwand und berechtigterweise dem totalen Vergessen anheimfiel. Geradezu ein Griff ins Klo war der mit dem Temperament einer Überdosis Schlafmittel gesegnete Bremerhavener Kommissar Schnoor (Uwe Dallmeier), welcher der Fernsehnation den Eindruck vermittelte, dass alle Menschen nördlich des Weißwurstäquators grenzdebil sind.

Andere Ermittler überzeugten Dank des von der ersten bis zur letzten Sendeminute gehaltenen Spannungsbogens, obwohl sie eher bieder daherkamen, so wie Kripobeamte im richtigen Leben eben sind. Da gab es beispielsweise den Frankfurter Kommissar Konrad (Klaus Höhne), das Nordlicht Finke (Klaus Schwarzkopf), den Fliegenträger Brinkmann (Karl-Heinz von Hassel), den Berliner Bülow (Heinz Drache) oder Kommissar Lutz (Werner Schumacher). Dessen letzter Auftritt in der Reihe sorgte immerhin für Furore, weil er selbst unschuldig unter Mordverdacht gerät und nach seiner Rehabilitierung den Dienst quittiert, weil er nach dieser Erfahrung seinen Beruf nicht mehr ausüben will. Da klang schon so etwas wie Kritik an den Mühlen von Polizei und Justiz durch, wenn auch noch verhalten.

Doch so, wie die Fernsehansagerinnen vom Bildschirm verschwunden sind, gehört auch der „Tatort" als „gute Unterhaltung", nämlich als solide gemachter Kriminalfilm, der Vergangenheit an. Überlagerten die den Charakteren zugeschriebenen Eigenschaften und Eigenheiten früher nie die eigentliche Krimihandlung, bilden sie heute schon fast einen eigenen Handlungsstrang. Es gibt kaum noch eine „Tatort"-Folge, in der die Zuschauer nicht mit einer psychosozialen Störung des Ermittlers konfrontiert werden. Das ist nicht allein den Drehbuchautoren und Regisseuren zuzuschreiben, sondern auch den Darstellern. Sie feiern ein Hochamt der Selbstinszenierung, wollen sie doch keinesfalls „eindimensional" wirken. So sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die „Tatort"-Kommissare zu einem Haufen gebrochener und kaputter Psychopathen mutiert, zu einem Menschenzoo, der den Zuschauern alles an Geduld und Leidensfähigkeit abverlangt, sei die Krimihandlung auch noch so gut.

> Nonkonformismus statt Professionalität und Gesellschaftskritik statt Krimispannung sind zum Markenzeichen des »Tatort« geworden

Gute Handlungen indes sind beim „Tatort" schon lange die Ausnahme, bildet der eigentliche Kriminalfall doch nur noch die Kulisse für das Aufgreifen „aktuell gesellschaftlich relevanter Themen". Das gab es beim „Tatort" auch früher schon – siehe Trimmel, Lutz oder auch Schimanski – aber nur gelegentlich und in homöopathischer Dosierung statt mit dem volkspädagogisch geschwungenen Holzhammer verabreicht. Um ja nicht als unkritisch dazustehen, muss heute jede Folge geradezu zwanghaft in einem bestimmten gesellschaftlichen Milieu spielen, und sei das dabei bediente Klischee auch noch so abgeschmackt. Es gibt kein Gut oder Böse, keine klare Unterscheidung zwischen Opfern und Tätern. Die Verantwortung für jede Tat wird mehr oder weniger nicht dem Schuldigen, sondern in bester 68er-Ideologie dessen sozialem Umfeld und letztlich der Gesellschafsordnung schlechthin zugeschrieben. Schließlich wird die „gesellschaftliche Realität" auch dadurch abgebildet, dass beinahe jedes Ermittler-Team krampfhaft durch einen Mitbürger mit Migrationshintergrund bereichert wird. Da sich weder die „Tatort"-Macher noch die Darsteller dem Vorwurf aussetzen wollen, etwas „ohne Anspruch" zu drehen, haben die meisten Kommissare auch selbstverständlich ein kritisches, wenn nicht gar gestörtes Verhältnis zu ihrem Beruf. Darunter leidend, es machtlos erdulden zu müssen, Organe eines autoritären Rechtssystems und eines polizeilichen Repressionsapparats zu sein, reflektieren sie laufend ihr eigenes Tun, woran mancher Ermittler schier zu zerbrechen scheint.



Foto: NDR/Scharlau

Thematisierte die deutsche Teilung: „Taxi nach Leipzig" mit Walter Richter als Trimmel (re.)

Nonkonformismus statt Professionalität bei den Protagonisten, Gesellschaftskritik statt Krimispannung bei der Handlung sind die Markenzeichen des „Tatorts" von heute. Das, erklären seine Macher sogar noch mit Stolz, sei das Alleinstellungsmerkmal der Reihe. Wenn sie sich da mal nicht irren. Die penetrante Vermittlung eines klischeehaften Gesellschaftsbildes vor dem Hintergrund eines Kriminalfalles zeichnete einst die DDR-Krimireihe „Polizeiruf 110" aus. Wenn die „Genossen von der K" dem Täter auf der Spur waren, bei dem es sich entweder um einen eigentlich systemkonformen Bürger, dem lediglich ein ausgeprägtes Klassenbewusstsein fehlte, oder um ein für den Arbeiter- und Bauernstaat ohnehin verlorenes feindlich-negatives Element handelte, durfte man nichts anderes erwarten.

Eine als Kriminalfilm getarnte weltanschauliche Indoktrination wie den „modernen" „Tatort" braucht niemand. Dessen 1000. Folge (siehe Seite 21) wäre ein schöner Anlass zum Aufhören. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Hauptdarsteller mittlerweile pro Folge hohe fünfstellige und bisweilen sogar sechsstellige Gagen kassieren, gezahlt mit der den Bürgern abgepressten Rundfunkabgabe.

Frei gedacht



Warum es Jan Hofer wohl übel wurde

Von Eva Herman

Ja, das war mal wieder eine Meldung, die in der „Bild"-Zeitung und anderen „wichtigen" Presseorganen ganz oben gebracht wurde: „Tagesschau"-Chefsprecher Jan Hofer musste am 3. November die „Tagesthemen"-Nachrichten abbrechen, weil es ihm „gerade nicht gut ging". So formulierte es seine Kollegin Caren Miosga in der Live-Sendung, welche die restlichen Meldungen dann selbst vorlas. Kurz danach wurde der Ausfall Hofers vom NDR mit einer Magenverstimmung erklärt. Mit anderen Worten: Hofer ist beim Nachrichtenvorlesen schlecht geworden. Übelkeit, Brechreiz, sagt man auch dazu. Spannenderweise wurde um den Nachrichtenmann ein Riesen-Tam-Tam gemacht, während niemand in der ganzen Mainstreampresse nachfragte, wievielen Zuschauern eigentlich jeden Abend übel wird.

Um ehrlich zu sein, kann ich Hofer sehr gut verstehen. Doch frage ich mich, warum das nicht schon viel früher passiert ist. Wer die „Tageschau"/„Tagesthemen" abends einschaltet, dem kann es einfach nicht gut gehen. Was den Zuschauern dort Abend für Abend geboten wird, ist aus meiner Sicht längst nicht mehr auszuhalten. Wir wollen anhand der Brechreiz-Sendung vom 3. November einmal hinterfragen, was zu dem Ausfall geführt haben könnte. Meine These: Wer sich die Auswahl der Tagesthemen anschaut, wird schon fündig. Aufmacher des Abends, also damit wichtigste Meldung: Der baden-württembergische Grünen-Ministerpräsident Winfried Kretschmann gibt eine Wahlempfehlung für die CDU-Frontfrau Angela Merkel. Das ist ja mal ein Ding! Also wirklich. Die restlichen Bundesgrünen ärgerten sich darüber, berichtet ein Korrespondent, sie suchen jetzt nach ihrer Mitte, beziehungsweise manche suchen ganz links davon, manche rechts. Verwirrung könnte man das auch nennen. Sagt die ARD-Kommentatorin Tina Hassel darauf ganz richtig: „Wenn ein Wagen nach links und gleichzeitig nach rechts blinkt, dann ist die Warnblinkanlage angeschaltet!" Ha, das war ein Treffer! Bei so viel politisch inkorrekter Kritik zur Haupt-Sendezeit kann einen das Unwohlsein packen, möglicherweise hat Hofer hier seinen ersten Schub bekommen. Als der ARD-Deutschlandtrend dann die Antwort auf die Frage gibt, wie zufrieden die Bürger mit Merkels Arbeit und Politik sind, stimmen hier zwar nur 43 Prozent der Bürger zu, aber 76 Prozent der Christdemokraten und 71 Prozent der Grünen. Hä? Wie geht das denn? Macht Merkel jetzt grüne Politik, wird sich Hofer vielleicht gefragt haben? Das wurde nämlich noch nie offiziell in der „Tagesschau" berichtet, ergo kann es auch nicht stimmen. Das war offenbar zu viel für den Chefsprecher. Zack, gings ihm noch miserabler, der innere Ekel stieg.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind" gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Dann kommt Hofers Nachrichtenblock dran, und seine Stimme ist wirklich dünn und zittrig. Die Grünen-Geschichte hat ihn offenbar mehr mitgenommen als vermutet. Gequält liest er über einen Mautstreit, den es nie geben sollte, über die gebeutelte VW-Spitze, die beteuert, die Diesel-Giftgase hätten bislang niemanden umgebracht, was wohl was über den möglichen Exit aus dem Brexit, und dann erklärt Hofer, dass der sagenumwobene EU-Politiker Günther Oettinger sich in Bukarest für seine Verbalausfälle gegen die Chinesen entschuldigt habe, die er fälschlicherweise kurz zuvor als „Schlitzaugen" bezeichnet hatte. Tja, das sind Meldungen, welche die Welt bewegen und auch vor der Seele eines „News"-Sprechers nicht Halt machen. Hier hatte es den Nachrichtenmann wohl vollends aus den Schuhen gefegt, denn danach war weder etwas von ihm zu hören noch zu sehen, er war kurz darauf offenbar unauffällig aus dem Studio geräumt worden.

„Tagesthemen"-Diva Miosga las dann später selbst vor, was eigentlich Hofers Job gewesen wäre, unter anderem, dass Bundesminister Wolfgang Schäuble, also jener Mann, der vor ein paar Jahren nach einem Treffen mit dem Waffenhändler Karlheinz Schreiber 100 000 D-Mark in einer Schublade vergessen hatte und kurz danach Finanzminister wurde, jetzt ein schärferes Vorgehen gegen Steuerbetrüger plane. Schäuble bläst zum Kampf gegen Banken und Steuerbetrüger? Wollte sich Hofer am Ende etwa weigern, diese Farce vor Millionen Leuten von sich zu geben, weil sie selbst ihm zu weit ging? Die Antwort bleibt Spekulation.

Fakt ist, dass folgende Meldungen des 3. November alle *nicht* in den „Tagesthemen" veröffentlicht wurden, wirklich nichts davon. Doch wären sie es durchaus wert gewesen, um den Zuschauern ein wirklichkeitsnahes Bild vom derzeitigen Zustand ihres Landes zu geben. Aus Platzgründen nenne ich nur die Überschriften, die man im Netz eingeben kann, um die ganze Meldung zu lesen: +++ Festnahme in Berlin: Terrorverdächtiger in Berlin soll IS-Mitglied sein +++ Deutschland: Migranten haben in sechs Monaten 142 500 Straftaten begangen +++ Integrationsbeauftragte der Bundesregierung spricht sich gegen generelles Kinderehen-Verbot aus +++ Zoff um Kinderehe: Boss der Polizeigewerkschaft fordert Rauswurf von Ministerin +++ Streitthema Visafreiheit: Türkei könnte Flüchtlingsabkommen vor Ende 2016 kippen +++ Der türkische Ministerpräsident Erdogan wirft Deutschland Terror-Hilfe vor: „Die Plage wird euch wie ein Bumerang treffen!" +++ Toter Terrorverdächtiger Albakr soll in Berlin beigesetzt werden +++ Baden-Württemberg: Asylbewerber sollen 17-jährigen Iraner vergewaltigt haben +++ Ulm: Mann wird von Südosteuropäer auf offener Straße niedergestochen +++ n-tv-Interview mit syrischer Frauenrechtlerin: „Viele Araber halten Frauen für verfügbar" +++ Rot-Rot-Grün in Berlin: 900 Millionen für Flüchtlinge, kein Geld für Obdachlose +++ Trotz neuer lukrativer Jobs: Ehemalige EU-Kommissare erhalten 100 000 Euro +++ Mann droht Rentnern in Kempten, sie totzuschlagen: Älteres Ehepaar als deutsche Schweine bezeichnet +++ Neue Bayern-Umfrage: Die AfD bedroht die absolute Mehrheit der CSU +++ Uno warnt vor Massenvergewaltigungen nach Hurrikan auf Haiti +++ BIW kritisiert Zahlungen des Magistrats an Kurden-Gruppierung: 8600 Euro für dubiosen Verein +++ Frankfurter Polizeichef: „Drogenhändler gehen gezielt Scheinehen ein" +++ Schulausflug in den Niederlanden: Kinder müssen in Moschee auf Knien probebeten zu Allah +++ Bremer Kirche: Muezzin soll mit „Allahu Akbar" christlichen Gottesdienst eröffnen +++ Vellmar: Sechs südländische Täter dreschen mit Baseballschlägern auf Mann ein +++ „Zusammenprall der Kulturen": Er warf die Kinder aus dem Fenster, um die Frau zu bestrafen +++

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Tja, dies sind ebenso Meldungen des 3. November 2016. Die Liste könnte noch endlos fortgeführt werden. Nicht eine Nachricht davon jedoch brachten die „Tagesthemen". Und vieles, was sich jeden Tag aufs Neue ereignet, wird überhaupt nicht mehr gemeldet, weder in Zeitung, noch im Fernsehen, nicht einmal im Netz, da auf zahlreiche Themenbereiche inzwischen längst Nachrichtensperren verhängt wurden. Denn sonst wäre es wohl längst schon zu einem Aufstand in unserem Land gekommen, unter anderem gegen die TV-Gutmenschen. Und deswegen berichten diese auch morgen wieder über zornige Grüne, produzieren immer neue Umfragen, die sie als Haupt-Nachricht verkaufen, zeigen vergessliche, ausfällige oder gierige Politiker, die stets wiedergewählt werden. Kein Wunder, dass es einem hier nur noch schlecht wird!

Ein Tausendsassa macht Schule

Hannover feiert das Leibniz-Jahr – Der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft im Gespräch über das geistige Erbe des Universalgenies

Leibniz-Butterkeks aus Hannover, Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft und jetzt auch noch Leibniz-Jahr. Der Aufklärer Gottfried Wilhelm Leibniz, dessen 370. Geburtstags und 300. Todestags man dieses Jahr gedenkt, bleibt in vielerlei Form in Erinnerung. Ein Gespräch mit dem Präsidenten der Leibniz-Gemeinschaft, Matthias Kleiner, nebst kurzen Anmerkungen zu Leibniz und seinem Denken.

PAZ: *Muss man als Präsident der Leibniz-Gemeinschaft ein Werk des Namensgebers kennen, und haben Sie jemals ein Werk von Leibniz gelesen?*

Prof. Dr.-Ing. Matthias Kleiner: Gegenfrage: Kommt man denn überhaupt im Leben um Leibniz herum? Als Präsident der Leibniz-Gemeinschaft habe ich natürlich den Anspruch, über Leibniz' Leben und Werk im Bilde zu sein, auch wenn etwa seine Monadenlehre selbst für Philosophen schwere Kost ist. Aber Leibniz ist extrem vielschichtig, und als Ingenieur faszinieren mich Leibniz' zum Teil visionäre technische Konstruktionen ganz besonders.

Die „Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz", auch schlicht Leibniz-Gemeinschaft genannt, ist eine noch recht junge Forschungsorganisation. In ihr wurden vor 21 Jahren besonders geförderte Forschungs- und Museumseinrichtungen aus Ost- und West zusammengeschlossen. Inzwischen forschen 88 Institute unter Leibniz' Namen.

PAZ: *Lebt denn abgesehen vom Namen Leibniz auch noch ein philosophisches Erbe von Leibniz unter dem Dach der Forschungs-Gemeinschaft weiter?*

Kleiner: Der Wahlspruch „theoria cum praxi" spiegelt Leibniz' ganzheitliches Verständnis von Wissenschaft wider, die immer auch ein „für den Menschen und die Gesellschaft" im Sinn hat. „Anwendungsinspiriert" ist ein schönes Wort, finden Sie nicht? Damit halten es unsere Leibniz-Einrichtungen.

PAZ: *In welcher Weise fühlt sich die Gemeinschaft dem Leibniz-Postulat von der „besten aller Welten" verpflichtet?*

Kleiner: Es reflektiert den offenen Erkenntnisprozess, der in der vielfältigen Leibniz-Forschung das Streben nach Antworten und Lösungen begleitet. Wir nehmen uns der drängenden Herausforderungen unserer Zeit an. Insofern arbeiten unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler jeden Tag mit an der „besten der möglichen Welten".

Im Roman „Candide oder der Optimismus" karikierte der französische Philosoph Voltaire das Leibnizsche Postulat von der „besten aller möglichen Welten". Bei Candide geht so ziemlich alles schief, was nur schiefgehen kann. Gerade nach den Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges erkannte der reisefreudige Optimist Leibniz aber, dass Gott die Welt in einem Zustand ließ, aus der der rational denkende Mensch die für sich beste Welt würde machen können.

PAZ: *Welche Kriterien muss ein Institut erfüllen, um in die Leibniz-Gemeinschaft aufgenommen zu werden?*

Kleiner: Da gibt es eine Reihe auch rein formaler Aufnahmekriterien. Wichtig ist vor allem, dass das jeweilige Forschungsthema von gesamtgesellschaftlicher Relevanz und forschungspolitisch von überregionalem Interesse ist – unter dem Primat höchster Qualität, versteht sich.

Die Leibniz-Institute leisten im Großen das, was Leibniz im Kleinen tat: interdisziplinär zu denken. Von der Geistes- bis zur Naturwissenschaft, von der Mathematik bis zur Sozialkunde decken sie das Feld ab, das Leibniz in seinen Schriften beackerte. – Eine Gesamtedition seiner Werke, der 15 000 Briefe und des Nachlasses erscheint seit 1923, und ein Ende ist nicht absehbar. Herausgegeben wird sie von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, deren Gründer und erster Präsident übrigens der von Preußens Königin Sophie Charlotte geförderte Leibniz war, als jene noch Königlich-Preußische Akademie der Wissenschaften hieß.



Bronze-Silhouette des Rechengenies vor dem Opernhaus von Hannover: Auf dem von Leibniz entwickelten binären Zahlensystem basiert die Computertechnologie Bild: tws

PAZ: *Hätte Leibniz selbst eine Chance gehabt, Mitglied ihrer Gemeinschaft zu werden?*

Kleiner: Kluge Köpfe sind immer willkommen – und dann so ein Tausendsassa! Mit seinem interdisziplinären und anwendungsbezogenen Denkansatz wäre Leibniz bei uns genau richtig gewesen.

PAZ: *In welcher Weise profitieren die Institute durch die Zugehörigkeit zu der Gemeinschaft?*

Kleiner: Sie sind Teil einer besonderen Forschungsorganisation, die sich der kooperativen Wissenschaft verschrieben hat. Sie profitieren natürlich von der gemeinsamen Finanzierung von Bund und Ländern, aber genauso von dem interdisziplinären Netzwerk und Verbund, der internationalen modellhaften Evaluierung, attraktiver Projektförderung, der wissenschaftspolitischen Interessensvertretung und unserer anerkannten Qualitätsmarke. Die Leibniz-Gemeinschaft ist eine Struktur der Ermöglichung.

Leibniz war ein Multitasking-Genie. Als Mathematiker ersann er die Infinitesimalrechnung, erfand Rechenmaschinen, führte bahnbrechende Neuerungen im Bergbau ein, gründete Versicherungen, schrieb in Hannover als Bibliothekar Herzog Johann Friedrichs von Braunschweig-Lüneburg die Geschichte der Welfen, veröffentlichte mit der „Théodicée" sein philosophisches Hauptwerk und war mit seiner „Monadenlehre" ein Vordenker der modernen Teilchenphysik.

PAZ: *Mischt sich die Politik in die Arbeit der Gemeinschaft ein?*

Kleiner: Wer für die Menschen forschen will, organisiert seine Wissenschaft in enger Rückkopplung mit der Gesellschaft. Daher stehen wir immer auch im engen Austausch mit den politischen Vertreterinnen und Vertretern von Bund und Ländern und sogar der europäischen Institutionen. Als Zuwendungsgeber verstehen wir Bund und Länder nicht nur finanziell, sondern auch ideell. Ferner sind viele Leibniz-Einrichtungen aus der Politikberatung nicht mehr wegzudenken. In der konkreten Forschungsarbeit genießen wir selbstverständlich die volle wissenschaftliche Freiheit, wie sie im Grundgesetz verbürgt ist.

PAZ: *Kann es jemals wieder einen Universalgelehrten geben, der wie Leibniz alle Wissenschaftszweige in sich vereint?*

Kleiner: Einen Universalgelehrten wie Leibniz in einer Person wird es nicht mehr geben; dafür ist unser Wissen heute zu komplex. Aber seien Sie unbesorgt: Dafür gibt es ja die Leibniz-Gemeinschaft, die in ihrer interdisziplinären, kooperativen Forschung Wissen schafft und bündelt.

Leibniz wurde am 1. Juli 1646 in Leipzig geboren und starb am 14. November 1716 in Hannover. Ihm zu Ehren wird seit 1997 in seinem Wohnort Hannover der Leibniz-Ring verliehen, den in diesem Monat die Hannoversche „Tatort"-Kommissarin Maria Furtwängler erhielt. Zuvor aber passierte ein echter Kriminalfall: Der Ring wurde vor der Verleihung gestohlen. Für Hinweise setzten die Veranstalter 5000 Euro Belohnung aus. Ein Leibniz ist eben noch viel wert. Harald Tews

Anschauliches Denken mit Leibniz

Bei der Begräbnisfeier für Gottfried Wilhelm Leibniz in der Neustädter Hof- und Stadtkirche von Hannover bedeckte ein schwarzes Tuch seinen Sarg. Es trug die lateinische Aufschrift: „Ein Stück des Lebens ist verloren, sobald eine Stunde vergeudet wird." Das war ein Lebensmotto des rastlosen Denkers. Von ihm selbst am 5. Mai 1709 auf einen kleinen Zettel notiert, bildet dieser Sinnspruch den Auftakt der Leibniz im Germanischen Nationalmuseum von Nürnberg gewidmeten Sonderausstellung „Historische Modelle: Leibniz und die Leichtigkeit des Denkens". Sie präsentiert rund 50 Modelle.

Die ausgestellten Modelle hat Leibniz nie gesehen. Gleichwohl aber hatten Modelle für ihn einen hohen Stellenwert. Er bewertete sie als ideale Hilfsmittel für Kunst, Wissenschaft und Produktion. Sie beugen der Zeitvergeudung vor. Denn sie beschränken sich auf die Darstellung des Wesentlichen. Damit erleichtern sie das Verstehen und beflügeln das Denken. Kurator Frank Matthias Kammel erläutert, dass eine Sammlung von Modellen einen wichtigen Platz in der von Leibniz geplanten Akademie der Künste und Wissenschaften einnehmen sollte. Mit seinen Plänen fand er 1700 in Berlin Gehör. In bescheidenerem Umfang als von Leibniz vorgesehen, ließ Kurfürst Friedrich III. die Brandenburgische Sozietät der Wissenschaften eröffnen. Zu ihrem Präsidenten ernannte er Leibniz.

Kurator Kammel stellt sieben Arten von Modellen aus. Einige repräsentieren Vorgefundenes wie beispielsweise eine keltische Burgwallbefestigung. Andere dienten als Vorlage zur praktischen Ausführung. Etwa das Ledertuch mit 52 chirurgischen Wundnahtmustern. Zu den „Visionen" gehört ein Aufriss des Kölner Doms, der Jahrzehnte vor der tatsächlichen Fertigstellung des Bauwerks erschien.



Bild: GNM

Himmelsglobus um 1700

Auch in der Kunst spielen Modelle eine wichtige Rolle. Das demonstriert Christoph Thomas Schefflers Deckenbildentwurf mit der „Anbetung der Hirten" (um 1733). Modelle wie das eines Bergwerks vertreten als „Demonstrant" Systeme, die in der Wirklichkeit unüberschaubar sind. Die Miniaturausführung des 1840 von Johann Michael Abel erdachten „Sparofens" weist uns auf Modelle hin, die neue Erfindungen veranschaulichen. Kammel urteilt über Modelle: „Ihr Zweck besteht in der Möglichkeit von Erkenntnis, die sonst nur bedingt oder nur mittels beachtlich höherer Aufwendungen möglich wäre." Darin sah Leibniz ihre wesentliche Stärke. *Veit-Mario Thiede*

Bis 5. Februar 2017 im Germanischen Nationalmuseum, Kartäusergasse 1, Nürnberg, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, Mittwoch bis 21 Uhr, Eintritt 8 Euro. Der Ausstellungskatalog kostet 18,60 Euro. Telefon (0911) 13310, Internet: www.gnm.de

MELDUNG

Egon Schiele als Kino-Held

München – Neben Gustav Klimt und Oskar Kokoschka gilt Egon Schiele als schillerndster Maler der Wiener Moderne. Am 17. November startet ein Kinofilm, in dem es um die erotischen Verstrickungen des jungen Schiele geht. Vorher stellen Regisseur Dieter Berner und Hauptdarsteller Noah Saavedra den Film bei Sondervorführungen im Hamburger Passage-Kino (15.11.) und im Berliner Cinema Paris (16.11.) vor. Tags darauf ist im Berliner City-Kino auch Darstellerin Valerie Pachner mit dabei. *tws*

Wohin ging Sienkiewicz?

Vor 100 Jahren starb der Autor des Romans »Quo vadis?«

Es war einer der Glanzauftritte von Peter Ustinov. Als geistig labiler Kaiser Nero sang der Schauspieler im Film „Quo vadis?" harmlos-schräge Töne an der Leier, um im nächsten Moment ganz Rom abzufackeln und dieses Verbrechen dann den Christen in die Schuhe zu schieben. „Quo vadis" gehörte zu jenen Monumentalfilmen der 1950er Jahre, welche wie „Ben Hur" oder „Die zehn Gebote" den biblischen Glauben von der Kinoleinwand herab predigen sollten.

Solche Werke konnten nur von stark christlich geprägten Autoren stammen. So basiert auch „Quo vadis?" auf dem Roman eines Autoren, der aus einem konservativ katholischen Land kommt. Doch dem vor 100 Jahren gestorbenen Polen Henryk Sienkiewicz diente das christliche Motiv im Buch eher als Folie für seinen Nationalismus. Geboren am 5. Mai 1846 im damals zum Zarenreich gehörenden Teil Polens, war er stolz auf seinen adeligen Vater, der



Bild: CF

Nobelpreisträger: Sienkiewicz

gegen die russische Unterdrükkung und für eine Unabhängigkeit Polens kämpfte. Das schlug sich in vielen Werken des Vielschreibers nieder. Eine polnische Ausgabe seiner Werke umfasst 21 Bände, von denen das 1896 entstandene „Quo vadis?" der bis heute im Ausland meistgelesene polnische Roman ist. Vor allem auch dank dieses Werks erhielt der Autor 1905 den Literaturnobelpreis.

Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges ging Sienkiewicz, dessen Urgroßmutter aus dem Hamburger Hanseatengeschlecht der Jauchs stammt – womit auch der Moderator Günther Jauch um viele Ecken herum mit ihm verwandt ist –, ins Exil in die Schweiz. Dort starb er am 15. November 1916 nur zwei Tage vor der Wiedererrichtung des polnischen Staates. *tws*

Berliner Kulturscheune

Schweizer entwerfen das Museum der Moderne am Kulturforum

Und der Sieger ist: Herzog & de Meuron. Das Schweizer Architekturbüro gewann die Ausschreibung für das Museum des 20. Jahrhunderts, das auf dem freien Platz des Berliner Kulturforums zwischen Scharouns Philharmonie und Mies van der Rohes Neuer Nationalgalerie errichtet werden soll.

Die Reaktionen auf den Entwurf schwankten zwischen Zustimmung und Spott. So manchen Kritiker erinnert der geplante längliche Bau mit dem Satteldach äußerlich an eine Scheune. Die Macher hingegen sprechen von einem Tempel der Kunst, einem „Ort der Stille und des Nachdenkens".

Von 2022 an soll das Museum die Kunstsammlung des 20. Jahrhunderts aus der Nationalgalerie ausstellen. Ob die vom Bundestag bereits bewilligten 200 Millionen Euro für den Bau ausreichen werden, wird sich zeigen. So wurde ja auch die ebenfalls von Herzog & de Meuron konzipierte Hamburger Elbphilharmonie zu einem Zeit- und Kostengrab. Jenes wurde vergangenes Wochenende endlich fertig und den Hamburgern zur Besichtigung vorgestellt. Inzwischen ist es das meistfotografierte Motiv der Hansestadt, und über die Kosten spricht keiner mehr.

Gut möglich, dass sich auch die Berliner schnell an ihre Kulturscheune gewöhnen werden – koste sie, was sie wolle. *H. Tews*



Bild: Herzog & de Meuron Basel Ltd.

Siegerentwurf: So soll das neue Museum aussehen

Adolf Hitlers »Lieblingsgeneral«

Der »Wüstenfuchs« Erwin Rommel war der wohl populärste deutsche Generalfeldmarschall des Zweiten Weltkrieges

Erwin Rommel verdankte sein Ansehen nicht nur seinen Erfolgen, sondern auch der Propaganda, die ihn zu einem Kriegs- und Volkshelden machte, und der ehrgeizige Rommel benutzte diesen Umstand zur Selbstinszenierung. Von britischer Seite wurde der „Rommel-Mythos“ bemüht, um die eigenen Niederlagen zu bemänteln und zu entschuldigen.

Bei der Berufswahl entschied sich der am 15. November 1891 in Heidenheim geborene Sohn des gleichnamigen Oberrealschullehrers und späteren Rektors Erwin Rommel und dessen Ehefrau Helene geborene Luz im Gegensatz zu seinem Vater statt für die Schule für die „Schule der Nation“. Er wählte die Offizierslaufbahn und trat in das Regiment „König Wilhelm I.“ ein, wurde 1912 zum Leutnant ernannt und war ab Oktober 1915 Kompaniechef im württembergischen Gebirgsbataillon. An der Isonzo-Front eroberte er mit seiner Kompanie in der Schlacht von Flitsch und Tolmein 1917 den beherrschenden Monte Matajur, wofür er den „Pour le Mérite“ erhielt. Er wandte erfolgreich eine neue, von ihm erfundene Taktik an. Schon damals zeichnete er sich durch Wagemut und Spontaneität aus, Eigenschaften, die er im Laufe seiner Karriere über Gebühr unter Beweis stellen sollte. Aus seiner Ehe mit Lucie Maria Mollin ging 1928 der Sohn Manfred hervor, der spätere Oberbürgermeister von Stuttgart.

Nach deren „Machtergreifung“ erhoffte sich Rommel von den Nationalsozialisten einen Ausbau der Streitkräfte, und in der Tat begann nun für ihn eine steile Karriere. Nach seiner Zeit als Kommandeur der Kriegsschule (Militärakademie) in Wiener Neustadt wurde er mit Datum vom 23. August 1939 Kommandant des Führerhauptquartiers und rückwirkend mit Datum vom 1. August zum Generalmajor befördert. Rommels Wunsch, einen Panzerverband zu befehligen, wurde ihm von Adolf Hitler, der ihn schätzen gelernt hatte, mit Ernennung zum Kommandeur der 7. Panzerdivision erfüllt.

Während des Westfeldzuges vom 10. Mai bis 25. Juni 1940 führte er diesen Verband beim Durchbruch über die Maas bei Namur und durch Nordfrankreich äußerst kühn, oft in vorderster Linie und ohne Rücksicht auf Gefahr. Am 21. Mai brachte er durch persönliches Eingreifen einen Gegenangriff der Briten zum Stehen und bewältigte damit die sogenannte Krise von Arras. Kurz darauf wurde er mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet.

Mit dem Entschluss zur Aufstellung eines Sperrverbandes zur Stützung der Italiener in Libyen begann eine hochdramatische Phase. Es war Hitler persönlich, der ihm am 15. Februar 1941 gegen die Ablehnung der Heeresführung das Kommando übertrug. Obwohl er anfangs nur über eine Division verfügte, ergriff er die Initiative und stieß bis zur Grenze Ägyptens vor. Die überraschten Briten zeigten sich der wendigen Wüstentaktik Rommels unterlegen.

Nach Eintreffen von Verstärkungen wehrte Rommel alle britischen Angriffe ab und wurde zum Befehlshaber der Panzergruppe Afrika befördert. Allerdings blieb das eingeschlossene Tobruk vorerst unbezwungen. Die britische Offensive im November zwang Rommel dann zum Rückzug auf die Ausgangsstellung. Die Achillesferse war der Nachschub, da der Gegner vom Stützpunkt Malta aus laufend die Geleitzüge nach Afrika dezimierte. Je weiter Rommel vordrang, desto länger wurden die Versorgungswege. Die italienische Marine hatte es versäumt, Malta noch in seiner Phase der Schwäche 1940 zu besetzen.

Am 21. Januar 1942 ging Rommel mit seiner Panzerarmee erneut zur Offensive über, gewann die Cyrenaika zurück und eroberte nach schweren Schlachten am 21. Juni Tobruk. Jetzt stand er am Gipfel seines Ruhms, und Hitler ernannte ihn zum Generalfeldmarschall. Obwohl vorgesehen war, nun die Insel Malta zu erobern, plädierte Rommel, der das volle Vertrauen Hitlers besaß, für den Weiterstoß zum Suezkanal, um dem schwer geschlagenen Gegner keine Atempause zu gewähren. Er meinte, als Schwächerer nur durch Angriff bestehen zu können und dass ein Verharren in der Verteidigung den Gegner übermächtig werden ließe. Seine erschöpften Truppen blieben kurz vor El Alamein liegen.

Die Schattenseiten seines Führungsstils sind erst spät ans Tageslicht gekommen



So kennt man den „Wüstenfuchs“: Als Kommandeur des Afrikakorps „von vorne“ führend Bild: action press

Dort, in der Entscheidungsschlacht, die am 23. Oktober begann, hielt Rommels Armee 13 Tage den Briten stand, die von den USA massiv verstärkt worden waren, dann musste er gegen den Befehl Hitlers den Rückzug antreten.

Da außerdem alliierte Truppen in Algerien landeten, war auch der Rücken seiner Armee bedroht. Nach harten Kämpfen in Tunesien im Spätwinter 1943 hielt er die Räumung des dortigen Brückenkopfes für unvermeidlich. Hitler und Benito Mussolini wollten ihn aber halten, und so wurde der unbequeme Rommel nach Deutschland zurückbeordert.

Im Januar 1944 übernahm Rommel den Befehl über alle Truppen im Westen nördlich der Loire. Er betrieb den Ausbau des Atlantikwalls und ließ vor allem die Küstenlinie befestigen. Aufgrund seiner Erfahrungen erklärte er die Küste zur Hauptkampflinie, an der die Entscheidung fallen würde. Damit geriet er in eine Kontroverse mit anderen Befehlshabern, die eine Panzerschlacht im Hinterland bevorzugten. Nach Beginn der Invasion am 6. Juni erkannte er bald, dass die materielle Überlegenheit der Alliierten jede Verteidigung aussichtslos machte. Er drängte daher bei Hitler auf eine sogenannte politische Lösung. Am 17. Juli wurde er durch einen Tieffliegerangriff schwer verwundet.

Nach der Entlassung aus dem Lazarett hielt er sich in seinem Haus in Herrlingen auf. Das misslungene Attentat vom 20. Juli lieferte Anhaltspunkte, die Rommel als Mitwisser belasteten. Doch an seiner Loyalität zu Hitler bestand kein Zweifel. Rommel und die Verschwörer stimmten nur darin überein, dass der Krieg im Westen beendet werden müsse. Nachdem Hitler von belastenden Aussagen erfahren hatte, wollte er seinem „Lieblingsgeneral“ öffentliche Demütigungen ersparen und ließ ihn durch zwei Emissäre am 14. Oktober dazu bringen, Selbstmord zu begehen.

Die Schattenseiten seines Führungsstils sind erst spät ans Tageslicht gekommen. Sein Wagemut neigte dazu, in Tollkühnheit umzuschlagen; seine Art, „von vorne“ zu führen, verwehrte ihm den Überblick über die Lage. Seinen Führungsstil konnte er an der Spitze einer Panzerdivision entfalten, doch als Armeeführer war anderes vonnöten. Zu seinen Schwächen zählten Eigenmächtigkeit, Sprunghaftigkeit und Vernachlässigung der Stabsarbeit. Der Feldherr wollte auch nicht einräumen, dass der Krieg im Mittelmeer-Raum in erster Linie ein Seekrieg war.

Im Grunde genommen fand er sich nie mit seinem Auftrag ab, dem verbündeten Italien bei der Verteidigung Libyens zur Seite zu stehen, sondern wollte mit seinen begrenzten Mitteln das kaum Mögliche erreichen, nämlich Ägypten mit dem Suezkanal erobern. Die oberste Führung war jedoch nie bereit, ihm die dafür erforderlichen Kräfte zu unterstellen, und die italienische Seite erwies sich als unfähig, den benötigten Nachschub zu sichern. Letztlich scheiterte sein Bemühen, mit einer Palette von Aushilfen die Schwächen auf strategischer Ebene wettzumachen.

Heinz Magenheimer

Sun Yat-sen wird in Peking wie Taipeh verehrt

Der Gründer der Kuomintang und erste Präsident der Republik gilt als Gründer des modernen China

Der in China als „Wegbereiter der Revolution“ verehrte und in Taiwan noch immer als „Landesvater“ bezeichnete Sun Yat-sen wurde am 12. November 1866 nahe Macau in bescheidenen Verhältnissen geboren. Kurioserweise ist dieser asiatische Politiker und kurzzeitige erste Präsident der am 1. Januar 1912 in Nanking gegründeten Republik China letztendlich unter einem Namen in die Geschichte eingegangen, der aus einer Mischung seines ursprünglichen chinesischen Familiennamens und eines zur Tarnung angenommenen japanischen Nachnamens besteht, der mit der Zeit zum Vornamen wurde.

»Wegbereiter der Revolution« in Rot- und »Landesvater« in Nationalchina

1879 holte ihn sein nach Hawaii ausgewanderter Bruder nach Honolulu, wo er drei Jahre lang eine britische Missionsschule besuchte und Englisch lernte. Dieser frühzeitige Kontakt mit westlichem Gedankengut, insbesondere dem zumindest damals im Westen herrschenden Fortschrittsglauben, sollte ihn für immer prägen. Nach seiner christlichen Taufe Ende 1883 studierte er von 1886 bis 1892 Medizin in Kanton und Hong Kong. Getrieben von seinen politischen Ambitionen und dem Unmut über die Rückständigkeit des stur in einer großartigen Vergangenheit verharrenden Reiches der Mitte gab er 1894 seinen erlernten Beruf auf und gründete auf Hawaii mit Landsleuten die „Revive China Society“, mit deren Hilfe er eine damals noch bescheidene Anzahl an Spenden unter seinen Landsleuten sammelte. Nach Chinas vernichtender Niederlage im Chinesisch-Japanischen Krieg 1894/95 versuchte Sun von seiner Heimatprovinz aus, zum ersten Mal den Sturz der maroden mandschurischen Qing-Dynastie zu betreiben.

Als dieser Plan fehlschlug und um einer möglichen Hinrichtung zu entgehen, begab er sich in ein 16-jähriges Exil. Von Japan aus ging Sun nach London, wo er 1897 ein international beachtetes Buch veröffentlichte über seine dortige Entführung des Vorjahres durch die chinesische Regierung. Seine Verschleppung aus der Kaiserlichen Gesandtschaft in London nach Peking war ihm dank Drucks des Foreign Office erspart geblieben. Kurz darauf kehrte er für sechs Jahre nach Nippon zurück. Dort lernte er durch Vermittlung des Philosophen Miyazaki Torazo einflussreiche Leute kennen, und sein Ansehen unter der wachsenden Anzahl der dort studierenden Chinesen nahm stetig zu.

1900 versuchte er, den Boxer-Aufstand, in dessen Verlauf der deutsche Gesandte Clemens von Ketteler ermordet wurde, erfolglos für seine unmittelbaren Zwecke zu nutzen. Da Sun mit den Filipinos sympathisiert hatte, war der Sieg der USA im Philippinisch-Amerikanischen Krieg von 1899 bis 1902 für ihn ein persönlicher Rückschlag. Ihm kam allerdings zugute, dass der stetige Niedergang der seit 1644 in Peking regierenden Mandschus unaufhaltsam war. Während seiner ausgedehnten Reisen durch Französisch-Indochina, die Vereinigten Staaten sowie Europa von 1903 bis 1905 gewann er mehr und mehr Überseechinesen sowie Auslandsstudenten für eine radikale Erneuerung der chinesischen Gesellschaft. Mitte Juli 1905 kehrte Sun nach Japan zurück, wo sich unter den Chinesen patriotische Begeisterung ausbreitete.

In Zusammenarbeit mit anderen Exilanten wie Huang Hsing und Sung Chiao-jen gründete er die „Revolutionary Alliance“ und wurde deren erster Vorsitzender. In dieser neuen Vereinigung gingen die „Revive China Society“ und andere Organisationen auf. Damit war zum ersten Mal ein zentralisiertes Gremium mit einer gebildeten Mitgliederschaft aus ganz China entstanden, das sich die Beseitigung der Monarchie in der Heimat zum Ziel gesetzt hatte.

Zu jener Zeit hatten sich aus Suns Ideen die „Drei Prinzipien des Volkes“ herauskristallisiert: Nationalgefühl, Demokratie und Wohlfahrt. Sie stellten die ideologische Basis seiner jungen Bewegung dar und wurden durch die in der Ende 1905 gegründeten Zeitung „People's Newspaper“ bis zu deren Verbot durch die japanischen Behörden im Jahre 1908 propagiert. Doch seine wachsende Bekanntheit wandte sich zunächst gegen ihn. Er konnte die gestiegenen Erwartungen an ihn nicht erfüllen, denn sämtliche gegen die Mandschuren gerichteten Umsturzversuche scheiterten kläglich, womit auch die finanzielle Unterstützung stark nachließ. Außerdem übte der Kaiserhof mehr und mehr Druck auf diverse ausländische Regierungen aus, Suns subversive Aktivitäten zu unterbinden. Das hatte zur Folge, dass Sun 1907 Japan und 1908 Indochina verlassen musste. Auch der Zugang nach Hongkong war ihm damals verwehrt. Somit machte er sich über Singapur und Großbritannien auf in die USA, wo er in New York, Chicago und San Francisco sehr einflussreiche Reden hielt.



Sun Yat-sen Bild: CF

In den Vereinigten Staaten erfuhr Sun aus der Zeitung die Nachricht von dem am 10. Oktober 1911 ausgebrochenen Wuchang-Aufstand. Am Neujahrstag 1912 kehrte Sun nach China zurück, wo er sofort zum Präsidenten der gerade ausgerufenen Republik gewählt wurde. Doch schon am 13. Februar trat er wieder zurück, um dem kaiserlichen Premierminister General Yuan Shikai Yuan Platz zu machen, der auf diese Weise für Revolution und Republik gewonnen werden sollte. Sun übernahm nun die Verantwortung für den Ausbau des Eisenbahnnetzes, aber auch dieses Amt bekleidete er nur rund ein halbes Jahr. Am 12. August gründete er zusammen mit Sung Chiao-jen die heute noch auf Taiwan existierende Kuomintang.

Das von den Mandschus hinterlassene Machtvakuum führte zum Aufstieg sogenannter Warlords, welche die Kontrolle über ganze Provinzen übernahmen und die Zentralregierung nicht anerkannten. Sun musste mit einigen paktieren, um zumindest auf regionaler Ebene Macht ausüben zu können. Ab 1923 erhielt er politische Unterstützung von der Sowjetunion, die sich jedoch gleichzeitig zur Nichteinmischung verpflichtete. Ein Jahr bildete Suns Kuomintang mit der 1921 in Shanghai gegründeten Kommunistischen Partei Chinas unter Einfluss der Komintern die erste Einheitsfront. Am 25. März 1925 starb Sun in Peking an Leberkrebs. Die Partnerschaft zwischen Suns Kuomintang und den Kommunisten endete erst nach Suns Tod in der Ära seines Nachfolgers Tschiang Kai-schek. Und so wird Sun Yat-sen im Gegensatz zu Tschiang Kaischek heutzutage nicht nur in National-, sondern auch in Rotchina verehrt.

Markus Matthes

»Eiserner, du hast mich verlassen«

Vor 75 Jahren wählte der Generalluftzeugmeister Ernst Udet resigniert den Freitod

Man könnte Ernst Udet als renitenten Opportunisten beschreiben, der in den Intrigen des NS-Regimes zerrieben wurde. Ein verhinderter Widerstandskämpfer wie Carl Zuckmayers Figur des General Harras war er nicht.

> »Des Teufels General« Harras aus Zuckmayers gleichnamigem Drama war er nicht

Ernst Udet gehört im Guten wie im Bösen zu den herausragenden Figuren der deutschen Luftfahrtgeschichte. Während des Ersten Weltkriegs machte er sich als Jagdflieger einen Namen, wurde danach Unternehmer und Kunstflieger, um 1935 in die neu gegründete Luftwaffe einzutreten. Er stieg zum Verantwortlichen für die Luftrüstung auf, war aber seiner Aufgabe und den für das NS-Regime typischen Intrigen nicht gewachsen. Am 17. November 1941 beging er Selbstmord. Der Schriftsteller Carl Zuckmayer war mit ihm befreundet und verarbeitete sein Schicksal in dem Theaterstück „Des Teufels General“.

Im damals preußischen Frankfurt am Main kam Ernst Udet am 26. April 1896 zur Welt. Er wuchs in München auf und begeisterte sich schon in der Jugend für die Fliegerei. In der Schule war das spätere Fliegerass allerdings weniger erfolgreich und schaffte das Einjährigen-Examen 1913 nur mit Mühe. Als 1914 der Krieg ausbrach, meldete Udet sich freiwillig, wurde aber zunächst als untauglich abgewiesen. Aber weil er Besitzer eines Motorrads war, wurde er als Melder in der 46. Württembergischen Reservedivision an der Westfront eingesetzt. Jedoch kündigte das Heer Ende 1914 alle Verträge mit freiwilligen Kradmeldern und schickte ihn nach Hause.

Zurück in München, ließ er sich auf eigene Kosten zum Zivilpiloten ausbilden. Nun wurde er zur Fliegertruppe des Heeres versetzt und flog bis 1916 Aufklärung über der Westfront. Seine Karriere als Jagdflieger begann bei der Artilleriefliegerabteilung 206, die Fokker E.III-Jäger flog. In diesem Verband erzielte er seine ersten Abschüsse und erhielt 1917 das Kommando über eine Jagdstaffel. Im März 1918 holte Manfred von Richthofen Udet in sein Geschwader. Bis zum Waffenstillstand 1918 errang Udet 62 Luftsiege. Während dieser Zeit lernte er Zuckmayer kennen, als dieser zu einem Luftbeobachter-Lehrgang dorthin abgeordnet war.

Das Ende des Ersten Weltkriegs und die Novemberrevolution trafen auch viele Flieger völlig unvorbereitet. Das Versailler Diktat untersagte zunächst den Bau von Flugzeugen in Deutschland. Erst 1922 wurde dieses Verbot gelockert, dann 1926 für die zivile Luftfahrt wieder aufgehoben.

Udet konnte den drohenden sozialen Abstieg vermeiden, indem er auf Flugschauen sein fliegerisches Können beim Kunstflug vorführte. Mit Startkapital der Gebrüder Pohl, zweier Deutscher, die in den USA ein Vermögen gemacht hatten, gründete er die Udet Flugzeugbau GmbH.

Die junge Firma stellte 1925 die zweisitzige U 12 „Flamingo“ vor, die als Schul- und Sportflugzeug große Beliebtheit erlangte. Etwa 240 „Flamingos“ wurden produziert, zunächst von Udet Flugzeugbau selbst, dann von den Bayerischen Flugzeugwerken, welche die finanziell angeschlagene Firma 1926 übernahmen. Udet hatte das Unternehmen bereits im Vorjahr verlassen, um sich ganz der Kunstfliegerei zu widmen. Seine rote „Flamingo“ mit dem Kennzeichen D 822 war ein gern gesehener Gast auf Flugschauen.

Mit seiner waghalsigen Luftakrobatik wurde Udet schnell bekannt und lockte Zehntausende von Besuchern zu seinen Vorführungen. Außerdem konnte man ihn für Werbeflüge buchen. Als er 1927 nach Berlin zog, gründete er dort mit der bekannten Fliegerin Thea Rasche die Udet Schleppschrift GmbH.

Er verblüffte das Publikum immer wieder mit fliegerischen Bravourstücken. So war er 1927 der erste Flieger, der auf der Zugspitze landete und von dort auch wieder startete. Er trat in Filmen als souveräner Fliegerheld auf, so 1929 in „Die weiße Hölle vom Piz Palü“. Außerdem produzierte er selbst Filme, etwa „Fremde Vögel über Afrika“ über eine Afrika-Expedition.

Zu den Nationalsozialisten hatte er zunächst ein distanziertes Verhältnis. „Schau dir die Armleuchter an“, sagte er zu Zuckmayer auf dem Berliner Presseball am 29. Januar 1933, „jetzt haben sie alle schon ihre Klempnerladen aus der Mottenkiste geholt“. Demonstrativ steckte Udet seinen Pour le Mérite in die Hosentasche. Und als ihm einige Zeit später der frischgebackene Minister Hermann Göring eine Stellung anbot, lehnte er ab. Trotzdem übernahm er repräsentative Funktionen im neuen Staat und trat am 1. Mai in die NSDAP ein.

Göring finanzierte ihm den Kauf von zwei „Hawk“-Sturzbombern des US-amerikanischen Unternehmens Curtiss Aeroplane and Motor Company, mit denen er nun über die Flugtage zog. Von den Möglichkeiten dieser neuen Waffe fasziniert, setzte er sich für die Erprobung dieser Technik in Deutschland ein und gab schließlich dem Werben Görings und anderer Kameraden nach. Zum 1. Juni 1935 trat er als Oberst in die ein Vierteljahr zuvor offiziell gegründete Luftwaffe ein und wurde Inspekteur der Jagd- und Sturzkampfflieger. Udet wusste, dass er für die Führung großer Behörden nicht geeignet war und sträubte sich gegen weitere Beförderungen. Aber nach dem Unfalltod des Generalstabschefs Walther Wevers am 3. Juni 1936 übernahm er den Posten, der ihn überfordern sollte: die Leitung des Technischen Amtes der Luftwaffe. Damit war er für die gesamte Forschung, Entwicklung und Beschaffung verantwortlich.



Fliegen war sein Metier, nicht das Leiten einer Behörde: Ernst Udet

Bild: bpk

Göring hatte ihn auf diesen Platz gesetzt, um seinen ungleich fähigeren Staatssekretär Erhard Milch auszubremsen. So konnten ihm beide nicht gefährlich werden. Udet forcierte die Entwicklung des Sturzkampfbombers, der in den ersten Kriegsjahren sehr erfolgreich war. Göring gab Udet Titel, sogar den des Generalluftzeugmeisters, entzog ihm aber immer mehr Kompetenzen.

Udet wurde zum Sündenbock, als die Luftwaffe die Luftschlacht um England verlor und den Anforderungen des Russlandkriegs nicht gewachsen war. Durch die stagnierende Flugzeugproduktion und Probleme beim neuen Jäger Focke-Wulf Fw 190 war er angreifbar. Nach einer letzten Auseinandersetzung am 12. November 1941 um angeblich gefälschte Versuchsergebnisse in seinem Stab resignierte er. Fünf Tage später erschoss er sich. Vorher hatte er über sein Bett geschrieben: „Eiserner, du hast mich verlassen.“ Damit war Göring gemeint. *Friedrich List*

Adolf Hitlers Lieblingsgauleiter

Vor 30 Jahren starb Erich Koch im ostpreußischen Bartenstein

Ende 1942 war Erich Koch faktisch der mächtigste Mann in Osteuropa. Sein Herrschaftsbereich reichte vom Baltikum bis hinunter ans Schwarze Meer. Dem ging eine bemerkenswerte Karriere des am 19. Juni 1896 in Elberfeld im Rheinland geborenen Sohnes eines Werkmeisters und dessen Ehefrau voraus. Nach dem frühzeitigen Eintritt in die NSDAP im Jahre 1922 mit der Mitgliedsnummer 90 avancierte der gelernte Kaufmann schon sechs Jahre darauf zum Gauleiter von Ostpreußen. Später kamen noch zahlreiche weitere Ämter hinzu. 1930 wurde er Mitglied des Reichstages für den Wahlkreis Ostpreußen, 1933 ostpreußischer Oberpräsident, 1939 Reichsverteidigungskommissar für Ostpreußen sowie 1941 Chef der Zivilverwaltung des Bezirkes Bialystok und Reichskommissar für die Ukraine. Außerdem erhielt er 1938 den Rang eines SA-Obergruppenführers und übernahm im November 1944 das Kommando über den Volkssturm in Ostpreußen.

Diesen kometenhaften Aufstieg Kochs konnte nicht einmal der mit ihm verfeindete Reichsführer SS Heinrich Himmler verhindern, der eine Kommission zur Aufklärung der „gesetzlosen Zustände im Gau Ostpreußen“ einsetzte und den „Schweinehund“ Koch 1935 wegen „politischer Korruption“ absetzen und zur Aburteilung nach Berlin bringen ließ. Adolf Hitler aber deckte seinen Lieblingsgauleiter und gab ihm per „Führerentscheid“ sämtliche Ämter zurück.



Bild: Bundesarchiv, Bild 183-H13717 / CC-BY-SA 3.0

Erich Koch

In Ostpreußen machte sich Koch zum Kriegsende hin extrem unbeliebt, weil er die Kapitulation von Königsberg hintertrieb, bis die Stadt fast vollkommen zerstört war, und auch die Evakuierung der Zivilbevölkerung über jedes vernünftige Maß hinaus verzögerte, was zahllosen Menschen das Leben kostete. Er selbst verschwand schon am 21. Januar 1945 aus der Stadt am Pregel und kehrte dann nur noch sporadisch per Flugzeug zurück, um die endlich anlaufende Flucht der Einwohnerschaft über das Eis des Haffs zu organisieren. Zum Schluss entkam er mit einem Eisbrecher in den Westen, wo es ihm zunächst gelang, als „Major Rolf Berger“ unterzutauchen.

Die Verhaftung des gesuchten NS-Spitzenfunktionärs erfolgte erst am 24. Mai 1949. Im Gegensatz zu seinem Erzfeind Himmler verzichtete er darauf, die mitgeführte Zyankali-Ampulle zu zerbeißen. Kurz darauf stellten sowohl die Sowjets als auch Polen einen Auslieferungsantrag an die neu gegründete Bundesrepublik.

Da die polnischen Behörden besseres Beweismaterial vorgelegt und schneller reagiert hatten, wurde Koch am 10. Januar 1950 ins Warschauer Mokotów-Gefängnis überstellt, obwohl er sich im Hungerstreik befand. Dem folgten mehrere Jahre Untersuchungshaft, bevor schließlich am 9. Januar 1957 der Prozess begann. Das Verfahren endete am 9. März 1959 nach 76 Verhandlungstagen mit dem allseits erwarteten Todesurteil – Koch sollte für die Ermordung von 72 000 Polen und 200 000 Juden büßen. Allerdings blieb ihm der Strang dann doch erspart, weil er zum Zeitpunkt des Richterspruchs bereits an Blasenkrebs gelitten haben soll, was nach polnischem Recht eine Exekution ausschloss. Deshalb wurde das Urteil 1960 in lebenslange Haft umgewandelt.

Den größten Teil dieser Strafe saß der vormalige Gauleiter im Staatsgefängnis von Wartenburg [Barczewo] ab. Trotz seiner angeblich schweren Erkrankung erreichte er das erstaunlich hohe Alter von 90 Jahren. Er starb am 12. November 1986. Deshalb dürften die Berichte von ehemaligen Mithäftlingen stimmen, denen zufolge es Koch in den Jahrzehnten der Haft nicht sonderlich schlecht erging, da er fast täglich Pakete mit Lebensmitteln und anderen heißbegehrten Artikeln aus der Bundesrepublik Deutschland und Argentinien erhielt. Noch wenige Monate vor seinem Tode gab der frühere Protegé Hitlers dem polnischen Fernsehen ein Interview, in dem er sich ungebrochen zeigte und dreist behauptete: „Ich habe die soziale Liebe der Menschen in den Völkern gepredigt.“

> Bis heute verspricht man sich von ihm beziehungsweise seinem Nachlass Informationen über das Bernsteinzimmer

Bis heute besteht das Gerücht, dass die Polen Koch am Leben gelassen hätten, weil sie sich diverse nützliche Informationen von ihm erhofft hätten. Immerhin gehörte er zu den Personen, von denen angenommen wurde, dass sie um den Verbleib des Bernsteinzimmers wüssten. Dazu wurde der Gefangene in der Tat mehrmals vom polnischen Geheimdienst SB, der DDR-Staatssicherheit und dem sowjetischen KGB verhört. Außerdem besaß Koch intime Kenntnisse über Personen, die später in der Bundesrepublik reüssierten, wie sein früherer Unterstellter in der ostpreußischen Gauleitung Theodor Oberländer, der im Oktober 1953 zum Minister für Angelegenheiten der Vertriebenen, später Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, aufstieg. Es steht zu vermuten, dass Moskau und Warschau hier einen Zeugen behalten wollten, der bei Bedarf zur Diskreditierung der Regierung in Bonn benutzt werden konnte.

Aus diesem Grunde war die Frage der Polen an Willy Brandt während dessen Staatsbesuch vom Dezember 1970, ob er Koch zurückhaben wolle, sicher keinesfalls ernst gemeint. Aber der Kanzler, der gerade seine sogenannte neue Ostpolitik durchzusetzen versuchte, hatte ohnehin nicht das geringste Interesse an dem schon für tot gehaltenen Kriegsverbrecher.

Dass Koch auch nach 1986 im Gedächtnis blieb, liegt an seinem Testament, das er 1967 vor einer Operation im Krankenhaus von Łódz niedergeschrieben hatte. Von diesem Dokument erwarteten sich all jene, die immer noch auf der Jagd nach dem Bernsteinzimmer waren, nämlich wertvolle Hinweise für die weitere Suche. Doch als das Papier dann schließlich 2003 auftauchte – ein ehemaliger Gefängniswärter bot es zum Kauf an – sollte die Enttäuschung groß sein. Auch hier fehlte jedweder Hinweis auf den Verbleib des Kunstwerkes. Deshalb konzentriert sich die Hoffnung der „Jäger des verlorenen Schatzes“ nun auf die Tagebücher beziehungsweise Memoiren des ehemaligen Gauleiters von Ostpreußen, die noch immer verschwunden sind.

Dabei könnten diese nicht nur der Suche nach dem Bernsteinzimmer neue Impulse verleihen, sondern auch manch spektakuläres Detail über das Dritte Reich enthüllen. Das jedenfalls hatte Koch 1972 in einem Brief an Vertraute aus alten Tagen angekündigt. *Wolfgang Kaufmann*

Terrorismus lässt sich nicht so einfach wegbeten

Zu: Merkels Verachtung (Nr. 43)

Die Kanzlerin rät den Deutschen, die Sorgen vor dem Islam haben, sich zur Weihnachtszeit wieder verstärkt dem christlichen Liedgut zuzuwenden und die Blockflöte zur Hand zu nehmen, denn sonst ginge uns „ein Stück Heimat verloren“. Die glaubensferne Pfarrerstochter hat Anfang September 2015 auch schon eine vergleichbare Äußerung gemacht. Bei einer Veranstaltung der Universität Bern wurde die Frage gestellt, wie die deutsche Regierungschefin Europa und die europäische Kultur vor einer allmählichen Islamisierung bewahren wolle. Daraufhin nannte Angela Merkel nicht etwa mögliche Schutzmaßnahmen (kein Wunder, da sie ja ohnedies der Überzeugung ist, der Islam gehöre zu Deutschland), sondern empfahl dem Volk ein Ausweichen vor der Konfrontation: Besorgte Bürger müssen eben „mal wieder in den Gottesdienst“ gehen, ein „bisschen bibelfest“ werden oder „ein Bild in der Kirche noch erklären“ können.

Als ob sich Terrorismus wegbeten ließe, als ob wir Islamisten damit beeindrucken könnten, wie bibelfest wir sind. Die evangelische Theologin Margot Käßmann reagierte auf den Terror in der belgischen Hauptstadt ähnlich, wenn sie sagt: „Wir sollen versuchen, den Terroristen mit Beten und Liebe zu begegnen.“

Rat der Kanzlerin: Mal die Blockflöte in die Hand zu nehmen

Viele würden sich gerne dem christlichen Liedgut und der Blockflöte verstärkt zuwenden und gerne auch regelmäßig beten (nicht nur zur Weihnachtszeit). Das ist aber schwer. Bei 40 bis 50 Stunden Arbeitszeit und mehr, einer Familie und anderen sozialen Verpflichtungen bleibt dafür sehr wenig Zeit. Es wurden Feiertage abgeschafft, und wir haben nicht die Möglichkeit, mehrmals täglich zu beten. Am Arbeitsplatz stehen uns nicht die entsprechenden Räumlichkeiten zur Verfügung. Der Arbeitgeber würde uns „feuern“. Dann hätte man allerdings Zeit, zum Beispiel zu beten.

Es ist auch noch zu überlegen, was eher Sorgen bereitet, die „Sorgen vor dem Islam“ oder die „Sorgen vor Frau Merkel und ihrer Politik“. Die Äußerung der Bundeskanzlerin, ein Stück Heimat ginge verloren, erstaunt mich ja doch. Es gibt Menschen, die mit einer solchen Äußerung in die ganz rechte Ecke gedrängt worden sind.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

Im Namen der EU

Zu: Danke, Wallonen (Nr. 44)

Nach sieben Jahren Geheimverhandlung hat die EU nun das Wirtschaftsabkommen mit Kanada unterschrieben. Der Bürger weiß nur, mit Ceta wird sein Staat weiter privatisiert. Den Rest bekommt er später zu spüren. Und das Demokratietheater wird weitergehen.

Eine EU-Kommission verhandelte, doch rechtsstaatlich konnte sie das gar nicht. Die EU ist nämlich kein Staat, kein Völkerrechtssubjekt, so entschied es das Bundesverfassungsgericht am 30. Juni 2009. Deshalb konstruierte man flugs einen „Verhandlungsauftrag“ durch die 28 Regierungen. Davon jedoch steht nichts im Grundgesetz. Und auch in einer EU-Verfassung steht darüber nichts, weil die EU gar keine Verfassung hat. Eine solche wurde den Franzosen und Niederländern zur Abstimmung vorgelegt, und beide sagten Nein.

Karlsruhe konnte sich nicht entschließen, den Ceta-Zirkus zu verbieten nach Eil-Klageverfahren mit tausenden Unterschriften. EU-Chef Juncker fiel ein, das EU-Parlament sollte einfach unterschreiben. Doch auch das schlug fehl: das Europäische Parlament vertritt kein EU-Volk, weil es das nicht gibt. Es existiert kein Staatsrecht und kein Völkerrecht, in dessen Namen die EU sprechen könnte.

Karl-Hermann Dittmar, Bad Arolsen



An ihm scheiden sich die Gemüter: Wolf Biermann, hier in einer rbb-Sendung vom am 17. Oktober, eckt mit seiner quengeligen Art überall an. Aber durch ihn bekam die Mauer ihre ersten Risse

Bild: rbb/Thomas Lütz

Ein unangepasster Wolf von 80 Jahren

Zu: West-östliche Nervensäge (Nr. 44)

Es gibt sie schon, die ewigen Bürgerrechtskämpfer und Liedermacher, welche noch mit 80 Jahren gegen den Strom schwimmen. Der Wolf Biermann zum Beispiel, welcher so lange an die Hoffnung auf ein kommunistisches Narrenparadies gefesselt war, in dem „der Löwe Gras frisst“ und der russische Bär Honig verteilt.

Wenn man allerdings Gedichte oder Liedtexte schreiben möchte, bekannte er nun in seiner Autobiografie „Warte nicht auf bessere Zeiten“, ist man schon darauf angewiesen, dass die Musen einen küssen. Diese nun hingegen sind „nicht Mitglied der kommunistischen Partei, sie haben eine unglaubliche feine Nase für den Gestank der Heuchelei und der Karrieregeilheit“.

Nun ja, aber warum nur hat der „böse Wolf“ sich bewogen gefühlt, seine Lebensgeschichte aufzuschreiben? „Seine Memoiren muss man halt schreiben, wenn man selbst noch was davon lernen kann“, wusste dieser zu berichten. Aha, so ist das also, und seine jetzige Frau Pamela hat es auch gewollt.

Am 16. November 1976 wurde der Liedermacher und Regimekritiker aus der DDR ausgebürgert. Da hat es dann reichlich Stunk unter den Künstlern und gegen die Altstalinisten des Politbüros gegeben. Eine Rebellion gegen Betonköpfe halt, was mit der Ausweisung weiterer Dissidenten endete. Die Mauer in Berlin erhielt damit ihre ersten Risse. Man plädierte für eine sozialistische Weltanschauung und sperrte das eigene Volk hinter Mauern und Todesstreifen ein.

Nach mehr als 40 Jahren kehrt Biermann am 25. November um 19 Uhr nach Prenzlau zurück, wo er in der St. Nikolaikirche 1976 einst sein letztes Konzert in der DDR gegeben hatte. Ob er in den Jahren etwas weiser oder moderater geworden ist? Davon ist eher nicht auszugehen.

Also, ohne nicht irgendwo anzuecken, wäre es ihm gewiss auch heute zu langweilig. Der rüstige Sänger, ein Hamburger Junge, haut noch immer in die Klampfe und scheut kein deutliches Wort. Zurückhaltung und Diplomatie waren seine Sache eigentlich nie. So teilt sich denn auch heute die Bürgerschar in Befürworter und Gegner. Wer austeilt, muss auch einstecken können.

Das hat er zu mindestens gelernt, aber das Wort Anpassung wird für ihn ein Fremdwort bleiben.

Hans-Joachim Nehring, Neubrandenburg

Arbeit für Afrika

Zu: Investition in Korruption und Betrug (Nr. 43)

Zur Abwendung wirtschaftlicher Probleme in den neuen afrikanischen Staaten hätte es bis zur vollen Autonomie zumindest einer mittelfristigen, kräftig investierenden Begleitung durch die Besitzer der Kolonien bedurft. Nach der jahrhundertelangen Ausbeutung hätte eine tatkräftige Aufbauunterstützung für Kleinindustrie, Handwerk, Handel und Landwirtschaft als „Wiedergutmachung“ selbstverständlich sein müssen. Das wurde nicht nur versäumt, nein, die Ausbeutung der Bodenschätze, ausnahmslos für die eigene Großindustrie, ging durch riesigen Kapitaleinsatz der alten Kolonialherren auch noch weiter.

Was wäre hilfreich? Auf jeden Fall keine weitere, fast nur Geld überweisende Entwicklungshilfe nach dem Gießkannenprinzip in die Korruption mit nur angedeuteter Hilfe von einigen mehr oder weniger freiwilligen Entwicklungshelfern. Wirksame Hilfe kann nur durch eine massive Gründung von Zweigwerken der großen westlichen Konzerne zur Entstehung von Millionen Arbeitsplätzen in Afrika geschehen, unter der Bedingung, dass deren Leitung in konzerneigenen, fachmännisch besten Händen bleibt. Nur dadurch könnte dann auch die notwendige Kaufkraft zur Abnahme der Produkte für die dort arbeitenden Menschen entstehen. Das Geld, das die „Wegwanderer“ in Europa verdienen und nach Afrika überweisen, muss dort im eigenen Lande verdient werden.

Wenn Deutschland, das sich schon sichtbar in Europa zu einem einzigen „Ruhrgebiet“ entwickelt, für große Teile der Welt allein produzieren will, würde auch daraus nichts werden und der uns erstickende Zustrom von Zuwanderern ständig weitergehen. Eines sollte aber allen klar sein, ob europäischer Industrieexport nach Afrika oder Arbeitskräfteimport aus Afrika nach Europa – beides wird für uns teuer werden.

Helmut von Binzer, Hamburg

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und diese nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 45 – 11. November 2016

MELDUNGEN

Mehr Unfälle und Todesopfer

Allenstein – Aus den Polizeiakten geht hervor, dass in der Region bis zum Ende des Sommers 31 Personen im Straßenverkehr ums Leben kamen und 472 verletzt wurden. Mehr als 3000 Kollisionen wurden registriert. Angehalten wurden 834 alkoholisierte Kraftfahrer. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing [Elblag] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Zalusken [Zaluski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle; Arys [Orzysz] – Lyck [Ełk], Baustelle; Kallinowen [Kalinowo], Baustelle. Straße Nr. 16c: Allenstein – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 22: Elbing [Elblag] – Fichthorst [Jegłownik], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 57: Zanderborken [Borki Sedrowskie] – Wusslack [Wozławki], Baustelle. Straße Nr. 58: Hohenstein [Olsztynek], Baustelle. Straße Nr. 63: Arys – Johannisburg [Pisz], Brückenbau. Straße Nr. 65: Goldap [Gołdap] – Treuburg [Olecko], Brückenbau; Neuendorf [Nowa Wies Elcka], Baustelle. *E.G.*

Küstenschutz nach deutschem Vorbild

Cranzer Strand hat sich in einen Bauplatz verwandelt – Landgewinn bis 2020 angestrebt

Die Erosion an den Stränden Nordostpreußens ist ein Problem, mit dem sich die Behörden schon länger beschäftigen. Jetzt bringen sie eine von deutschen Experten angewandte Technologie zum Küstenschutz zum Einsatz, die als erfolgreichste und beliebteste gilt.



Bereit für Herbst und Winter: Mit Buhnen geschützter Strand von Cranz Bild: J.T.

Dem Problem des weggespülten Strandes sehen sich sowohl Urlauber als auch Behörden der nordostpreußischen Seebäder ausgesetzt. Alle bisherigen Versuche der russischen Behörden, die Erosion aufzuhalten, blieben ohne besonderen Erfolg. In diesem Jahr wollte man noch vor dem Herbst etwas unternehmen. So kam es, dass in Cranz mitten in der Sommersaison Bauarbeiten losgingen, was viele, die dort Urlaub machen wollten, unangenehm überraschte: Statt Sonnenschirmen wurden am Strand Bauzäune aufgestellt, und die Experten der Firma „Geoisol" fingen mit dem Bau von Buhnen an – ein im rechten Winkel zum Strandverlauf in das Meer gebautes Bauwerk.

Diese Bauarbeiten am Strand von Cranz in der Urlaubszeit trafen viele Besucher völlig unerwartet. Der Strand verwandelte sich in einen Bauplatz. Um einen gemütliches und vor allem für die Erholung geeignetes Fleckchen zu finden, musste man Geduld aufbringen. Nachdem sich die Bagger durch den Sand gewühlt hatten, blieb anstelle des Strandes ein schmutziger Brei aus Steinen und Lehm zurück. Doch die Behörden waren der Ansicht, dass es unvermeidlich gewesen sei, mit den Bauarbeiten noch während der Hauptsaison zu beginnen. Denn wenn es nicht gelänge, den Strand bei schönem Wetter in Ordnung zu bringen, könne es passieren, dass die rauen Wellen im Herbst die Betonkonstruktion der Promenade komplett wegspülen. Dabei wurde die neue Promenade erst vor ein paar Jahren eröffnet. Würde man mit der Uferbefestigung erst im Spätherbst oder Winter beginnen, so würden Wind und Sturm die Arbeiten behindern, so die Spezialisten für Küstenschutz.

Infolgedessen wurde den Badegästen ihr Urlaub verdorben. Das führte zu zahlreichen Beschwerden und Protesten.

Nun, zum Beginn des Herbstes, sind die senkrechten wellenbrechenden Buhnen zum größten

Sibirische Lärche als Baustoff

Teil installiert. Für ihre Anfertigung wurde sibirische Lärche nach Cranz gebracht, die durch ihre Widerstandsfähigkeit gegen Feuchtigkeit und ihre Haltbarkeit hervorsticht. Der Bau von Buhnen soll das Ufer vor weiterer Zerstörung schützen und vor allem das Wegspülen des Sands aufhalten.

Die Stadtverwaltung von Cranz hatte mit dem Auftragnehmer vereinbart, zwei Arbeitsbereiche je im westlichen und östlichen Teil des Strandes, einzurichten und die Zufahrtsstrecken so zu legen, dass sie durch die Stadt und nicht am Strand entlang laufen, um die Menschen nicht weiter zu verärgern.

Die Aufgabe der Arbeiter besteht jetzt darin, eine Uferschutzzeile ähnlich der, die es in Ostpreußen gab, wiederherzustellen. Allerdings werden die neuen Buhnen gebaut, da diese besser und effizienter sind als die Wellenbrecher, die im 20. Jahrhundert verwendet wurden.

Mit dem Buhnenbau verbindet sich die Hoffnung, dass das Meer den Sand, den es vom Strand „gestohlen" hat, wieder zurükspü-len wird. Wenn die Buhnen rich-tig aufgebaut werden, und dafür bedient man sich der Erfahrungen aus der Vorkriegszeit, dann besteht die Wahrscheinlichkeit, dass der Strand nicht weiter abgetragen wird. Die Holzpfähle haben eine Länge von vier bis sechs Metern. Insgesamt sollen am Strand 40 solcher Wellenbrecher gebaut werden. Der Abstand zwischen den einzelnen Zeilen wird etwa 50 Meter betragen. Die Wellenbrecher sollen dazu beitragen, dass die Schlagkraft der Wellen gebrochen wird und so die Küste vor Stürmen schützen. Für ihre Wiedererrichtung stellt die Gebietsregierung umgerechnet etwa 1,14 Millionen Euro aus ihrem Haushalt zur Verfügung.

Schon vor ein paar Jahren wurde ein Entwicklungskonzept für Küstenschutz erarbeitet. Die Gebietsbehörden planen die Rekonstruktion der Schutzbauten auf einer Länge von 35 Kilometer Strandabschnitt. Es gibt Pläne, die Strände im nördlichen Ostpreußen bis zum Jahr 2020 auf 70 Meter Breite zu erweitern. In Cranz ist der mit hölzernen Buhnen befestigte Strandabschnitt etwa zwei Kilometer lang. Die Arbeiten daran sollen noch in diesem Jahr abgeschlossen sein. *Jurij Tschernyschew*

Deutsch Eylau, Landschaftsparks und Wolfsschanze

Junge Menschen aus Hof in Bayern besuchten ihren Partnerkreis – Neben Ausflügen standen Gruppenveranstaltungen auf dem Programm

Zahlreiche Ausflüge, die Besichtigung interessanter Orte des Kreises Deutsch Eylau, gemeinsames Kochen sowie verbindende Aktivitäten sind einige der vielen Attraktionen, die junge Menschen aus dem Partnerlandkreis Hof in Deutschland erwarteten. Die jährlichen Treffen finden im Rahmen des partnerschaftlichen Austausches zwischen dem polnischen Kreis Deutsch Eylau und dem deutschen Kreis Hof in Bayern statt.

Das diesjährige Projekt des Jugendaustausches stand unter dem Motto „Jugend für den Frieden". Die deutschen Gäste wurden bei der Ankunft vom Landrat des Kreises Deutsch Eylau, Marek Polanski, begrüßt. Während eines gemeinsamen Begrüßungsabendessens hatten die Jugendlichen Zeit, sich kennenzulernen und über die Aktivitäten der einzelnen Gruppen zu reden.



In Stadt und Region unterwegs: Teilnehmer aus Hof Bild: Landratsamt Dt. Eylau

Während des Besuchs kümmerten sich die Veranstalter um ein abwechslungsreiches Programm. Die deutschen Teilnehmer besuchten den Kreis Deutsch Eylau mit unverhohlener Neugier, weil die Mehrheit dieser jungen Menschen zum ersten Mal hier war. Sie nahmen an Ausflügen teil, bei denen sie die Geschichte, Kultur und vor allem die Schönheit des Kreises kennenlernen konnten. In Schwalgendorf hatten sie die Möglichkeit, den Aussichtsturm zu besteigen und einen Spaziergang auf dem Lehrpfad „Hell" zu machen, entlang des Landschaftsparks der Seenplatte von Deutsch Eylau. Die Jugendlichen machten sich mit der Geschichte des nicht mehr existierenden Palasts des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg in Neudeck vertraut, wovon Michal Mlotek sehr interessant erzählte. Er ist Vorsitzender des Kreisrates von Deutsch Eylau und gleichzeitig Verbreiter und Entdecker der Geschichte sowie ein Schatzjäger. Er ist historischer Führer Deutsch Eylaus, Initiator und Organisator von Wanderungen und Radtouren in der Region. Er debütierte im Jahr 2013 als Autor des Buches „Geheimnisse des Grenzlandes". Es handelt sich um eine Sammlung von sensationellen Episoden, die unbekannte Fakten aus der Geschichte der Grenze Ostpreußens und Polens enthält. Im Jahr 2015 veröffentlichte er „Nacht der Patagonen", der erste polnische Roman über die modernen Schatzsucher, eine Reihe von Büchern über unerklärliche Geheimnisse der vergangenen Jahrhunderte. Noch dieses Jahr sollen „Hinweise von Hans Heinrich" veröffentlicht werden und 2017 eine Zusammenfassung der bisherigen Forschungen des Autors. Das Buch wird dem legendären „Bernsteinzimmer" gewid-met sein. Mlotek ist Mitbegründer einer Gruppe, die sich für die Errichtung eines Regionalmuseums in Deutsch Eylau einsetzt und Autor des Online-Museums von Deutsch Eylau (www.ilawasprzedlat.pl – Deutsch Eylau vor Jahren). Er ist auch Gründer der Deutsch Eylauer Forschungsgruppe. Auf sein Konto gehen viele umwälzende Entdeckungen, die ein neues Licht auf die Geschichte des ehemaligen Pomesanien werfen.

Ein weiterer Ort, der die Neugier der jungen Menschen weckte, waren die Ruinen des Schlosses der Familie Finck von Finckenstein in Schönberg. Hier hielt der Regionalführer Dariusz Paczkowski eine interessante Geschichtsstunde ab. Dank seines Humors und seiner Erzählkunst nahm er die Jugend mit auf eine lange Reise in die Blütezeit des Schlosses. Die Jugendlichen besuchten auch die Stadt Deutsch Eylau, das Rathaus mit Aussichtsturm und die „rote" Kirche.

Ein wichtiger Punkt war der Besuch der „Wolfsschanze" in Görlitz bei Rastenburg. Die deutsche Gruppe wollte diesen Ort gemäß dem führenden Motto „Jugend für den Frieden" besuchen. Dieser besondere Platz der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und die gut vermittelten Informationen des Reiseleiters riefen großes Interesse hervor und hinterließen bei ihnen einen starken Eindruck. Auf dem Rückweg besuchte die Gruppe die Altstadt von Allenstein. Hier hatte sie auch Gelegenheit, in einer nahe gelegenen Galerie einzukaufen.

Das Programm enthielt auch kulinarische Workshops, bei denen die jungen Leute gemeinsam eine Mahlzeit zubereiteten. Die Mitglieder des Jugendrats des Kreises von Deutsch Eylau bereiteten auch zahlreiche Spiele vor.

Die deutsch-polnischen Jugendfreundschaften aus früheren Treffen bestehen seit vielen Jahren auch außerhalb des partnerschaftlichen Austausches. Das diesjährige Treffen der Jugendlichen aus Deutschland im Kreis Deutsch Eylau hat zweifellos dazu beigetragen, viele Hindernisse zu überwinden, sowohl kulturell als auch sprachlich. *Leszek Chaburski*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es hörte sich alles so gut an und so las es sich auch: Die in Estland lebende **Anne Rekkaro**, Königsberger Kind von den Hufen, sollte im Rahmen der Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag am 13. November im Bundestag auf ihren in Freya Kliers Buch „Wir letzten Kinder Ostpreußens. Zeugen einer vergessenen Generation“ enthaltenen Beitrag, der ihr außergewöhnliches Schicksal schildert, eingehen. Eine Zeitzeugin, die ihre verlorene Kinderheimat erst spät suchen und finden durfte, ihr aber umso heftiger verfiel und sich bemühte, die eigene Lebensgeschichte mit dokumentarischen Schilderungen von Flucht und Vertreibung zu verbinden, indem sie die betreffende deutsche Literatur in das Estnische übersetzte und sie in dem baltischen Land herausgab. Wir haben darüber berichtet – zuletzt in Folge 29 – wie über viele ihrer Erinnerungen und Eindrücke, haben sie mit unserer Ostpreußischen Familie auf der Spurensuche begleitet, und so wird sie für viele Leserinnen und Lesern keine Unbekannte sein. Anne Rekkaro wäre bei der Gedenkveranstaltung eine bewegende Zeitzeugin gewesen und hätte ihr Leben vor Millionen Zuschauern auch sichtbar dokumentieren können, denn das ZDF überträgt die Veranstaltung – ja, wäre und hätte, denn nun liegt sie in ihrem estnischen Heim und alle Pläne sind geplatzt. Aus der ersten Information, die uns Frau **Brunhilde Krüger** aus Hamburg übermittelte, geht hervor, dass Frau Rekkaro nach einem schweren Sturz mit einem verletzten Bein im Bett liegt und nicht reisefähig ist. Das trifft Frau Krüger besonders hart, denn sie ist die Weichenstellerin für Annes Beitrag in dem Buch von Freya Klier, indem sie dieses besondere Kinderschicksal an die Autorin vermittelte. Brunhilde Krüger ist seit Annes erstem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland, während dem sie sich auf dem Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen kennenlernten, mit ihr eng verbunden, wurde zur „Netzwerkerin“ für die Königsbergerin, die als Dreijährige von ihrer todkranken Mutter einer Estin übergeben wurde, um das Kind vor der Hungersnot im zerstörten Königsberg zu bewahren. Erst spät erfuhr die nun in Estland aufgewachsene Anne von ihrer ostpreußischen Herkunft, und Brunhilde Krüger half mit, diese zu erhellen. Kein Wunder, dass sie nun entsetzt ist über diese verhinderte Gelegenheit für die Freundin, deren außergewöhnlichen Lebensweg und die damit verbundene literarische Aufarbeitung der Öffentlichkeit zu präsentieren. Sie hat einen Brandbrief an Anne geschrieben – „Kannst Du Dich nicht doch aufraffen, ein krankes Bein lässt sich doch unter dem Lesetisch verstecken!“ –, aber es dürfte wohl nichts bewirkt haben. Wir kommen jedenfalls bereitwillig dem Wunsch von Brunhilde Krüger nach und geben ihre Mitteilung über das Fehlen von Anne Rekkaro bei dieser Gedenkfeier an unsere Ostpreußische Familie weiter.

Für jede Dokumentation über das Schicksal der verlassenen Kinder aus den Vertreibungsgebieten sind wir dankbar, weil durch sie diese unsägliche Leidenszeit der aus ihren tragfähigen Familienverbänden und Elternhäusern gerissenen, nur auf sich allein gestellten Mädchen und Jungen nicht in Vergessenheit gerät. Solch eine neue Publikation liegt nun vor, wissenschaftlich fundiert und authentisch in der Aussage von 50 sogenannten Wolfskindern. Wir hatten schon angekündigt, dass Dr. **Christopher Spatz** für seine Dissertation dieses Thema gewählt und geplant hatte, sie für Veröffentlichungszwecke zu überarbeiten, um sie in Buchform herauszubringen. Jetzt bekam ich eines der ersten Exemplare von ihm zugesandt, das eine herzliche Widmung enthält, die zwar an mich gerichtet ist, aber alle Leserinnen und Leser betrifft, die dem Doktoranden mit ihren Aussagen geholfen haben. So reiche ich den Dank des jungen Wissenschaftlers „für eine wertvolle Unterstützung“ an unsere Ostpreußische Familie weiter. Auch in der Einleitung zu seinem Buch „Nur der Himmel blieb derselbe“ spricht er seinen Dank dafür aus, dass wir ihm über die reine Zeitzeugenvermittlung hinaus weitere wertvolle Hinweise geben konnten. Das fast 350 Seiten umfassende Buch, das den Untertitel „Ostpreußische Hungerkinder erzählen vom Überleben“ trägt, ist eine bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek (ISBN 978-3-8319-0664-2). Wir werden sicherlich noch so manches Mal auf diese Dokumentation als Basismaterial für einen in unserer Kolumne behandelten Fall zurückgreifen.



Ostpreußens Hungerkinder: Titelbild der Dokumentation „Nur der Himmel blieb derselbe“ Bild: privat

Ja, man freut sich über ein ehrliches Dankeschön, aber oft unterbleibt dies auch, selbst wenn sich Erfolge eingestellt haben. Das konnte leider auch Herr **Bernd Brandes** aus Hann. Münden feststellen, der ausführlich auf einen in unserer Kolumne erschienenen Suchwunsch eingegangen ist und die Fragestellerin über entsprechende Wege informiert hat. Es kam bisher nicht einmal ein kurzer Dank für die Bemühungen von Herrn Brandes, der schon Zweifel an dieser Form der Kommunikation hegt, aber dann doch schreibt: „Vergessen wir es!“ Ich muss jedoch darauf eingehen, wenn auch kurz, denn mir geht es in manchen Fällen ähnlich. Es ist gar nicht so selten, dass ich erst auf Umwegen erfahre, dass eine Suchaktion nicht ohne Resonanz geblieben ist, auch wenn diese negativ ausfiel, aber ich bin schon froh, wenn ich überhaupt davon Kenntnis erhalte. Natürlich haben manche älteren und nicht sehr kommunikationsfähigen Leser und Leserinnen mitunter Hemmungen, sich zu melden, aber eine knappe Bestätigung genügt vollkommen. Falls die Reaktion auf eine Suchfrage sehr groß ist und man selber nicht alle Zuschriften so beantworten kann, wie man möchte, bin ich gerne bereit, diesen Dank im Namen der Betreffenden durch Abdruck in unserer Kolumne zu übermitteln.

Dank erntet Herr Brandes aber von anderer Seite, und es ist ein aufrichtiger, tief empfundener Dank, der von großer Freude über die Hilfe spricht, die er und sein Nachbar **Manfred Schweinehagen** den Menschen zukommen lassen, die noch immer an den Folgen des letzten Krieges leiden, den in Litauen verbliebenen „Wolfskindern“. Damit kommen wir wieder auf das Kernthema unserer heutigen Kolumne zurück und können von einer Hilfsaktion berichten, die allein auf den Schultern der beiden Freunde ruht. Als sie vor fünf Jahren zum ersten Mal mit einigen Mitgliedern des Vereins „Edelweiß“ – zu dem sich nach der sogenannten Wende die ehemaligen eltern- und heimatlosen Kinder aus dem nördlichen Ostpreußen, die nach Litauen geflüchtet waren, zusammengeschlossen hatten – in Berührung kamen, starteten die beiden Mündener eine private Betreuungsaktion, die aus einer direkten „Hilfe vor Ort“ besteht. Die Beiden stellten einen Spendentransport zusammen, mit dem sie selber nach Litauen fuhren, um dort persönlich den Empfängern die von ihnen im Freundes- und Nachbarkreis gesammelten Hilfsmittel zu überbringen, und das war eine erfreuliche Menge. Dieser ersten Reise folgte eine weitere und nun eine dritte, denn obgleich die Zeit auch vor den heute schon betagten ehemaligen „Wolfskindern“ nicht Halt macht, leben noch immer etwa 50 von ihnen in Litauen unter sehr bescheidenen Verhältnissen. Die Armutsgrenze liegt in dem baltischen Staat bei etwa 200 Euro im Monat, einige aus der Zielgruppe dieser Hilfsaktion erhalten noch weniger. Zwar bekommen die „Wolfskinder“ eine monatliche Hilfe von 100 Euro aus der Stiftung des ehemaligen Bundestagsmitglieds Professor **Wolfgang von Stetten**, aber diese wird zumeist für die dringend benötigten Medikamente gebraucht, die sonst nicht finanzierbar wären.

Da kam die Hilfe der Herren Brandes und Schweinehagen gerade recht, denn sie besteht vor allem aus Kleidung und Bettwäsche, aber auch aus Verbandsmaterial, Konserven und anderen haltbaren Nahrungsmitteln, die das Leben der heutigen 70- bis 80-Jährigen etwas erleichtern. Da die Spendensammlung diesmal sehr reichlich ausfiel, konnte auch ein soziales Hilfswerk beliefert werden. Die Diakonie unterhält im Memelgebiet Suppenküchen und Kleiderkammern, denn das Leben ist teuer in Litauen. Das Spenderduo versucht sogar, Sonderwünsche zu erfüllen. So ging diesmal sogar ein Tuschkasten mit auf die Reise – nicht für ein Enkelkind bestimmt, sondern für eine ältere Frau, die so gerne malt. Ihren Wunsch hatten die Spender bereits auf der ersten Reise entgegen genommen und nun zur Freude der Beschenkten erneut erfüllt. Aber fast noch mehr zählt für die Empfänger der Besuch aus der Bundesrepublik Deutschland, die persönliche Begegnung in der Sprache ihrer Kindheit, ein warmer Händedruck, eine Umarmung und vor allem das Wissen, dass sie nicht vergessen sind.

Angefüllt mit diesen Eindrücken kehrte das Helferpaar, das den von einer Spedition durchgeführten Transport auf eigene Kosten im Personenkraftwagen begleitete, nach Hause zurück und kann nun den Spendern von dem Erfolg ihrer dritten Hilfsreise berichten. Auf der gab es aber leider auch betrübliche Erlebnisse wie die Begegnung mit einer älteren Frau aus dem Kreis der ehemaligen „Wolfskinder“, der die Spuren eines harten Lebens anzusehen sind. Ihr größter Wunsch ist es, noch einmal eine Reise nach Deutschland unternehmen zu können. Leider stößt die Erfüllung auf finanziell bedingte Schwierigkeiten, die Betagte kann selber die Reisekosten nicht aufbringen. Auch hier würde Herr Brandes helfen, wie er schreibt: „Mit einer kleinen Gruppe könnte die Frau eine Woche lang bei uns wohnen und anschließend würden wir sie zu Herrn von Stetten bringen. So wären Unterbringung und Unterhalt in Deutschland gesichert.“ Es geht also nur um die fehlenden Reisekosten für eine Busfahrt von Litauen nach Deutschland und zurück. Herr Brandes hat sich schon mit der Bitte um Übernahme an Landsleute gewandt, die als erhoffte Spender in Frage kämen, aber bisher nur Absagen erhalten. Es ist also zu überlegen, wie man Herrn Brandes bei dieser Sonderaktion für ein ehemaliges „Wolfskind“, das in Ostpreußen geboren wurde, unterstützen kann. (Bernd Brandes, Am Lohberg 14 in 34346 Hann.-Münden.)

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Deutsch-polnischer Geschichtsbuchvergleich

Diskussion im Kattowitzer Institut für Nationales Gedenken am Beispiel der Behandlung Oberschlesiens

Oberschlesien in deutschen und polnischen Geschichtsbüchern war vergangenen Monat das Thema einer Diskussion im Kattowitzer Institut für Nationales Gedenken (IPN), dem staatlichen Hüter der Geschichtspolitik in der Republik Polen. Als Diskussionsstoff bot sich die neue Monographie „Oberschlesien und sein kulturelles Erbe. Erinnerungspolitische Befunde, bildungspolitische Impulse und didaktische Innovationen“ von Marcin Wiatr an, die dieses Jahr als 140. Band in der Schriftenreihe „Studien des Georg-Eckert-Instituts zur Internationalen Bildungsmedienforschung“ erschienen ist.

Der Autor war anwesend und stellte sein Werk vor, für das er 110 deutsche und polnische Geschichtsschulbücher untersuchte, die seit dem Ende des Kalten Krieges erschienen sind. Bei seiner Analyse stellte Wiatr fest, dass in zunehmendem Maße die Heimat in den Schulbüchern kaum noch thematisiert werde: „So erfahren Schüler in Deutschland mehr über Afrika als etwa über die europäische Kulturhauptstadt Breslau oder über Oppeln, Gleiwitz und Kattowitz. Polnische Schüler wiederum wissen mehr über Wilna oder Lemberg als über Oberschlesien.“ Doch das Defizit sei nicht nur ein quantitatives. So lasse die Qualität der ohnehin kümmerlichen Information zu wünschen übrig. „Warum spricht man in polnischen Geschichtsbüchern, wenn es um die Ausreisewelle aus Oberschlesien nach Deutschland Anfang der 90er Jahre geht, von einer ‚Erwerbsemigration‘ und nennt es nicht Spätaussiedlung, wie es in Bezug auf die Masuren üblich ist?“, gibt Wiatr zu bedenken.

Das Bild (Ober-)Schlesiens erscheine in den Geschichtsschulbüchern, so Wiatr, überwiegend als ein Konfliktraum. Dabei gelte: Je weiter ein historisches Ereignis zurückliege, umso kontroverser und umfangreicher werde das Szenario dargestellt. Zeitgeschichtliche Vorgänge wie etwa die Gründungsphase der erst nach 1989 offiziell anerkannten Deutschen Minderheit in der Region oder die sich jüngst abzeichnende Hinwendung zur regionalen Identität, die auch deutsches Kulturerbe der Region einbeziehe, blieben hingegen meist unerwähnt.

> Marcin Wiatr stellte sein neues Buch zu dem Thema vor

In polnischen Schulbüchern sieht Wiatr die Region überwiegend in den historischen Perioden und Kontexten aus zentralistischer Sicht beschrieben. Zwar würden starre Sichtweisen problematisiert, doch dies geschehe vor allem im Lichte deutlich früherer Ereignisse wie etwa der Ostkolonisation oder allgemeiner des Problems der Grenzen und ethnischen Identitäten im Mittelalter.

Dass sich die Situation in Polen noch einmal ändere und ein Fach wie Heimat- oder Regionalkunde den Weg in die Lehrpläne fände, die Hoffnung hat der Historiker und Professor Ryszard Kaczmarek von der Universität Kattowitz aufgegeben. Für den fast 60-jährigen Dozenten, der seit 25 Jahren an den Gesprächen über ein Lehrbuch für Regionalkunde mitwirkt, ist es an den Lehrern und Eltern, Informationen über die regionale Geschichte weiter zu geben.

Matthias Steinbach deutete das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Der Professor an der Universität Braunschweig konstatierte, dass der bundesdeutsche Geschichtsunterricht ein „dunkles“ Bild zeichne, denn er sei von der Thematisierung der NS-Zeit dominiert. „In Deutschland ist der Geschichtsunterricht sehr textlastig, man versteht Geschichte als Text. Und dieser Text wird kritisiert, dekonstruiert, zerlegt. Es fehlt der Raum und der handelnde Mensch. Auf dem letzten Historikertag hatte der Verbandschef Schulze-Wessel gesagt, der Geschichtsunterricht muss zu einer Professionalisierung zurück, also Verengung, Verwissenschaftlichung und das steht einem Geschichtsdenken, das Weltwissen im Blick hat, das raumbezogen ist und das die aktuelle Welt im Blick hat, diametral entgegen“, bedauerte Steinbach.

Ein Zuhörer witterte in der Art und Weise, wie in der Bundesrepublik Geschichte unterrichtet wird, eine postmodernistische Ideologie. „Im Postmodernismus gibt es keine objektive Wahrheit. Und wenn es eine solche nicht gibt, dann hat jeder das Recht zur eigenen Wahrheit. Dies ist eine Verlokkung für Menschen, die eine niedrige Neigung zur Reflexion haben. Der 2007 verstorbene US-amerikanische Philosoph Richard Rorty sei der Meinung gewesen, dass durch eine humorvolle Geschichtserzählart die zwischenmenschlichen Beziehungen sympathischer und sanfter würden. Doch es sei ein gefährliches Unterfangen, manche konservative Menschen würden diesen Postmodernismus gar als die neue Barbarei bezeichnen“, so der besorgte Gast im Auditorium. *Chris W. Wagner*



ZUM 102. GEBURTSTAG

Heyn, Hildegard, aus Lyck, am 15. November
Raszawitz, Eugen, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, am 16. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Dastik, Naemi, geb. **Gundermann**, aus Ebenrode, am 14. November
Monka, Christel, geb. **Kluthe**, aus Ortelsburg, am 17. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Lempp, Selma, geb. **Sawatzki**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 11. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Konopka, Friedrich, aus Geigenau, Kreis Lyck, am 16. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Freifrau von der Schleh-Goltz, Ursula, aus Ortelsburg, am 14. November
Gerber, Liesbeth, geb. **Mollenhauer**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 17. November
Krauseneck, Herta, geb. **Gennat**, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 16. November
Kulikowski, Walter, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 17. November
Puddig, Gertrud, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 17. November
Siegel, Elfriede, geb. **Kompa**, aus Alt Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 16. November
Sonnendeck, Friedel, geb. **Paulin**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 13. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Dinnups, Alfred, aus Rohren, Kreis Ebenrode, am 12. November
Kummetz, Ruth, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. November
Marzischewski, Grete, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 11. November
Mützenich, Lore, geb. **Dalades**, aus Treuburg, am 16. November
Nowatzki, Marta, geb. **Gardinowski**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 12. November
Stutz, Hildegard, geb. **Gugat**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 12. November
Weinert, Edith, geb. **Nischk**, aus Lyck, am 11. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Baumm, Erika, geb. **Adomat**, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 17. November
Janssen, Christel, geb. **Szeimies**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 14. November
Rabe, Gertrud, geb. **Myska**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 13. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bauer, Gerda, geb. **Wilkeneit**, aus Ringlacken, Kreis Wehlau, am 14. November
Köck, Gerhard, aus Widitten, Kreis Samland, am 13. November
Kohlhaussen, Eva, geb. **Koch**, aus Wiesenfeld, Kreis Neidenburg, am 15. November
Reinhart, Elfriede, geb. **Paczkowski**, aus Eichenau, Kreis Neidenburg, am 16. November
Schween, Meta, geb. **Giehr**, aus Alexwangen, Kreis Samland, am 16. November
Wieneck, Elli, geb. **Saszig**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 13. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bollnow, Lisa, geb. **Nuckel**, aus Germau, Kreis Samland, am 12. November
Diehr, Gerda, geb. **Rudorf**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 11. November
Faust, Renate, geb. **Spirgatis**, aus Rastenburg, am 14. November
Harabin, Emmy, geb. **Nowosadtko**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 16. November
Kinsky, Gertrud, geb. **Urbschat**, aus Rohren, Kreis Ebenrode, am 16. November
Krause, Lieselotte, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. November
März, Helene, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 15. November
Michael, Hildegard, geb. **Plitzner**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 17. November
Nowotka, Alice, aus Neidenburg, am 11. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Czub, Dr. Erich, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 16. November
Donde, Erich, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. November
Dörffer, Margarete, aus Lyck, am 13. November
Ehrlicher, Waltraud, geb. **Bernot**, aus Urbansprind, Kreis Elchniederung, am 13. November
Hollo, Käthe, geb. **Naschinski**, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 11. November
Karasch, Waltraut, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 11. November
Klippert, Irmgard, geb. **Rahn**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 12. November
Nössig, Maria, geb. **Sutter**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 16. November
Rühling, Irmgard, aus Milucken, Kreis Lyck, am 17. November
Schulz, Ehrentraud, geb. **Wenig**, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 13. November
Siegmann, Hilda, geb. **Fietz**, aus Friedberg, Kreis Treuburg, am 16. November
Steinke, Käthe, geb. **Ludwig**, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 15. November
Wiedemann, Rosa, geb. **Zielitzki**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 11.November
Wietzorek, Kurt, aus Lyck, am 17. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Aßmann, Erika, geb. **Wunder**, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 17. November
Bewer, Helene, geb. **Kamutzki**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 11. November
Breuer, Hildegard, geb. **Uschkurat**, aus Ebenrode, am 14. November
Druba, Erich, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 14. November
Fleiß, Margot, geb. **Spirgatis**, aus Schloßberg, am 15. November
Jäkel, Marta, geb. **Lork**, aus Niostoy, Kreis Neidenburg, am 11. November
John, Lotte, geb. **Pancritius**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 16. November
Krajewska, Herta, geb. **Kretau**, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 17. November
Kunze, Waltraud, geb. **Dittkuhn**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. November
Kutzinski, Heinz, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 15. November
Laux, Käthe, geb. **Rosinski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 14. November
Martineau, Martha, geb. **Kullik**, aus Wickenau, Kreis Neidenburg, am 13. November
Nethe, Waltraut, geb. **Biegay**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 12. November
Neubauer, Erna, aus Lyck, am 15. November
Paeger, Waldemar, aus Antonshain, Kreis Ebenrode, am 17. November
Pakuscher, Dr. Eva, geb. **Nolde**, aus Lyck, Hindenburgstraße 64, am 11. November
Reckert, Elisabeth, geb. **Huck**, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 13. November
Sackel, Margot, geb. **Mielenz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. November
Schaudt, Annemarie, geb. **Neumann**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 16. November
Skorepa, Meta, geb. **Schulz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 15. November
Walden, Waltraut, geb. **Pelka**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 16. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bachmann, Gerda, geb. **Hoffmann**, aus Stehlau, Kreis Ebenrode, am 15. November
Berner, Irmgard, geb. **Mogilowski**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 16. November
Blask, Elfriede, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 12. November
Blau, Brunhilde, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 15. November
Burgfels, Hedwig, geb. **Komm**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 12. November
Feller, Günther, aus Allenbruch, Kreis Lötzen, am 16. November
Gimbott, Ekkehard, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 15. November
Haußmann, Sabine, geb. **Luschei**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 11. November
Hoffmann, Gilli, geb. **Maurer**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 12. November
Hofmann, Erika, geb. **Behrendt**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 13. November
Hömke, Reinhold, aus Germau, Kreis Samland, am 15. November
Kipar, Siegfried, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 15. November
Knolle, Christel, geb. **Falk**, aus Groß Schläfken, Kreis Neidenburg, am 15. November
Kopp, Alfred, aus Wolfsdorf, Kreis Elchniederung, am 17. November
Krappa, Rudolf, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 16. November
Krause, Resi, geb. **Schulz**, aus Norgehnen, Kreis Samland, am 16. November
Kröger, Friedrich, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 11. November
Müller, Lydia, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 11. November
Neumann, Irma, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 14. November
Oldak, Ruth, geb. **Grigo**, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, am 11. November
Parczak, Georg, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 15. November
Pätzold, Erika, geb. **Bartholomayzik**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 17. November
Rilat, Wolfgang, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 10. November
Ruddies, Kurt, aus Amtal, Kreis Elchniederung, am 13. November
Salewski, Elisabeth, geb. **Zielonka**, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 13. November
Schröder, Christa, geb. **Schön**, aus Laptau, Kreis Samland, am 11. November
Sieg, August, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 17. November
Wiechert, Margarete, geb. **Burzloff**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 12. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Block, Theresia, aus Schlomainen, Kreis Heilsberg, am 12. November
Burchardi, Wolfgang, aus Tilsit, am 11. November
Dierkes, Barbara, geb. **Wulf**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. November
Ermel, Marianne, geb. **Kopp**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 17. November
Faasel, Gertrud, geb. **Brinkmann**, aus Grabnik, Kreis Lyck, am 17. November
Giebchen, Siegfried, aus Ebenrode, am 15. November
Gollub, Irma, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 16. November
Herholz, Gerhard, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 15. November
Hölzner, Siegfried, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 16. November
John, Hubertus, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 12. November
Joswig, Ernst, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 14. November
Jungclaussen, Peter, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 10. November
Koniarski, Anita, aus Treuburg, am 11. November
Kulinna, Günter, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 16. November
Kurschat, Dieter, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 17. November
Lojewski, Herbert, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 13. November
Nauruschkat, Siegfried, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 11. November
Pröhl, Christel, geb. **Brinkmann**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 17. November
Przyborowoski, Hans, aus Treuburg, am 13. November
Rinke, Ursula, geb. **Godzieba**, aus Sprindenau, Kreis Lyck, am 17. November
Rönnau, Gisela, geb. **Gerull**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 12. November
Schöttke, Herbert, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 16. November
Schumann, Klaus, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 16. November
Schwinger, Christa, geb. **Hippel**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 11. November
Trinkler, Edith, geb. **Paulini**, aus Soffen, Kreis Lyck
Zysk, Manfred, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 12. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Astratti, Monika, geb. **Lunkowski**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 10. November
Baumunk, Waltraud, geb. **Wellert**, aus Ebenrode, am 14. November
Czimczik, Annerose, geb. **Ragusa**, aus Bischofsburg, am 17. November
Gehrs, Günter, aus Liebenau, am 12. November
Hartig, Ingrid, geb. **Hein**, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 12. November
Hasenpusch, Horst, aus Groß Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 15. November
Hein, Gerhard, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 12. November
Henning, Manfred, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 17. November
Jürges, Karl-Heinz, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 16. November
Kirchner, Adelheid, geb. **Preuß**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 11. November
Kulikowski, Walter, aus Neidenburg, am 16. November
Louschy, Christel, geb. **Malessa**, aus Ortelsburg, am 17. November
Mahnke, Elke, geb. **Garsta**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 14. November
Mayer, Brigitte, geb. **Balzereit**, aus Haldenau, Kreis Ebenrode, am 11. November
Schwarz, Ferdinand, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 12. November
Thomas, Siegfried, aus Klein Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 11. November
Vogel, Waltraud, geb. **Knopff**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 17. November
Werk, Harry, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. November
Zoch, Rüdiger, aus Bensee, Kreis Mohrungen, am 17. November

Landesverband Hamburg der vertriebenen Deutschen e.V.

Sonnabend, 12. November, 10 Uhr, Haus der Heimat: Christkindelmarkt.

Dienstag, 22. November, 13 Uhr, Haus der Heimat: Frau Ehlers und ihr Regisseur vom Ohnsorg-Theater sind zu Gast, um ein erstes Gespräch über eine Theaterfassung „Plattdeutsch und Mundarten in Ostpreußen, Schlesien und Besikdenland nebst Sudetenland“ zu führen. *EB*

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

2016

11. bis 14. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt

2017

18. bis 19. März: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg.
1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
28. bis 30. April: Kulturseminar in Helmstedt
8. bis 10. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauen in Neuss
17. Juni: Sommerfest des VdGEM in Osterode
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 12. November, 12.10 Uhr, ZDFneo: Die Deutschen (18): Ludwig II. und die Bayern.
SONNABEND, 12. November, 12.45 Uhr, NDR: Norddeutsche Dynastien (37): Bahlsen – Kekse vom laufenden Band.
SONNABEND, 12. November, 12.55 Uhr, ZDFneo: Die Deutschen (20): Gustav Stresemann und die Republik.
SONNABEND, 12. November, 23.05 Uhr, Deutschlandfunk: „Die Wahrheit ist weiter verbreitet, als man glaubt ...“ – Die Lange Nacht über Gottfried Wilhelm Leibniz.
SONNTAG, 13. November, 11.30 Uhr, SWR/SR: Rommel – Hitlers General.
SONNTAG, 13. November, 13.30 Uhr, ZDF: Gedenkstunde zum Volkstrauertag.
SONNTAG, 13. November, 20.15 Uhr, SWR/SR: Der Weltverbesserer aus dem Westerwald – Friedrich Wilhelm Raiffeisen. Porträt, D 2016.
SONNTAG, 13. November, 20.15 Uhr, Das Erste: Tatort (1000): Taxi nach Leipzig, Krimi, D 2016.
SONNTAG, 13. November, 21.45 Uhr, Das Erste: Sonntagsmörder – Ermittlungen über 1000 Tatorte.
MONTAG, 14. November, 11.15 Uhr, BR: Winter in Ostpreußens Zauberwald.
MONTAG, 14. November, 21 Uhr, NDR: Einbrecher-Alarm im Norden – Wie machtlos sind wir?
MONTAG, 14. November, 22.15 Uhr, RBB: Wunderkammern des Wissens – Faszination Leibniz.
DIENSTAG, 15. November, 20.15 Uhr, HR: Die Schicksalsmauer am Edersee – Ein Jahrhundertprojekt und seine Folgen.
MITTWOCH, 16. November, 0.20 Uhr, SWR/SR: Krieg der Lügen – Curveball und der Irak-Krieg. Dokumentation, D 2015.
DONNERSTAG, 17. November, 23.15 Uhr, HR: Hauptstadt der Diebe.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Angerburger trauern um Alfred Klerner

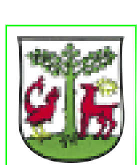
Am 19. Oktober 2016 verstarb das frühere Mitglied der Angerburger Kreisvertretung und Betreuer des Angerburger Zimmers Alfred Klerner im Alter von 96 Jahren. Mit seiner Familie trauern wir um einen verdienstvollen Heimatfreund. Alfred Klerner wurde am 9. Dezember 1919 in Angerburg, der Pforte nach Masuren, geboren. Seine Ausbildung zum Vermessungstechniker konnte er noch vor Kriegsbeginn in Angerburg abschließen. Alles in allem verlebte Alfred Klerner in Angerburg eine herrliche Jugendzeit mit viel Sport. Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 änderte sich alles. Bereits am 2. September 1939 wurde er zu den Waffen gerufen, und erhielt in der Reiterkaserne in Insterburg eine Grundausbildung als „Reiter und Fahrer von Bock und Sattel“ wie es damals hieß. Über Polen, Frankreich und Serbien ging es nach Russland bis zum Kaukasus. Den Rückzug erlebte Alfred Klerner als Infanterist. Dann ging es nochmals nach Frankreich bis in die Nähe von Paris, bis schließlich das Ende im Ruhrkessel kam. Es gelang Alfred Klerner sich der drohenden Gefangenschaft zu entziehen. Nach dem Zweiten Weltkrieg fand er zunächst beim Katasteramt Burgdorf eine Anstellung. Danach war er bis zu seiner Pensionierung beim Katasteramt Celle tätig, zuletzt als Ingenieur für Vermessungstechnik.

Alfred Klerner war in seinem Leben bis ins hohe Alter sportlich aktiv. Er machte 54 mal das Sportabzeichen. Als Leiter der Leichtathletikabteilung des Tus Celle hat er für die Traditionsgemeinschaft der Leichtathleten aus den deutschen Ostgebieten zehn der jährlich stattfindenden Leichtathletik-Wettkämpfe ausgerichtet. Alfred Klerner war auch dabei, als am 9. Juli 1949 in Hannover-Bothfeld die Kreisgemeinschaft Angerburg gegründet wurde und er übernahm wichtige Aufgaben. Zusammen mit seinem Freud Alfred Laser hat er das Angerburger Zimmer (Unser kleines Museum) im Honigspeicher auf dem Heimatbundgelände in Rotenburg (Wümme) über viele Jahre betreut. Mit wechselnden Schwerpunkten wurden im Honigspeicher Werke von Künstlern aus dem Kreis Angerburg ausgestellt, unter anderem Plastiken von Ursula Enseleit, Edith von Fanden und Karin Schulemann sowie Erinnerungsstücke aus der ostpreußischen Heimat.

Über 50 Jahre hat Alfred Klerner an Karten und Skizzen über unseren Heimatkreis Angerburg gearbeitet. Die Angerburger Kreiskarte mit allen Dörfern, der Stadtplan von Angerburg im Maßstab 1:500, der Plan der Masurischen Schifffahrtslinien und von zirka 20 Ortslagen und Gemeindeplänen wurden von ihm geschaffen. Viele Bücher und Publikationen der Kreisgemeinschaft Angerburg wurden vom ihm mit erläuternden Karten versehen, zum Beispiel Heimat am Mauersee, Kehlen, Unvergessenes Angerburg, Jugendjahre in Angerburg, Angerburger Landschulen. Bildvorträge über Angerburg in Rotenburg (Wümme) und Güstrow schafften interessante Einblicke in seine Heimat Ostpreußen. Wir Angerburger haben Alfred Klerner viel zu verdanken. Für sein außerordentliches Engagement für Angerburg und Ostpreußen wurde Alfred Klerner 1994 mit dem „Silbernen Ehrenzeichen“ und im Jahr 2002 mit dem „Goldenen Ehrenzeichen“ der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet.

Die Angerburger und alle, die Alfred Klerner kannten, haben einen engagierten und treuen Heimatfreund verloren, den wir in guter Erinnerung behalten werden. Unser aufrichtiges Mitgefühl und unsere herzliche Anteilnahme gilt seiner Familie.

Kurt-Werner Sadowski, Kreisvertreter



BRAUNSBERG

Kreisvertreterin: Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Tel.: (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de. Stellvertretender Kreisvertreter: Ferdinand Schrade. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, Frau Jostenmeier, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Gruppe Mülheim an der Ruhr

Einladung des Vorstands der Kreisgemeinschaft Braunsberg e.V.,. Mülheimer Gruppe der Braunsberger, zu einem voradventlichen Nachmittag am Freitag, 25. November, 14.30 Uhr bis 16.30 Uhr im Hotel Handelshof, Friedrichstraße 15–19, 45468 Mülheim/Ruhr, Telefon (0208) 3088-0. Anmeldungen bitte bei Manuela Begett, Telefon (02306) 21236 bis zum 18. November.

Sonnabend, 26. November, Mühlheim/Ruhr: Adventstreffen der Gruppe Mülheim im Hotel Handelshof, Friedrichstraße 15, 45468 Mülheim.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

»Bärenwanderung«

Vor zwei Jahren waren die Betreuer des Lötzener Kreisarchivs und Heimatmuseums in Neumünster noch optimistisch, ein Werk des aus Ostpreußen (Mehlsack) stammenden und in Neumünster verstorbenen Bildhauers Georg Fuhg (1898–1976) als Blickfang vor die Haustür Sudetenlandstraße 18H zu bekommen. Es zeichnete sich ab, dass „Die Bären“, eine tonnenschwere Großplastik aus nordischem Granit, wegen der von der Bundeswehr geplanten Schließung der Rantzau-Kaserne in Boostedt würden „wandern“ müssen. Das Kunstwerk, in den Jahren 1953/54 geschaffen, wäre in Neumünsters Böcklersiedlung sehr willkommen gewesen. Dort steht auf dem Kantplatz ein anderes und bedeutendes Werk von Georg Fuhg – die Porträtbüste des Hans Böckler, die als eine seiner gelungensten Arbeiten bezeichnet werden kann. Der plötzliche Tod von Neumünsters Stadtpräsidenten Friedrich-Wilhelm Strohdiek im Februar 2015, der sich für das Umsetzen der Bären nach Neumünster stark gemacht hatte, ließ die Verwirklichung platzen. Plötzlich gab es viele „Mitentscheider“. Vom Denkmalsamt über die Bundeswehr bis hin zur Tochter des Künstlers, Dorelise Putzar. Ihrer Überlegung, ob „Die Bären“ ihres Vaters nicht am besten in Neumünsters Tierpark untergebracht wären, folgte man nicht. Die Bären wurden als Eigentum der Bundeswehr betrachtet und das soll(t)en sie bleiben. Inzwischen wurde, durch die Umfunktionierung von Teilen der Kaserne in Boostedt in ein Aufnahmelager für Zuwanderer, der Handlungsbedarf wieder dringend. Die Bären wanderten von ihrem Sockel auf einen geschützten Abstellplatz auf dem Gelände des Fuhrparks. Dort konnten die Ehepaare Putzar und Eichler, unter militärischer Begleitung, sie im September 2015 besuchen. Von dort sind „Die Bären“ im September dieses Jahres nach Eckernförde transportiert worden. Wieder sind sie nur provisorisch abgestellt. Wie das Presse- und Informationszentrum der Marine durch Hauptbootsund Pressebootsmann Thomas Lerdo mitteilt: „Die von Ihnen angesprochene Bären-Skulptur befindet sich in der Tat, in der Preusser-Kaserne Eckernförde. Allerdings noch nicht an dem hierzu vorgesehenen Platz. Die Skulptur soll vor dem Block ‚Berlin‘ aufgestellt werden. Dies geht auf die Intention des ehemaligen Kommandeurs des Seebataillons, Fregattenkapitän Arne Björn Krüger, zurück. Sollten die Bären an ihrem Bestimmungsort aufgestellt sein, steht m. E. einem Fototermin nichts im Wege. Dies müsste aber in letzter Konsequenz der aktuelle Kommandeur des Bataillons entscheiden.“ Auch hinter Gittern und unter Bundeswehrbewachung – Georg Fuhgs Bären bleiben im Blick bis sie ihren endgültigen (?) Standort erreicht haben.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Lyckreise 2017

Es geht los am 15. Juni bis zum 24. Juni 2017

Treffen ist in Danzig im Hotel: Hotel Wolne Miasto, drei Sterne, ul. Sw. Ducha 2, 80-834 Gdansk.

Am 15. Juni um 19 Uhr treffen wir uns zum gemeinsamen Abendessen im Hotel Wolne Miasto. Wir bleiben drei Nächte im Hotel Wolne Miasto. In und um Danzig sind geplant:

Ein Stadtrundgang durch die Innenstadt von Danzig
Besichtigung der Marienburg
Besichtigung der Kathedrale in Oliwa
Fahrt mit dem Schiff auf dem Oberlandkanal.
Am 18. Juni fahren wir weiter nach Lyck zum Hotel Rydzewski: Hotel Rydzewski, ul. Armii Krajowej 32, 19-300 Elk, woj. warminsko-mazurskie.
Wir bleiben hier sechs Nächte.
In und um Lyck sind geplant:
Ein Stadtrundgang in Lyck
Besuch der Deutschen Minderheit am Wasserturm in Lyck
Kleinbahnfahrt mit Picknick
Staken auf der Krutinna
Fahrt zur Bunelka
Bootsfahrt auf dem Lyck-See
Besuch beim historischen Museum
Fahrt zum Viadukt nach Stanczyki
und vieles mehr.

Am 24. Juni um zirka 9 Uhr beginnt die Rückfahrt mit dem Bus nach Warschau. Um zirka 14 Uhr sind wir in Warschau.

Die Unkosten für Übernachtung mit Halbpension und alle aufgeführten Aktivitäten betragen zirka 790 Euro pro Person, Einzelzimmerzuschlag für beide Hotels 150 Euro. (Die Anreise bis Danzig und die Abreise von Warschau sind nicht im Preis inbegriffen).

Ich empfehle die Anreise nach Danzig und die Abreise von Warschau mit dem Flugzeug.

Wenn jemand Hilfe bei der Auswahl der Flüge braucht, der kann sich schriftlich an Marc Mader wenden: E-Mail: marc-mader@gmx.de.

Auf eine interessante Fahrt freue ich mich und hoffe auf rege Beteiligung.

Heidi Mader, Sprecherin der Mittleren Generation, Telefon (0421) 673 290 26. Die Anmeldung bitte bis zum 15. Januar 2017 per Mail oder Brief an: heidi-mader@gmx.de oder Heidi Mader, Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen.

PRUSSIA-Gesellschaft

Sonnabend, 3. Dezember, ab 10.30 Uhr, vormaliges Museum Stadt Königsberg, 47051 Duisburg, Johannes-Corutius-Platz 1, Eingang Karmelplatz 5: Vortragsveranstaltung mit Prof. Hans Carl Jongebloed und Dr.-Ing. Kamila Storz Im Anschluss an die Vorträge besteht jeweils die Möglichkeit zur Diskussion/Aussprache.

Informationen unter: prussia.gesellschaft@googlemail.com oder Telefon (03327) 741603. EB



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Treffen in Neuss

Wie bereits im Ostpreußenblatt angekündigt, findet am Sonnabend, 13. Mai 2017, in der Neusser Stadthalle das Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen statt. Aus diesem Grund wird es im nächsten Jahr kein Nachbarschaftstreffen der drei Kreisgemeinschaften Tilsit, Elchniederung und Tilsit-Ragnit geben. Der Vorstand bittet daher alle Tilsit-Ragniter den Termin des Jahrestreffens vorzumerken und zahlreich an ihm teilzunehmen. Auf diese Weise kann auch 2017 ein Wiedersehen der Tilsit-Ragniter stattfinden. Für Rückfragen stehen der Kreisvertreter Dieter Neukamm und Geschäftsführer Winfried Knocks zur Verfügung.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Donnerstag, 24., bis Sonntag, 27. November: Adventstreffen im ostpreußischen Osterode. Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Donnerstag, 29. Dezember, bis Dienstag, 3. Januar: Silvesterfahrt nach Ostpreußen: Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html



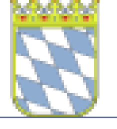
BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch, 23. November, 18 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Stuttgart, Schloßstraße 92: Vortrag: „Von Suleyken bis Bollerup – fiktive Dorfgeschichten aus Masuren und Dänemark“ von Siegfried Lenz. Referentin: Marianne Kopp, Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft.

„So zärtlich war Suleyken“ – schon der Titel benennt die zärtliche Wärme dieser versunkenen Welt, die in sich abgeschlossen und trotz mancher Streitigkeiten eine heile Welt ist, in der das gutmütige, versöhnliche Miteinander der Dorfbewohner eine zentrale Rolle spielt. „Der Geist der Mirabelle“ hingegen schildert eine kühlere, kühnere Gesellschaft, die nicht mehr im Schoß der Idylle lebt, sondern ihre Zwistigkeiten generationenlang beibehält und ihre Streitigkeiten auslebt, statt sie zu schlichten und zu klären. 1955 und 1975 entstanden, fallen die beiden heiteren Erzählungen-Sammlungen ganz aus dem Rahmen des sonst ernsten, problemschweren und zeitbezogenen Gesamtwerks des Autors. Diese Erzählungen sind Gourmet-Häppchen der Erzählkunst und des Humors – eines Humors, der nicht kritisches Denken fordert, sondern die Lachmuskeln reizt. Es erwartet Sie ein interessanter und heiterer Vortrag. Der Eintritt ist frei,

Ludwigsburg – Montag, 21. November, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 25. November, 19 Uhr, Hotel Gasthof Krone, Saal, Gunzenhausen:

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Heimatliches Essen „Königsberger Klopse“. Anschließend findet eine Lesung aus neuen Werken von Arno Surminski mit Marie-Luise Rossius statt.

Ansbach – Sonnabend, 12. November, 14.30 Uhr, Waldfriedhof: Gedenken zum Volkstrauertag (mit allen Ansbacher Landsmannschaften). Ab 15 Uhr lädt die Landsmannschaft in der Orangerie nach dem Kaffee zum Tilsiter-Käse-Essen ein.

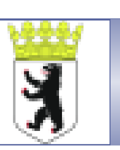
Bamberg – Mittwoch, 16. November, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Monatstreffen mit einem Vortrag über die Pilgerkirche Heiligelinde.

Hof – Sonnabend, 12. November, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube Hof: Die Gruppe trifft sich zum Heimatnachmittag.

Landshut – Dienstag, 15. November, 14 Uhr, Gasthof Zur Insel: Gemeinsames Treffen.

Nürnberg – Sonnabend, 19. und Sonntag, 20. November: Bunter Herbstmarkt im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen im Schloss. (20 Minuten zu Fuß vom Bahnhof), 10 bis 12 und 13 bis 16 Uhr. – Sonntag, 27. November, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser, Ende der U1 gegenüber: Wir feiern Advent.

Ulm – Sonnabend, 12. November, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Monatliches Treffen der Kreisgruppe.

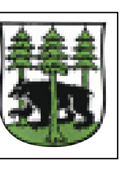


BERLIN

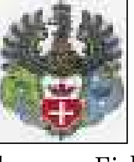
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen zu gemeinsamen Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Rastenburg – Donnerstag, 13. November, 12 Uhr, Rastenburg, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

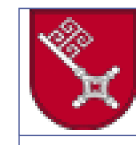


Königsberg – Freitag, 18. November, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Eisbeinessen. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon 4944404.





Heilsberg/Rößel – Mittwoch, 30. November, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte „Maria Rimkus Haus“, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Die Gruppe trifft sich zum adventlichen Beisammensein. Anfragen bei Erika Hackbarth, Telefon (033762) 40137, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.

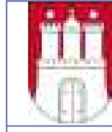


BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Der traditionelle „Ostdeutsche Markt der Bremer Landsmannschaften“ im Einkaufszentrum „Berliner Freiheit“ in Bremen-Vahr findet in diesem Jahr vom 21. bis 23. November ganztags bis zum Ladenschluss als Markt der Ost- und Westpreußen mit Büchern (neu und antiquarisch), Karten, Marzipan, und Spirituosen statt. Es wird auch eine Auswahl an Produkten anderer Vertreibungsgebiete, zum Beispiel Weine aus Siebenbürgen, angeboten.

Auf den dortigen Stellwänden werden zugleich Ausstellungstafeln mit Informationen über das Leben und die in Bremen geschaffenen Bauten des aus Ostpreußen gebürtigen Architekten Jacob Ephraim Polzin, geb. 1778 in Labiau, Ostpreußen, gest. 18. Januar 1851 in Bremen, gezeigt. Er war einer der in Bremen meist beauftragten Baumeister seiner Zeit, der vor allem den im Zuge der Niederlegung der Stadtbefestigung freigewordenen Raum rund um die Altstadt mit seinem Baustil bereicherte. Das Meiste davon wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört, doch das Teehaus in der Marcusallee und die Kirche in Bremen-Vegesack künden noch heute von seinem Wirken.



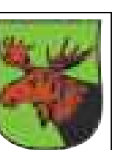
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

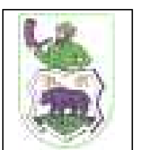
Landesgruppe – Sonnabend, 12. November, 10 bis 16 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Christkindlmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften. Der Ostpreußenstand ist auch mit einem Angebot regionaler Spezialitäten und diverser Literatur vertreten. Für das leibliche Wohl ist ebenfalls gesorgt. Anreise: Das Haus der Heimat liegt unweit der S-Bahnstation Stadthausbrücke, der U-Bahnstation Rödingsmarkt oder der Haltestelle der Buslinien 6 und 37.

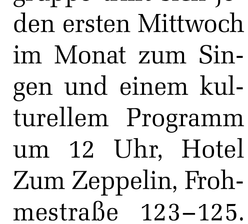
Kulturreferat – Sonnabend, 10. Dezember: „Es ist für uns eine Zeit gekommen, sie bringt uns eine große Freud“. Diese Freude wollen wir mit Ihnen zusammen in unserer Vorweihnachtsfeier teilen. Achtung: Wir haben einen neuen Veranstaltungsort: Business & More Hotel, Frohmestraße 110. Einlass 13 Uhr, Beginn 14 Uhr, Ende zirka 17 Uhr. Für Kaffee und Kuchen satt ist gesorgt. Es erwartet Sie der Chor „Abendklang“ unter der Leitung von Lilia Berschin mit einem vorweihnachtlichen Programm. Mit Weihnachtsliedern und Erzählungen von kleinen Geschichten werden wir den Nachmittag gestalten. Der Veranstaltungsort ist wie folgt zu erreichen: Aus Richtng Innenstadt mit dem Bus Linie 5 in Richtung Burgwedel bis Haltestelle „Sellhopsweg-Albertinenhaus“ oder mit der U2 bis Niendorf-Markt. Von dort mit dem Bus Linie 5 bis Haltestell „Sellhopsweg-Albertinenhaus“. Parkplätze befinden sich hinter dem Hotel. Rückfragen bei Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784.

KREISGRUPPEN



Elchniederung – Dienstag, 29. November, 14 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Bürgerhaus Niendorf e.V., Niendorfer Kirchenweg 17, 22459 Hamburg: Treffen der Gruppe im Advent zu einem besinnlichen und fröhlichen Nachmittag mit Geschichten, Liedern und Julklapp. Bitte ein Päckchen mitbringen, damit keiner leer ausgeht. Gäste sind herzlich willkommen. Weitere Auskunft bei Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.





Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

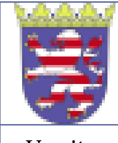


Osterode – Sonnabend, 26. November, 14 Uhr, Restaurant Ribling (ehemals Krohn), Fuhlsbüttler Straße 757: Wir laden herzlich zu unserer Weihnachtsfeier ein. Das Restaurant befindet sich direkt am Bahnhof Ohlsdorf, Ausgang Fuhlsbüttler Straße. Wir beginnen mit einer gemeinsamen Kaffeetafel sowie Liedern und Erzählungen zur bevorstehenden Adventszeit. Über genügend Beteiligung freuen sich Marie-Louise und Günter Stanke.

BEZIRKSGRUPPEN

Hamburg-Bergedorf – Sonnabend, 5. November: Treffen der Frauengruppe. Herbstmarkt im Ostpreußischen Landesmuseum, Heiligengeiststr. 38, Lüneburg

Thorner Kathrinchen und Pfefferkuchenstand Gisela Harder Kaffee und Kuchen im Bernstein Café.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt-Dieburg – Eine sehr gut besuchte Veranstaltung der LOW-Kreisgruppe am 15. Oktober können wir mit großer Zufriedenheit betrachten. Die von Gisela Keller gestaltete Erntedank-Dekoration ist wie jedes Jahr eine Augenweide. Auch wenn Waltraud Barth nicht an der Veranstaltung teilnehmen konnte hat sie doch für die Blumen auf den Tischen gesorgt.

Gerhard Schröder und Christian Keller konnten unter musikalischer Begleitung die Begrüßungs-Worte sprechen. Durch die musikalische Begleitung der Musik- und Gesangsgruppe Biebesheim-Dornheim kam keine Langweile auf. In Landhaustracht mit Harmonika, Drehorgel, Teufelsgeige und Gesang konnten wir Lieder aus der Heimat hören und mitsingen. Auch das Tanzbein wurde geschwungen.

Während kurzer Pausen der Musikanten konnte Herr Turowski seine Bibelworte vortragen, und mit einem Gedicht wurde von Anni Oest den Geburtstagskindern der letzten vier Wochen gratuliert. Auch wollen wir nicht

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

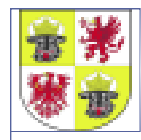
vergessen, dass Frau Ursula Marquardt und Günter (Berry) Berg den Geburtstagskuchen und Kaffee spendierten. So verstrich die Zeit wie im Fluge, und ein wunderschöner Nachmittag fand mit unserem Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder" ein schönes Ende.

Frankfurt am Main – Zum Zusammentreffen im Herbst hatte der Vorstand der LOW-Frankfurt am Main eingeladen. Begegnungsort war das Kloster Altenberg auf einem Höhenzug an der Lahn, unweit von Wetzlar. Eine bis ans Ende des 12. Jahrhunderts reichende Geschichte in einem ehrwürdigen Klosterareal empfing den Besucher. Unter anderem verrichtete im 13. Jahrhundert dort auch die jüngste Tochter der hl. Elisabeth ihr barmherziges Schaffen. In dieser Tradition wirkt bis heute das Königsberger Diakonissen-Mutterhaus der Barmherzigkeit, das 1945 seine Heimat – unser geliebtes Königsberg – verlassen musste und hier in den 50er Jahren eine neue Bleibe fand. Nachdem es bis 2010 im Kloster Altenberg ein Altenpflegeheim und eine Bildungsstätte für hauswirtschaftliche Aufgaben unterhielt, dient das Kloster heute als Begegnungszentrum und Ausbildungsbetrieb der Königsberger Diakonie. Mit der sorgsamen Pflege und Erneuerung der Bau- und Kunstwerke des Stiftsbereichs wurde hier eine Stätte erhalten, die Geborgenheit und Ruhe ausstrahlt. Auch die vorgefundene Gastlichkeit, die wir Ostpreußen mit Königsberger Klopsen, Streuselkuchen und einem Schlubberche sehr zu schätzen wussten, machte unseren Ausflug zu einem heimatlichen Erlebnis. Besonders begrüßen konnte die Kreisvorsitzende, Gerlinde Groß, Mitglieder des LOW-Landesvorstandes. Der stellvertretende Landesvorsitzende der LOW-Hessen, Gerhard Schröder und Hannelore Neumann – unsere damaligen Königsberger Waisenkinder – berichteten im lebhaften Gedankenaustausch ausführlich über Neuigkeiten aus Königsberg nach Ihrer Reise mit dem Europäischen Bildungswerk. Eine besondere Ehrung konnte die Kreisvorsitzende anschließend vornehmen: Herr Klaus Graff wurde für seine 30-jährige aktive Mitgliedschaft bei der LOW-Kreisgruppe Frankfurt am Main mit dem goldenen Treuezeichen ausgezeichnet. Viel zu schnell ging dieser informationsreiche Nachmittag dann wieder vorbei, bevor es nach alter Tradition mit dem Singen des Ostpreußenliedes wieder auf die Heimreise ging.


Sorgte für gute Laune in Darmstadt-Diebig: Die Musik- und Gesangsgruppe Biebesheim-Dornheim Bild: privat

Wetzlar – Montag, 14. November, 19 Uhr, Restaurant Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: „Von Siegen nach „Kaliningrad und dann nach Königsberg und Ostpreußen". So lautet das Thema eines Vortrages des Historikers Peter Wörster aus Marburg. „Autobiografische Streifzüge eines Siegerländers am Ende seines Arbeitslebens", hat der Referent seinen Vortrag untertitelt. Wörster, der in Marburg Geschichte, Slawinistik und Pädagogik studierte, hat seit 2006 einen Lehrauftrag für osteuropäische Geschichte an der Uni in Marburg. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

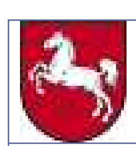
Wiesbaden – Sonntag, 13. November: Volkstrauertag mit Gedenkstunde auf dem Südfriedhof. Für die angeschlossenen Landsmannschaften legt der Bund der Vertriebenen (BdV), Kreisverband Wiesbaden einen Kranz nieder. – Sonnabend, 19. November, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: Gedenkfeier zum 70-jährigen Bestehen unserer Landsmannschaft. Die Veranstaltung steht unter der Schirmherrschaft von Staatssekretär Ingmar Jung, Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst. Den Festvortrag hält Stadtverordnetenvorsteher a.D. Wolfgang Nickel. Zur Feier sind alle Mitglieder und Freunde unserer Landsmannschaft herzlich eingeladen. Wir freuen uns über regen Besuch.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

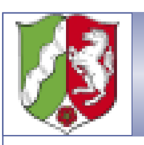
Anklam – Die diesjährige Adventsfeier des Bundes der Vertriebenen findet am Sonntag, 27. November, von 11 bis 16 Uhr in der Mehrzweckhalle „Volkshaus" Anklam (Baustraße/Nähe Markt) statt. Eingeladen sind alle Landsleute aus Ost- und Westpreußen, aber auch Pommern, Neumärker, Schelsier und Sudetendeutsche. Angehörige und Gäste sind ebenfalls herzlich willkommen. Auf dem Programm stehen die Jahreshauptversammlung mit Rückblick 2016, Kassenbericht und die Vorhaben für 2017. An die Adventsandacht schließt sich das feierliche Gedenken an die verstorbenen Landsleute des Jahres 2016 an. Vorbereitet sind ein gemeinsames Mittagessen, eine weihnachtliche Kaffeetafel und ein schönes Angebot an Bärenfang und Heimatbüchern. Ein Ohrenschmaus wird das Advents-Konzert mit dem 1. Pommerschen Blasorchester Wolgast und dem Shanty-Chor Karlshagen. Am 27. November ist im Volkshaus letzte Gelegenheit, Weihnachtspäckchen für Ostpreußen zu spenden. Diese sollen einige Tage später mit der Fähre ins Memelland gebracht werden.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Dienstag, 15. November, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 18. November, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Donnerstag, 24. November, 14 Uhr; Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis. – Sonntag, 27. November, 15 Uhr, Parkhotel Osnabrück: Adventsfeier. Anmeldung bis zum 17. November bei Else Tober, Telefon 1393614, oder Barbara Kleien, Telefon 74282.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Sonntag, 13. November, 15 Uhr: Teilnahme an der Gedenkfeier des BdV am Vertriebenenkreuz auf dem Sennefriedhof. – Sonntag, 27. November, 15 Uhr, Wohnstift Salzburg, Memeler Straße 35, 33605 Bielefeld: Advents-Heimatnachmittag. Freuen Sie sich auf eine besinnliche und schöne Vorweihnachtsfeier, die in der bewährten Weise durchgeführt wird. Beteiligt sind der Posaunenchor aus Schloss Neuhaus und Pastor i.R. Falk wird eine kurze Andacht halten. Anschließend kann bei Kaffee und Kuchen geschabbert werden.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Mittwoch, 16. November, 19 Uhr, GHH: Gespräch mit Professor Stefan Creuzberger von der Uni Rostock zum Thema „Eine Supermacht dankt ab – Das Ende der Sowjetunion vor 25 Jahren." – Donnerstag, 17. November, GHH/Raum 412 „Ostpreußen": Offenes Singen mit Marion Cals. Freitag, 18. November, 18 Uhr, GHH: Andreas-Gryphius-Preisverleihung. – Montag, 21. November, 19 Uhr, Jüdische Gemeinde, Leo-Baeck-Saal, Zietenstraße 50; Düsseldorf: Vortrag über Rabbiner Leo Baeck, gehalten von Pater Elias H. Füllenbach. Anmeldung bis zum 15. November bei Dr. Katja Schlenker, Telefon (0211) 16991-23 oder E-Mail: schlenker@g-h-h.de – Mittwoch, 23. November, 16 Uhr, GHH: Ausstellungseröffnung „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart" (bis 16. Dezember). – Donnerstag. 24. November, GHH: Film „Wind in meinem Haar". – Freitag, 25. November, 18 Uhr, GHH: Theateraufführung „Nachtigall, o Nachtigall". – Sonnabend, 26. November, 15 Uhr, GHH, Raum 312: Weihnachtsfeier der Sudeten. Sonnabend, 26. November, 15 Uhr, GHH, Konferenzraum: Weihnachtsfeier der Schlesier.

Gelsenkirchen – Montag, 21. November, 14. 30 Uhr, Landgrafenschule, Eingang Märkische Straße: Treffen der Ostpreußen.

Köln – Dienstag, 15. November, 14:30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41 – 43: Treffen der Ostpreußenrunde. Haben Sie, verehrte in und bei Köln wohnende ostpreußische Landsleute, Lust an unserer Nikolaus/Weihnachtsfeier am 20. Dezember teilzunehmen? Dann möchten wir Sie herzlich einladen, an der Sitzung im November teilzunehmen. Wir wollen den Ablauf der Feier und das Menü besprechen. Kommen Sie vorbei, auch wenn Sie noch nie bei uns waren. Vielleicht bringen gerade Sie zusätzlich einen Hauch mehr aus unserer Heimat mit. Wir möchten bei dieser Feier gut speisen, altbekannte Lieder mit Musikbegleitung singen, Geschichten in Erinnerungen an früher hören und manches andere tun, was einen vorweihnachtlichen Nachmittag ausmacht. Unser kleiner, aber gemütlicher Raum wartet auf Ihren Besuch.

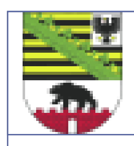
Neuss – Sonntag 27. November, Einlass 14 Uhr, Beginn 15 Uhr: Adventsfeier der Ostpreußen mit besinnlichen Liedern, Gedichten und Chorgesang, Kaffee und Kuchen und ostpreußischen Spezialitäten im Marienhaus in Neuss, Kapitelstraße 36.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16: Gelegenheit zum Kartenspielen. – Sonnabend, 26. November, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: Adventsfeier. Wir bitten um Gaben für die Tombola.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 25. November, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Gemütliches Beisammensein zur Vorweihnachtszeit.

Magdeburg – Sonntag, 13. November, 14 Uhr: Gedenken aller Kriegs- und Vertreibungsopfer. – Dienstag, 22. November, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 25. November, 15 Uhr, TuS Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Schwartau – Donnerstag, 17. November, 14.30 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Auguststraße 34a, 23611 Bad Schwartau: – Monatstreffen mit Wernfried Lange: „Die Burgen des Ritterordens im ehemals deutschen Osten". Von den steinernen Zeugen des Ritterordens im ehemals deutschen Osten berichtet Wernfried Lange. Ab dem 13. Jahrhundert entstanden zahlreiche Ordensburgen, die zum Teil noch heute an eine wehrhafte Vergangenheit des Deutschen Ritterordens im ehemaligen Deutschordensstaat – heute Polen, Lettland, Litauen, Estland und Russland – erinnern. Lange bringt Bilder von vielen Reisen in seine Heimat und zu den geschichtsträchtigen Plätzen mit und wird vieles über das Leben und die Aufgaben der Ordensritter berichten. Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft Ostpreußen sind herzlich eingeladen. Telefon (0451) 25243.

Flensburg – Sonntag 13. November (Volkstrauertag), 11.30 Uhr und Sonntag 20. November (Totensonntag), 15 Uhr, Friedhof Am Friedenshügel in der Kapelle: Gemeinsames Gedenken. Es ist geplant ein Sammeltaxi durch die Stadt einzusetzen.

Pinneberg – Sonnabend, 12. November, 15 Uhr: Gänseverspielen (Bingo). Anmeldungen unter Telefon (04001) 62667.

Schönwalde am Bungsberg – Sonntag, 13. November, 9.45 Uhr, Schönwalder Kirche: Volkstrauertag. – Donnerstag, 17. November, 14 Uhr: Seniorenbegegnung. – Donnerstag, 24. November, 14 Uhr: Seniorenbegegnung. – Sonnabend, 26. November, 15 Uhr, Gemeindesaal in der Kirche im Jahnweg: Ostdeutsche Adventsfeier. Hierzu möchten wir Sie herzlich einladen. Es wirken mit: Der Chor „Singkreis Ostholstein", der Posaunenchor der evangelisch-lutherischen Kirche Schönwalde. Besinnliche Worte zum Advent spricht der Pastor. Der Kostenbeitrag für Kaffee/Tee und Kuchen beträgt 10 Euro. Um Anmeldung bis zum 17. November unter Telefon (04528) 495 oder (04528) 9901 wird gebeten.

Deutsches Kulturforum östliches Europa:
24. November, 18.30 Uhr, Museum Friedland, Bahnhofstraße 2, 37133 Friedland: „Die Heimat meiner Eltern". Thementag zu Krieg und Vertreibung, Eintritt 5 /3 Euro. Um Anmeldung bis zum 21. November wird gebeten unter Telefon (0550) 48056203. *EB*



Erstmals im Neubau des Landesmuseums

Wissenswertes nicht nur über den Elch bei der Jahresveranstaltung des Fördererkreises Ostpreußisches Jagdmuseum

Gleich 17 Böhmsholzer Jagdhornbläser sorgten mit den von ihnen vorgetragenen zünftigen Stücken, Signalen und Motiven „Der Fürsengruß“, „Der Jäger aus Kurpfalz“, „Auf, auf zum fröhlichen Jagen“, den Jägermärschen 1 und 3, „Sammeln der Jäger, Aufbruch zur Jagd“, dem Alpenjägermarsch, „Elch tot, Rothirsch tot“, „Ännchen von Tharau“, „Jagd vorbei, Halali“, der Hegewald-Fanfare und schließlich dem Ostpreußenlied für die musikalische Umrahmung der diesjährigen Jahresveranstaltung des Fördererkreises Ostpreußisches Jagdmuseum – Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung im Neubau des Ostpreußischen Landesmuseums. Damit kam mehr als ein Musiker auf vier Gäste.

Überhaupt wurde bei dieser Veranstaltung nicht gekleckert, sondern geklotzt. So waren nicht nur jeweils ein Grußwort und ein Festvortrag vorgesehen, sondern derer gleich jeweils zwei. Dagegen, dass je ein Grußwortsprecher und ein Referent kurzfristig absagten, ist die beste Organisation nicht gefeit, und für die privaten Gründe, die Rolf-Dieter Carl und Horst Buschalsky, der über „Wild und Wald in Ostpreußen“ referieren sollte, für ihr Fernbleiben hatten, wird wohl jeder Verständnis haben.

Barbara Loeffke eröffnete für die gastgebende Organisation die Verantaltung und nutzte die Gelegenheit, an ihren vor 42 Jahren verstorbenen Ehemann Hans-Ludwig Loeffke und die Entstehungsgeschichte des Ostpreußischen Jagdmuseums, das den Grundstock für das Ostpreußische Landesmuseum bildete, zu erinnern. Am 3. Mai wäre er 110 Jahre alt geworden.

Der Christdemokrat Eckhard Pols, der als direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Lüchow-Dannenberg – Lüneburg im Bundestag sitzt, lobte die Organisation, deren Gast er war, wie das Ostpreußische Landesmuseum und versicherte beide seiner Unterstützung und der seiner politischen Freunde. Am spannendsten war sicherlich die relative Offenheit, mit welcher der Politiker zum Ende seines Grußwortes dazu mahnte, noch vor der Bundestagswahl zu handeln. Das lässt sich wohl kaum anders interpretieren, als dass der CDU-Mann angesichts der Asylpolitik seiner Parteichefin 2017 ein Debakel seiner Partei bei der Bundestagswahl mit anschließender rot-rot-grüner Regierungsmehrheit fürchtet.

Der Vorsitzende der Freunde des Ostpreußischen Landesmuseums und Vorstandsvorsitzende der Ostpreußischen Kulturstiftung war durch eine fiebrige Bronchitis an der Teilnahme gehindert. Doch auf sein Grußwort brauchten die Teilnehmer trotzdem nicht zu verzichten, denn es wurde verlesen. In ihm gab Carl seiner Hoffnung Ausdruck, dass in einem Jahr, im Herbst 2017, „die gesamte Neueröffnung des Ostpreußischen Landesmuseums“ zu erwarten sei.

Nachdem Barba Loeffke in ihren Begrüßungsworten die Vorgeschichte des Ostpreußischen Landesmuseums hatte Revue passieren lassen, ging dessen Direktor Joachim Mähnert auf dessen Gegenwart ein. Voller Stolz verwies er auf den Neubau. Er berichtete, dass man wegen des musikalischen Rahmenprogramms aus Gründen der Akkustik die Vorhänge hätte vorziehen können, doch hätte man den Veranstaltungsgästen die großzügige Verglasung nicht vorenthalten wollen. Es folgte eine begeisterte Begründung der starken Verwendung von Glas beim Neubau: Man wolle Offenheit signalisieren und so weiter. Der aufmerksame Zeitgenosse kennt derlei bereits aus dem vergangenen Jahrtausend. Beim Mitte der 70er Jahre errichteten Hauptgebäude der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg und dem 1999 übergebenen Plenarsaal des Bundestages in Bonn war der hohe Glasanteil schon genauso begründet worden. Nun hat die Mode also auch das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg erreicht.

Ansonsten verwies Mähnert auf die Bedeutung seines Museums angesichts der stiefmütterlichen Vernachlässigung des Geschichtsunterrichts durch die heutige Schulpolitik. Da müssten Museen einspringen, aber auch Eltern oder Großeltern. Mähnert ermutigte die Zeitzeugen unter den Teilnehmern, ihren Nachfahren zu erzählen, denn sie seien unschuldig, ihnen könne keiner einen Vorwurf machen. Mähnert sprach damit die Tatsache an, dass anders als zuzeiten der 68er die NS-Täter mittlerweile fast alle tot sind und wer jetzt noch von Flucht und Vertreibung sowie der Zeit davor berichten kann und nicht uralt ist, damals noch ein unschuldiges Kind war.

Es folgte der Höhepunkt des Abends, der Vortrag von Gert G. von Harling. Das Vortragsthema des langjährigen „Wild und Hund“-Schriftleiters, von dem es heißt, dass er der meistgelesene Autor zeitgenössischer deutschsprachiger Jagdliteratur sei, ließ Schlimmes befürchten: „Das Wahrzeichen Ostpreußens: Der gute Elch“. Ein Tier pauschal als gut zu bezeichnen, ist schon grenzwertig – selbst wenn es das Wahrzeichen Ostpreußens ist, sein Haupt das Logo des Fördererkreises Ostpreußisches Landesmuseum – Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung und der Freunde des Ostpreußischen Landes- und Jagdmuseums dominiert und seine Schaufel Wappen und Flagge der Landsmannschaft Ostpreußen ziert.

Zum Glück verbarg sich hinter dem Titel jedoch keine kitschige Vermenschlichung einer Tierart, sondern ein hörenswertes Referat, in dem geschickt Wissenswertes und Bedenkenswertes mit gelegentlichem augenzwinkernden Humor vermittelt wurde. Den einen thematischen Schwerpunkt bildete der Elch im Allgemeinen und in Ostpreußen im Besonderen. So erfuhren die Zuhörer, dass es neben dem Schaufelelch auch Elche mit Stangengeweihen gibt, die für Ostpreußen ursprünglich viel typischer waren, bevor der Mensch eingriff, und dass der angeblich gute Elch in der Forstwirtschaft durchaus Schaden anrichten kann. Den anderen Schwerpunkt bildete die Bedeutung des Elchs in der und für die Symbolik Ostpreußens. In diesem Zusammenhang verwies von Harling darauf, dass im kommenden Jahr ein rundes Jubiläum in Sachen Elch ins Haus steht. 2017 wird es 60 Jahre her sein, dass die Elchschaufel beim Deutschen Patentamt als geschütztes Warenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen registriert wurde. Die *Preußische Allgemeine Zeitung* hat den Wink mit dem Zaunpfahl verstanden und die feste Absicht, Gert G. von Harling zu diesem Jubiläum auf ihren Seiten zu Worte kommen zu lassen.

In ihrem Schlusswort bedankte sich Barbara Loeffke bei den Akteuren, die zum Gelingen dieses Abends beigetragen hatten, mit warmen Worten und darüber hinaus bei von Harling für seinen Vortrag und bei Wolfgang Jänsch stellvertretend für die von ihm geleiteten Böhmsholzer Jagdhornbläser zusätzlich mit einer Darstellung des Königsberger Schlosses aus Marzipan. Sie beendete die Veranstaltung mit den Worten: „Lassen Sie uns gemeinsam Ostpreußen in die Zukunft führen, damit das vielhundertjährige Ordensland nicht in Vergessenheit gerät. Der Tempelhüter steht dank der Initiative eines Ostpreußen, Herrn Mörig, wieder vor dem Schloss in Trakehnen und erinnert an die ruhmreiche Vergangenheit Ostpreußens. Wie schrieb doch Graf Finkenstein: ‚Vergesst dabei nicht ... wie wandelbar unser Leben ist.‘ Auf Wiedersehen 2017 im hoffentlich fertigen Ostpreußischen Landesmuseum.“

Nachdem Barbara Loeffke ihre Geschenke verteilt hatte, übergab der angesprochene Hagen Mörig nun seinerseits dem beim Ostpreußischen Landesmuseum für Naturkunde, Land- und Forstwirtschaft sowie Jagd- und Fischereikunde zuständigen wissenschaftlichen Mitarbeiter Christoph Hinkelmann ein Gemälde zur Erinnerung an seine Initiative. *Manuel Ruoff*

„Der gute Elch“ war sein Thema: Gert G. von Harling Bild: Ruoff

verboten · amerikanischer Ureinwohner · Westafrikaner · Teileigentum · Vorname der Garbo · Kirchenamt mit Einkünften · Stoß- und Wurfwaffe · Schluss · Predigerstand · Glück Wünschender · nordischer Hirsch, Elch · Fluss zur Seine · Bruder Kains · ein Bild in viele Punkte zerlegen · ungültig, unwirksam · rasch, schnell · überempfindlich, jähzornig · Lärm, großes Aufsehen (ugs.) · zu jener Zeit · dt. Schriftsteller (Günter) · Schlagader · ital. Hafenstadt an der Riviera · german. Sagengeschlecht · Trinkgefäß · Traubenernte · Rest im Glas · norwegischer Dichter (Henrik) · Einfriedung, Gatter · schmelzen (Schnee) · Ingenieur, Aufsichtsperson im Bergbau · Witterungsverhältnisse · Gemahlin Lohengrins · Begleitmannschaft, Gefolge · exotische Echse · Klavierteil; Druckhebel · abhängig, gebunden · Form des Sauerstoffs · sehr leichte Holzart · Gartenblume · Fenstervorhang · kleiner Karpfenfisch, Pfrille · Turnerabteilung · sparsam, geizig sein · kürzlich · halb..., mittel... (Musik) · ital. Stadt an der Nera · Lobrede · Sportruderboot · Unsinn · Himmelsrichtung · tausend mal tausend · blütenlose Wasserpflanze · knabbern · Wallfahrtsort des Islam · ein Erdteil · also, folglich (lateinisch) · von Wasser umgebenes Land · Küchengerät, Raspel · aussichtsreich, positiv · poetisch: Biene · unterrichten · Balgerei, Rauferei · günstig, vorteilhaft · Fehllos bei der Lotterie · begeisterter Anhänger (engl.) · Wasserstraße, Belt, Sund · hochbegabter Mensch · ägyptische Göttin · Schaumgebäck · Kinostreifen · ein Planet · ein Sternbild · Hafenstadt in Nordspanien · Gebührenliste · ein Elternteil · Baldriangewächs · sich täuschen · italienisch: Vorwärts! · Lochvorstecher, Pfriem · neugierig · bevor · Roman von Stephen King · menschliche Ausstrahlung · Zeitalter · eigensinnig, hartnäckig · chem. Zeichen für Rhodium · Anwärter d. höher. Beamtenlaufbahn · vom Geist Gottes erfüllt · flüssiger fossiler Rohstoff · Organ des Harnsystems · Blumenfülle · unbestimmter Artikel

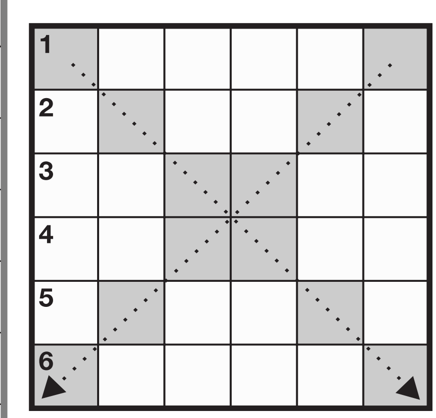
PAZ16_45

Sudoku

		9	8		1	2		
4			6		7			8
	8						3	
	3	2		7		9	6	
	5						2	
	6	8		2		3	5	
	9						8	
2			7		3			5
		5	2		9	4		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



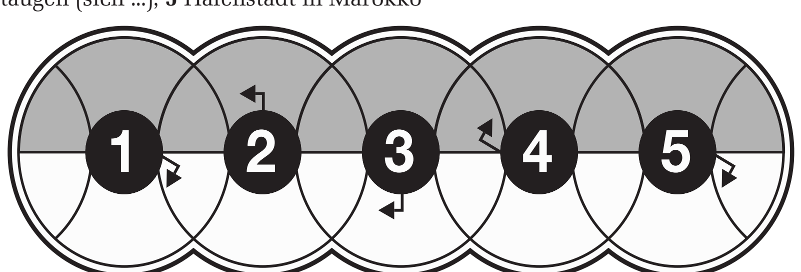
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Bekleidungsartikel.

1 Freiheitsentzug, Haft
2 in seiner Art Einziges; Sonderling
3 kleine Tür, Eingang
4 verbleibend, restlich
5 Linderung, Wohltat
6 Hafenstadt in Nordnorwegen

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für einen Kletterer im Gebirge.

1 Vorderasiat, **2** kostenlos, umsonst, **3** Eier legen und ausbrüten, **4** zu etwas taugen (sich ...), **5** Hafenstadt in Marokko



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Arrest, 2. Unikum, 3. Pforte, 4. uebrig, 5. Balsam, 6. Narvik – Anorak, Turban

Kreiskette: 1. Araber, 2. gratis, 3. nisten, 4. eignen, 5. Tanger – Bergsteiger

Sudoku:

Wirken für, mit und in Ostpreußen

Ostpreußische Landesvertretung tagte auf dem Heiligen Berg und wählte einen neuen Bundesvorstand

Dass die Jahreshauptversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) einmal auf dem Heiligen Berg stattfinden würde, hätten die Delegierten wohl niemals zu träumen gewagt. Und doch, in diesem Jahr war es so weit: Austragungsort der Ostpreußischen Landesvertretung (OLV) war der Heilige Berg, wenn auch nur der in Wuppertal, genauer, das Internationale Evangelische Tagungszentrum „Auf dem Heiligen Berg“.

„Gutes tun können, Gutes tun wollen und Gutes tun, gemeinsam für Ostpreußen und die Ostpreußen, mit Herz und Verstand.“ So hätte die diesjährige Sitzung der OLV überschrieben sein können. Die OLV ist vereinsrechtlich die Mitgliederversammlung der Landsmannschaft und deren oberstes Beschlussorgan, das für die Bestimmung der Leitlinien, grundsätzliche Entscheidungen und die Überwachung der Geschäftsführung des Vorstandes zuständig ist. Politisch gesehen nimmt sie die Rolle eines Exilparlaments der vertriebenen Ostpreußen wahr, das sich für deren Interessen und Rechte einsetzt.

Wichtigster Tagesordnungspunkt bei der Versammlung am vergangenen Wochenende war die turnusmäßige Neuwahl des Vorstandes. Daneben standen Routineangelegenheiten wie die Entgegennahme der Rechenschaftsberichte, die Entlastung des Vorstandes und die Verabschiedung des Wirtschaftsplans für das Jahr 2017 auf der Agenda.

In seinem Tätigkeitsbericht informierte Stephan Grigat, Sprecher der LO, die Delegierten über seine zahlreichen Gespräche mit Politikern, Gremien, Vertretern von Institutionen und Verwaltungen sowohl hierzulande wie in Ostpreußen. Dabei betonte er besonders die gute Vernetzung der LO mit Parlamenten und Behörden diesseits und jenseits der politischen Grenzen, die Ostpreußen heute teilen und von uns trennen. Grigat hob es als einen großen Erfolg hervor, dass die LO mittlerweile auf Woiwodschaftsebene als Gesprächspartner nicht nur akzeptiert, sondern auch geschätzt wird. Weiter berichtete er über die erfolgreiche Durchführung des Deutsch-Russischen Forums in Berlin und die Veranstaltungen der LO in Ostpreußen, die allesamt als eine feste Größe im Veranstaltungskalender etabliert seien. Zudem berichtete Grigat über seine Tätigkeit im Beirat der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ und als Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen.

AUF DEM HEILIGEN BERG



Ein letztes Mal gemeinsam auf dem Podium: Der scheidende Vorstand beim Bericht des Sprechers

Unmissverständlich trat Grigat der Annahme entgegen, es gäbe in der LO angesichts des langsamen Dahinscheidens der Erlebnisgeneration irgendwelche Abwicklungstendenzen. Vielmehr sei die LO „auf Dauer“ ausgelegt. Die LO werde die Kultur und Geschichte Ostpreußens bewahren und weitertragen und richte sich dabei ausdrücklich auch an die Menschen außerhalb der Schicksalsgemeinschaft der vertriebenen Ostpreußen und deren Nachkommen.



Konzentration gefragt: Wahlkommission und Helfer bei der Auszählung der Stimmen zur Vorstandswahl

Der Bericht des Sprechers wurde vom Plenum ebenso wie die Berichte des Bundesgeschäftsführers, des Chefredakteurs der *PAZ*, der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, des Referats Heimatpolitik der LO und des Bundes Junges Ostpreußen nach kurzer Aussprache zustimmend zur Kenntnis genommen. Gleiches galt für den Jahresbericht und die Jahresrechnung des Schatzmeisters, dem die Rechnungsprüfer ein preußisch korrektes Handeln sowie der LO und der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* ein grundsolides finanzielles Fundament bescheinigten. Danach waren die Entlastung des Vorstandes und die Genehmigung der Wirtschaftspläne für das Haushaltsjahr 2017 nur noch eine Formsache.

Die turnusmäßige Neuwahl des Vorstandes lieferte einen überzeugenden Vertrauensbeweis in die bisherige Führung: Alle Vorstandsmitglieder, die sich erneut zur Wahl stellten, wurden mit einer klaren Mehrheit im Amt bestätigt. Damit bleibt Stephan Grigat Sprecher der LO und Friedrich-Wilhelm Böld Schatzmeister, während Hans-Jörg Froese von der Position eines weiteren Bundesvorstandsmitglieds auf die des Stellvertretenden Sprechers wechselt. Für Gottfried Hufenbach und Stefan Hein, die nach langjähriger Vorstandstätigkeit nicht wieder kandidierten, rückten Dieter Chilla, Kreisvertreter von Ortelsburg, und der Regionalvorsitzende West des Bundes Junges Ostpreußen, Tobias Link, in den Bundesvorstand nach.

Nachdem sich die Delegierten im vergangenen Jahr mit viel Wehmut vom „Ostheim“ als dem langjährigen Austragungsort der OLV verabschiedet hatten, setzten sie nun ein deutliches Signal der ungebrochenen Vitalität der LO und ihrer Präsenz in Ostpreußen. Nach längerer Diskussion, aber dann mit einer klaren Mehrheit, beauftragten sie den Bundesvorstand, als Ersatz für das in die Jahre gekommene und nicht mehr rentabel zu betreibende Tagungshaus in Bad Pyrmont ein geeignetes Objekt im südlichen Ostpreußen zu suchen.

Für nachdenkliches Schweigen sorgte Dawid Banach, evangelischer Pfarrer in Suwalki und Goldap, mit seinem Geistlichen Wort zu Beginn des zweiten Sitzungstages am Sonntagmorgen. Er zeigte sich erschüttert, wie Deutschland mit seiner 1300-jährigen christlichen Geschichte in diesen Tagen so chaotisch, ja geradezu würdelos wirken könne. Statt sich zum Christentum zu bekennen und sich dessen Bedrohung entgegenzustellen, trage man in Deutschland das Kreuz mittlerweile in der Tasche. Die Ostpreußen in der Heimat, versicherte Banach, hätten zwar ihr Vaterland verloren, nicht aber ihren ostdeutschen Geist. Ihre Herzen schlügen im ostpreußischen Rhythmus.

Die OLV hat durch ihren harmonischen Verlauf, sachliche und konstruktive Diskussionen sowie Geschlossenheit bei den Abstimmungen gezeigt, dass es ihr stets um die Sache geht: Wirken für Ostpreußen, mit Ostpreußen, in Ostpreußen – Gemeinsam, zukunftsgerichtet, entschlossen. Dass es trotz aller Vereinsroutine an der einen oder anderen Stelle der Tagesordnung zu leidenschaftlich aber stets sachlich und konstruktiv geführten Diskussionen kam, beweist die Funktionsfähigkeit der OLV als Kontroll- und Gestaltungsorgan.

Jan Heitmann



Am Ende immer Geschlossenheit demonstriert: Die Delegierten der OLV bei der Abstimmung



Der neue Vorstand: Uta Lüttich, Friedrich-Wilhelm Böld, Hans-Jörg Froese, Brigitte Stramm, Stephan Grigat, Wolfgang Thüne, Dieter Chilla und Tobias Link

Alle Bilder: J.H.

Höllenfahrt nach Leipzig

Die »Tatort«-Krimis sind die sonntäglichen Wundertüten im Fernsehen – Am 13. November läuft die 1000. Folge

Mit „Taxi nach Leipzig“ fing 1970 alles an. Seither sitzen sonntagabends Millionen Krimifans vorm Fernseher, um sich „Tatort“ anzusehen. Am 13. November wird der 1000. „Tatort“ mit einem neuen „Taxi nach Leipzig“ ausgestrahlt.

Die Fahrt nach Leipzig gleicht für Charlotte Lindholm (Maria Furtwängler) und Klaus Borowski (Axel Milberg), zwei einander bis dato unbekannten Teilnehmern eines Führungskräfteseminars, einem Höllenritt. Am Steuer ihres Taxis sitzt ein ausgemusterter Elitesoldat, der auf Rachefeldzug und dessen aufgestaute Wut verheerend ist – den vierten Mann im Wagen hat er unvermittelt mit einem Genickbruch ausgeschaltet. Von jetzt an bilden die Kommissare aus Hannover und Kiel eine Schicksalsgemeinschaft, denn wenn sie etwas gelernt haben in ihrem Seminar, dann, dass sie um ihr Leben reden müssen.

Der 1000. „Tatort“ heißt genauso wie der Premieren-Krimi von 1970 mit Kommissar Trimmel im Fond: „Taxi nach Leipzig“. Die Jubiläums-Folge gleicht einem Kammerspiel, in dem Borowski und Lindholm auf einer langen Reise in die Nacht ihren eigenen Dämonen auf die Spur kommen. Einzige Hommage an die Anfänge sind Gastauftritte ehemaliger Kommissare: Karin Anselm (Hanne Wiegand von 1981 bis ’88) spielt eine Seminarteilnehmerin, Günter Lamprecht (Franz Markowitz von ’91 bis ’95) den Seminarleiter. Friedhelm Werremeier, Drehbuchautor des allerersten „Tatorts“, hat einen stummen Part.

Kein Zweifel, das Format lebt und erneuert sich wie der biblische Adler, dem stets die Jugend zufliegt. Wo andere Krimis wie einst „Der Kommissar“ oder „Derrick“ auf die Wiederkehr des Immergleichen setzten, bietet „Tatort“ immer wieder sonntags die große Wundertüte, die alles enthält, was der Zeitgeist so hergibt, Überraschungen und Provokationen inklusive. Als 1981 ein Bulle namens Schimanski in schmuddeliger Feldjacke antrat und sein „Scheiße“ in deutsche Wohnzimmer brüllte, war die Empörung groß und die Einschaltquote hoch. Wenig später war der böse Bube Ludwigshafen ihren Dienst an und ist somit die dienstälteste Kollegin.

Wenn es neben dem schmissigen Vorspann und dem festen Sendeplatz einen weiteren Haltegriff gibt, dann die Erfindung des Duos, das getreu der Farbenlehre von Haupt- und Komplementärfarbe charakterlich gegensätzliche Kollegen auf Streife schickt. So Reportage verpackt, holen solche Themen höchstens zwei bis drei Millionen Zuschauer, fiktional aufbereitet um die zehn Millionen. Überhaupt die Quoten: Nie waren sie so gut wie heute. War der Zugriff auf die Fernbedienung vorübergehend abgeflacht, konnte das klamaukige Münsteraner Duo Börne und Thiel im November 2015 mit der Folge „Schwanen-


Bild: NDR/Meyerbroeker

Kommissarin Lindholm (Maria Furtwängler) im Visier des Entführers: Szene aus dem Jubiläums-„Tatort“

arriviert und erhielt für die Folge „Moltke“ den Grimme-Preis.

Ende der 70er Jahre merkten die Macher, dass reine Männerteams in Zeiten der Emanzipation unerwünscht waren. Furtwängler im Rückblick: „Wenn eine Frau vorkam, spielte sie die Leiche, die Hausfrau oder die Sekretärin.“ Fortan gab es also auch Kommissarinnen: Auf Karin Anselm folgte Nicole Heesters, 1989 trat Ulrike Folkerts alias Lena Odenthal in agiert die smarte Odenthal neben dem behäbigen Kopper, der blasierter Gerichtsmediziner Börne neben dem schlicht gestrickten Thiel, der vergrübelte Borowski neben der forschen Sarah Brandt.

Für genial wurde auch die Idee gehalten, die Drehbücher mit aktuellen Themen anzureichern: Organhandel und häusliche Gewalt, Kindesmissbrauch und Frauenhandel, Wirtschaftskriminalität und Arbeitslosigkeit – in eine see“ mit 13,65 Millionen Fans triumphieren. Prompt verhandeln Jan Josef Liefers und Axel Prahl derzeit über eine Verdoppelung ihrer Gagen von derzeit rund 120 000 Euro pro „Tatort“.

Die Jagd nach Quoten ist aber auch das zweischneidige Schwert am Erfolgsformat. So wie Schimanski alias Götz George einst mit Proll-Charme punkten sollte, so setzen die Produzenten auf immer mehr Gewalt und noch größeren Nervenkitzel. 48 Tote zählte der Krimi „Im Schmerz geboren“ mit Ulrich Tukur, der sich an dem US-Regie-Berserker Quentin Tarantino orientierte. Auch in den Til-Schweiger-Spektakeln aus Hamburg zählen Action und Geballere zum Programm. Kritik daran wird mit dem Kunstanspruch glattgebügelt.

Schwer tut sich der Regionalkrimi mit Themen rund um die Einwanderung nach Deutschland. So missglückte der Versuch, einen türkischstämmigen Schauspieler als verdeckten Ermittler einzuführen. Nach sechs Folgen warf Mehmet Kurtulus das Handtuch – die Zuschauer fremdelten, er holte die schlechtesten Quoten der Reihe. Das Damoklesschwert der Political Correctness schwebt über jedem Drehbuch. Umso mutiger, wenn sich ein Autor traut, die Bandenkriminalität und die Hilflosigkeit der Polizei so schonungslos zu zeigen wie im Bremer „Tatort“ „Brüder“, in dem die Ermittler Inga Lürsen (Sabine Postel) und Stedefreund (Oliver Mommsen) von einem ausländischen Clan vorgeführt werden.

Aufschlussreich war auch der 999. „Tatort“ aus Kiel: „Das verlorene Mädchen“ zeigte Anfang des Monats, wie junge Mädchen von Islamisten umworben werden, um als IS-Kämpfern in Afghanistan als willige Bräute zu dienen. In einer Schlüsselszene sagt Kommissarin Sibel Kekilli alias Sarah Brandt zu der konvertierten jungen Deutschen im Nikab: „Du bist eine junge, intelligente Frau und setzt dich freiwillig dieser gewalttätigen, dämlichen Männerwelt aus?“ Eine Schauspielerin mit türkischen Wurzeln, die in ihrer Rolle als Polizistin eine deutsche Islam-Konvertitin auf den Boden der Vernunft zurückholt – das hat gerade noch gefehlt.

89 Ermittlerteams sind bisher am „Tatort“ angetreten, fünf neue alleine seit dem letzten Jahr. Kino-Stars wie Til Schweiger schrumpften auf Fernsehformat, Theater-Heroen wie Martin Wuttke oder Eva Mattes eroberten sich mit der Pistole im Halfter den medialen Mainstream. Es gibt Schauspieler, die sind in ihrem Revier gemeinsam grau geworden wie die Münchner Miroslav Nemec und Udo Wachtveitl oder die Kölner Klaus Behrendt und Dietmar Bär. Anderen wollte das Format nicht recht passen wie Joachim Krol in Frankfurt, der nach fünf Folgen seiner bereits vor ihm desertierten Kollegin Nina Kunzendorf folgte.

In den letzten Jahren drehte sich das Ermittler-Karussell immer schneller, auch 2017 treten wieder neue Teams an, darunter die ehemalige Lästerzunge Harald Schmidt als Kriminaloberrat Gernot Schöllhammer für den SWR. Der „Tatort“ bleibt auch in Zukunft eine Wundertüte und gibt den Zuschauern einiges zu knakken. Ulrich Tukur alias Felix Murot aus Frankfurt, eindeutig schrägster aller Kommissare, reibt sich darüber die Hände: „Der Mensch braucht etwas zu beißen, sonst verliert er seine Zähne.“

Im Anschluss an den Jubiläums-„Tatort“ folgt die Dokumentation „Sonntagsmörder: Ermittlungen über 1000 ‚Tatorte‘ (21.45 Uhr, Das Erste). *Anne Martin*

(Siehe Kommentar Seite 8)

Wenn bei Martin ein Licht aufgeht

Im November ist Martinstag – Während die Protestanten Martin Luther feiern, gedenken die Katholiken des heiligen Martin von Tours

Die Martinsumzüge im dunklen November sind für Kinder immer ein großes Ereignis. In katholischen Gegenden ziehen die Kinder singend mit ihren bunten Laternen zu einem Martinsfeuer, begleitet von einem Reiter, der wie ein römischer Soldat mit Helm und Purpurmantel bekleidet ist. Denn mit dem Gedenktag zu Ehren des heiligen Martin am 11. November ist ein altes Brauchtum verbunden. Am diesjährigen Martinstag gibt es Anlass, des 1700. Geburtstags von Bischof Martin von Tours zu gedenken, der seinen Mantel mit einem Bettler teilte, als er noch römischer Soldat war.

Das Laternelaufen am Martinstag ist in die Lichtsymbolik eingebunden, die am Allerseelentag, dem 2. November, beginnt und über Advent und Weihnachten bis Lichtmess am 2. Februar führt. In einigen lutherisch geprägten Gebieten Nord- und Mitteldeutschlands wird der Brauch des Martini-Singens am 10. November gepflegt. Mit ihren Laternen ziehen die Kinder von Haus zu Haus und sammeln mit ihrem Singen „gute Gaben“. Der Termin bezieht sich auf den Geburtstag Martin Luthers am 10. November 1483. Vermutlich wurde Luther am 11. November, dem Martinstag, getauft.

Die Sankt-Martins-Umzüge erinnern an den Kern der Martinslegende, wonach Martin als römischer Soldat hoch zu Ross am Stadttor von Amiens einen halbnackten Bettler sah. Spontan teilte er seinen Mantel mit dem Schwert und gab dem Bettler die eine Hälfte davon. In der folgenden Nacht erblickte Martin im Traum Jesus Christus, der mit seiner Mantelhälfte bekleidet war. Dies verstand er als Aufforderung, sich zum Christentum zu bekehren und ein gottgefälliges Leben als Eremit und Mönch zu führen. Er ließ sich taufen und quittierte den Militärdienst. Die Szene der Mantelteilung wurde im Laufe der Jahrhunderte immer wieder dargestellt, sie wurde zum Sinnbild christlicher Nächstenliebe.

Nicht zu vergessen die Martinsgans. Mit dem Gänsebraten kommt am Martinstag eine üppige Mahlzeit auf den Tisch, bevor die adventliche Fastenzeit beginnt, die allerdings kaum mehr beachtet wird. Auch die Martinsgans nimmt Bezug auf die Legende. Nachdem die Einwohner von Tours Abt Martin im Jahr 371 zum Bischof gewählt hatten, soll er sich in einem Gänsestall versteckt haben, um der Berufung zu entgehen, doch die schnatternden Gänse verrieten ihn.

Sankt Martin ist kein Mythos. In frühchristlicher Zeit war er der dritte Bischof der galloromischen Stadt Tours an der Loire, die seit dem 3. Jahrhundert Bischofssitz war. Auch war er der erste Mann, den das Volk als Heiligen verehrte, obwohl er keinen Märtyrertod starb. Zudem gehört Martin zum kleinen Kreis der Schutzheiligen und Kirchenpatrone, die sowohl in der West- als auch in der Ostkirche verehrt werden.

Durch seinen Biografen und Zeitgenossen Sulpicius Severus ist bekannt, dass Martin im Jahr 316 als Sohn eines römischen Militärtribuns in Savaria, Pannonien, geboren wurde (heute Szombately, Ungarn). Schon zu Lebzeiten hochverehrt, starb


Bild: Dominik Ketz/www.ahrtal.de

Leuchtfeuer in den Weinbergen: Martinslichter in Ahrweiler

Bischof Martin am 10. November 397 in Candes (heute Candes-Saint-Martin). Am Tag darauf wurde er in Tours beigesetzt. Sein Begräbnistag, der 11. November, fand schon im 5. Jahrhundert Eingang in den Festkalender des Bistums.

Rasch breitete sich der Kult um den im Volksglauben „apostelgleichen“ Heiligen in Liturgie und Volksfrömmigkeit aus. In Tours wurde eine Basilika mit angeschlossener Abtei als Grablege des heiligen Martin gebaut. Länger als ein Jahrtausend war die Basilika Saint-Martin eine der wichtigsten christlichen Pilgerstätten. Während der Französischen Revolution wurde der bereits verfallene Bau zerstört. Die heutige Basilika ist ein Nachbau von 1902.

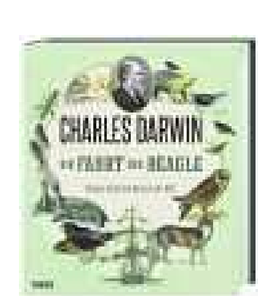
Schon zu Lebzeiten soll Martin Wunder gewirkt haben, und seine Wundertätigkeit setzte sich an seinem Reliquiengrab fort. Diesen Wundertaten und Martins vorbildlicher Lebensführung widmete Gregor von Tours (538–594), einer der Nachfolger Martins im Bischofsamt, ganze vier Bücher. Martin wurde der wichtigste Heilige und Schutzpatron des merowingisch-fränkischen Reiches. Die ihm zugeschriebenen Mantel-Reliquie, lateinisch „cappa“, wurde als fränkische Reichsreliquie verehrt und auf Feldzügen mitgeführt. Ihr Aufbewahrungsort war seit 679 der Königspalast zu Paris. Möglicherweise erhielt der Stammvater des fränkischstämmigen Adelsgeschlechts der Kapetinger, Hugo Capet, nach der „cappa“ seinen Beinamen.

Mit Bezug auf seine Vita ist der heilige Martin Schutzpatron der Reisenden, Armen, Bettler, Reiter und Soldaten sowie der Winzer, Böttcher, Gerber, Weber, Schneider, Pferdezüchter, Hirten, Huf- und Waffenschmiede, Hutmacher und Müller. Da sein Todestag mit dem Ende des mittelalterlichen Wirtschaftsjahres zusammenfiel, wurde der 11. November ein Bauernfesttag. Im Volk und auch bei den Herrschern kam die Sitte auf, zu Ehren des Heiligen exzessiv zu schmausen, zu trinken und zu tanzen. Die Kleriker predigten damals vergeblich gegen dieses wüste „Minnetrinken“ an.

2005 würdigte der Europarat den heiligen Martin als „Person des Teilens und gemeinsamer Werte für Europa“, indem ein Netz von länderübergreifenden Martinus-Wanderwegen in die Liste Europäischer Kulturstraßen aufgenommen wurde. 1700 Jahre nach seiner Geburt gedenkt man des Heiligen vielerorts auf besondere Weise. Nach jahrelanger Vorbereitung wird von September bis November die Mittelroute des europäischen Hauptweges „Via Sancti Martini“ in einer Abfolge zahlreicher Etappen eröffnet. Der Kultur- und Pilgerweg führt von Martins Geburtsort in Ungarn durch Österreich, Deutschland, Luxemburg und Belgien ins französische Tours. Einige Stationen in den deutschen Diözesen sind Ulm, Stuttgart und Trier. Auf jeder Zwischenstation reichen die Pilgergruppen einen künstlerisch gestalteten „Martinusmantel“ wie ein Staffelholz weiter.

Am 10. November sollen die Pilger mit dem Mantel in Trier ankommen. In der römischen Kaiserstadt Trier weilte Bischof Martin zwischen 371 und 386 mehrfach auf seinen Visitations- und Missionsreisen wegen kirchenpolitischer Beratungen mit dem Kaiser. Bei seinen Besuchen betete er in der Trierer Bischofskirche. Ende November wird der Mantel in Tours ankommen.

Zwar haben Lichterumzüge am 11. November größtenteils die Martinsfeuer abgelöst, doch im Rotweinanbaugebiet Ahr sind die Martinsfeuer seit Ende des 19. Jahrhunderts eine feste Tradition. Organisiert werden sie von den Ahrweiler Junggesellenvereinen. Die sensationellen Bergfeuer und meterhoch brennenden Fakkel-Schaubilder in den Ahrtaler Weinbergen beeindrucken jährlich tausende Zuschauer. Eine Jury kürt dabei die originellsten Schaubilder und besten Feuer. In Ahrweiler findet es diesmal am 12. November statt (www. rotweinwanderweg.de/feste/sanctmartin-2016). *D. Jestrzemski*



Darwin auf Weltreisen

Einblick in seine Forschungen

Die Evolutionstheorie von Charles Darwin bildete den Grundstein für unser Wissen über die Entstehung der Tier- und Pflanzenarten. Die wichtigsten Entdeckungen dafür machte er auf der Schiffsreise mit der „HMS Beagle“, die ihn von 1831 bis 1836 einmal rund um den Erdball führte und die er in seinem Reisetagebuch „Die Fahrt der Beagle“ beschrieb, das hier in neuer illustrierter Ausgabe vorliegt.

Charles Darwin (1809–1882) interessierte sich schon von früher Kindheit an für die Natur. Er absolvierte ein Theologiestudium, interessierte sich für die Naturphilosophie und die neuen Kontinente. Als 22-Jähriger bekam er die Gelegenheit zur Mitfahrt auf dem Schiff „HMS Beagle“, das die britische Marine zur Vermessung nach Südamerika beordert hatte. Dabei sollten auch naturwissenschaftliche Erkundungen der Tier- und Pflanzenwelt sowie der Geologie unternommen werden. Darwin machte sich mit reichlich Probenbehältern, Chemikalien, wissenschaftlichen Geräten und Büchern auf den Weg. Die Reise führte zu den Kapverdischen Inseln, rund um Südamerika, zu den Galapagos-Inseln und nach Tahiti, Neuseeland, Australien, Mauritius und Südafrika. Neben 18 Monaten an Bord der „HMS Beagle“ verbrachte er an verschiedenen Orten insgesamt drei Jahre und drei Monate mit Exkursionen an Land, wodurch sich auch die Gelegenheit ergab, die dort lebenden Menschen kennenzulernen. Er beschreibt deren Lebensbedingungen und die Missstände, denen die Ureinwohner in verschiedenen Gegenden ausgesetzt waren. Er stieß auf fremdartige Flora und Fauna, die ihn faszinierte. Mit einer unglaublichen Detailfreude beschreibt er große und kleine Entdeckungen, wie ein Skelett des ausgestorbenen Riesenfaultiers, aber auch den Fund von 67 verschiedenen Staubsorten oder eine seltene Gattung wirbelloser Tiere. Dabei klammerte er sein eigenes Befinden – er soll unter schwerer Seekrankheit gelitten haben – und das Leben an Bord vollkommen aus. Darwin kehrte nach fünf Jahren mit über 1500 eingelegten Pflanzen- und Tierpräparaten und über 4000 etikettierten Fundstücken in Form von Fellen, Federn, Knochen, Häuten, Fossilien und Gesteinen sowie 2000 Seiten Notizen nach England zurück und entwickelte in der Untersuchung daraus seine Evolutionstheorie.

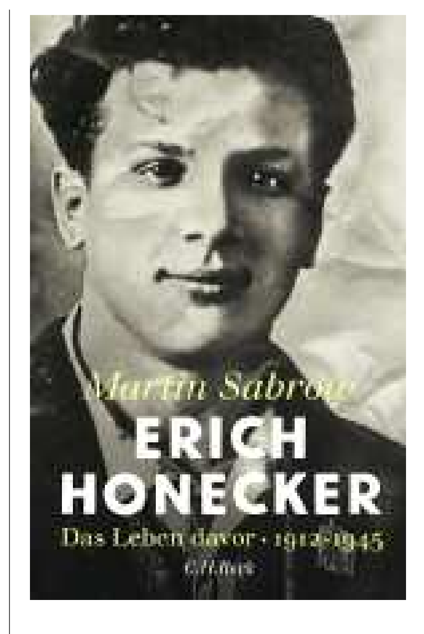
Drei Jahre unter Ureinwohnern

Für Darwin war jedes einzelne Exemplar, egal ob Tier, Pflanze oder Stein, immer wieder ein Wunder, das ihn in den Bann zog, und an dieser Leidenschaft lässt er den Leser teilhaben. Dabei vermittelt er auch die Freude an der Schönheit der Natur, er beschreibt den ästhetischen Genuss der Betrachtungen, zum Beispiel die „Baumfarne, die wegen ihres leuchtend grünen Laubs und des eleganten Schwungs der Wedel der Bewunderung am würdigsten waren“. Das Buch ist für den interessierten Laien sehr abwechslungsreich geschrieben und liest sich teilweise wie ein Abenteuerroman, und genau das war ja auch diese Forschungsreise, die vor 185 Jahren begonnen hat.

Das Buch ist exquisit ausgestattet und umfasst das Reisetagebuch von Charles Darwin mit all seinen Beobachtungen in der Naturgeschichte und der Geologie, Auszüge aus dem Tagebuch von Kapitän Fitz Roy und aus anderen zeitgenössischen Texten. Es ist sehr aufwendig gestaltet, mit über 300 Abbildungen reich illustriert, durch historische Karten und Zeichnungen, kleine Skizzen über Land und Leute, aber auch durch viele aktuelle prachtvolle Farbfotografien. Die einzelnen Kapitel und Seiten sind mit viel Liebe zum Detail gestaltet. Ein sehr lesens- und betrachtenswertes Buch, auf dessen Reise man sich als Leser gern einlässt.

Britta Heitmann

Charles Darwin: „Die Fahrt der Beagle. Darwins illustrierte Reise um die Welt“*, Theiss Verlag, Darmstadt 2016, 480 Seiten, 49,95 Euro*



Alles zurechtgelogen

Martin Sabrow spürt Erich Honeckers frühen Jahren nach

Zu beklagen ist, dass das Buch nur die Zeit bis Ende des Zweiten Weltkrieges beinhaltet. Umso gründlicher werden Erich Honeckers Jugendzeit und seine lebensleitenden Erfahrungen dargelegt, die ihn noch als DDR-Staatschef begleiteten. Seine in Ost-Berlin gedruckte Biografie stellt eine Autobiografie dar, die Deutungshoheit des Buches lag stets bei Honecker.

Es war nicht leicht, sein Leben in Einklang zu bringen mit der Partei, die nach ihrer Propaganda „immer recht hat“: Man untersagte manchen KPD-Funktionären in der DDR, ihre eigene Lebensgeschichte zu publizieren. Hatten sie gegen die „Linientreue“ verstoßen, wurden sie totgeschwiegen. Umso größer ist das Verdienst des Autors dieses Buches, anhand überaus vieler Dokumente und Aussagen von Zeitzeugen, Honeckers einzelne Lebensstationen detailliert nachzuzeichnen. Vieles war bisher selbst DDR-Spezialisten unbekannt:

Honeckers Elternhaus entsprach keineswegs dem proletarischen Muster, sondern eher kleinbürgerlichem Zuschnitt: Den Vater als „revolutionären Bergarbeiter“ hinzustellen, der „am Aufstand 1918 in Kiel teilnahm“, ist unwahr. Er selber war auch nie Dachdecker, sondern brach die Lehre früh ab, um sich dem KPD-Jugendverband (KJVD) anzuschließen. Als Eintrittsjahr gaben die Unterlagen 1926, aber ebenso 1928 an. Ähnliches gilt für seine KPD-Mitgliedschaft. Wahr ist: Honecker blieb bis zum Ende seiner Saar-Heimat sehr eng verbunden. Bei all seinen Reden von zwei verschieden Staaten weinte er bei seinem Besuch 1987 und sprach zum Entsetzen seiner Mitarbeiter vom Tag, „an dem die Grenzen nicht trennen, sondern vereinen“. Im KJVD spielte er bald eine wichtige Rolle und gehörte zum Personenschutz Thälmanns, den er vergötterte. 1930 wurde er auf eine stalinistische Kaderschule in Mos-kau geschickt. Stalin zu sehen, „war die größte Sache, die ich je erlebt habe!“

Unbekanntes über »Flucht 1945«

Nach Hitlers Machtübernahme arbeitete Honecker im kommunistischen Widerstand. Der Autor rügt, er habe in Berlin im Taxi einen Geheimkoffer vergessen, der den gesamten dortigen KP-Untergrund gefährdete, und selber nicht genügend Vorkehrungen gegen seine Verhaftung getroffen. Ursache war gewiss seine große Fehleinschätzung von den „kommunistischen Volksmassen gegen Hitler“, welche die Gestapo zumeist längst zerschlagen hatte. Als „überzeugten und unbelehrbaren Anhänger des Kommunismus“ verurteilte ihn der Volksgerichtshof 1937 zu zehn Jahren Zuchthaus in Brandenburg.

Über jene Zeit berichtete der spätere DDR-Staatschef von der „solidarischen Kraft einer illegalen Parteiorganisation“, die in Wahrheit gar nicht existierte. Ab Ende 1943 wurde auch er in Berlin zur Reparatur der zerbombten Häuser eingesetzt, was er als „Himmelfahrtskommando“ wertete. Von Rätseln umrankt war bislang seine Flucht im März ‘45 und besonders seine unbehelligte Rückkehr ins Zuchthaus. Damals warf ihm die Parteizentrale vor, durch „die Sorge um sein eigenes Überleben“ habe er „bedenkenlos die illegale Arbeit von Genossen gefährdet“. In der Tat hatte er KPD-Genossen aufgesucht. Erst 1980 gab Honecker zu, eine Gefängnisbeamtin habe ihm geholfen, sie war indes keine heimliche Gesinnungsgenossin, wie er behauptete (seine spätere Heirat mit ihr verleugnete er bis zum Tode).

Angesichts der Gestapo-Razzien sah er letztlich nur ein Zurück zum Arbeitskommando. Die Gefängniswärterin, besonders aber ein Staatsanwalt sorgten für eine stillschweigende Eingliederung. Obwohl dieser damit Honecker das Leben rettete, wurde er in dessen Memoiren nur beiläufig erwähnt. Am 27. April besetzten Sowjettruppen Brandenburg, die Honecker später als „Klassenbrüder und Freunde, die Bahnbrecher einer neuen, einer besseren Zukunft der Menschheit“ sah. Indes war er damals weder an der Bildung einer KP-Leitung noch an der Jubelfeier der Ex-Häftlinge beteiligt. Er hatte sich allein nach Berlin aufgemacht, um die KPD zu suchen, die es indes nicht mehr gab.

Die aus Moskau zurückkehrenden KPD-Funktionäre waren nach dem Autor „zu bloßen Erfüllungsgehilfen der Moskauer Politik“ geworden mit der „strikten Unterordnung unter die sowjetischen Besatzungsbehörden“. Sie besaßen keine Bindung mehr zu ihrer alten KPD, der nunmehr sogar „durch jahrelange Abgeschlossenheit im KZ entstandene Zurückgebliebenheit“ vorgeworfen wurde. Nur durch Zufall wurde Honecker dem führenden Ulbricht vorgestellt, der ihn in das ZK der KPD berief. Jahre später stürzte er seinen Ziehvater wegen „nationaler Abweichungen“... *F.-W. Schlomann*

Martin Sabrow, „Erich Honecker, Ein Leben davor“*, Beck-Verlag, München 2016, 623 Seiten, gebunden, 27,95 Euro*



Verfolgt bis in den Tod

Der Prediger Zhang Rongliang erzählt von seinem Leben als Christ in China

Über das Leben der Christen in China ist hier im Westen wenig bekannt. Dabei erfreuen sich chinesische christliche Gemeinden in den letzten 30 Jahren wachsenden Zulaufs. Und das, obwohl europäische Missionare in den 50er Jahren des Landes verwiesen wurden und nach der Kulturrevolution unter Mao jedes religiöse Leben streng verboten war. Wer sich dem widersetzte, hatte mit Verfolgung, Haft und Folter zu rechnen.

Einer, der davon ein Lied singen kann, ist der Prediger Zhang Rongliang, der seine Erinnerungen an die Zeit der Unterdrückung gemeinsam mit Eugene Bach in dem Buch „Bis zum Äußersten. Mein Leben mit Christus in China“ festgehalten hat.

Es ist eine von zunächst naiven Vorstellungen geleitete Religiosität, die Zhang zum Glauben führt. Alles beginnt damit, dass das älteste Mitglied der Familie, Opa Sun, dem Zwölfjährigen eine Bibel schenkt, verbunden mit dem Auftrag, sie wie einen Schatz zu hüten. Denn allein der Besitz einer Bibel wurde damals hart bestraft.

Seit diesem Tag fühlt Zang sich erweckt und beschließt, sein Leben in die Hand von Jesus Christus zu legen. Zwar ist sein Glaube noch kindlich naiv und er kann die Folgen für sich und seine Lieben noch nicht überblicken, doch sieht er auch keinen Widerspruch darin, Karriere in der kommunistischen Partei zu machen. Im Gegenteil: Er geht davon aus, dass sein neuer Glaube gut zu den Zielen der Kommunistischen Partei Chinas passe. Das böse Erwachen kommt, als Zhang sich taufen lässt und sein Leben als Staatsfeind beginnt. Weil der dem Christentum nicht absagen will, wird er als „Konterrevolutionär“ verhaftet. Es folgen insgesamt zwölf Jahre Haft in Arbeitslagern. Zhang macht Bekanntschaft mit Hunger, Folter und Ausbeutung der Gefangenen. Doch er gibt niemals auf. Er lässt sich eine Bibel ins Gefängnis schmuggeln, die stets gut versteckt sein muss. So missioniert er im Gefängnis. Dass er so erfolgreich ist und selbst Schwerverbrecher bekehren kann, bestärkt ihn nur in seinem Glauben.

Die Zeiten in Freiheit zwischen seinen Haftstrafen engagiert Zhang sich in der Untergrundkirche. Als Prediger erlangt er neben anderen Mitstreitern über seine Heimatregion hinaus Ruhm. Erst in den 1990er Jahren lockerte die chinesische Führung ihr Verhalten gegenüber Christen, sodass Zhang Rongliang nun öffentlich über seine Erfahrungen berichten kann.

Leider fehlt dem Erzählten ein Spannungsbogen, der den interessanten Inhalt noch lesenswerter gemacht hätte. *M. Rosenthal-Kappi*

Zhang Rongliang (mit Eugene Bach, Pseudonym): „Bis zum Äußersten. Mein Leben mit Christus in China“*, Brunnen Verlag, Gießen 2016, broschiert, 258 Seiten, 13 Euro*



Bedrohung durch den Islam bleibt diffus

Richard Niedermeier beschreibt die Gewaltbereitschaft von Muslimen – Gleichsetzung von Türkei und islamischer Religion

Richard Niedermeier, Jahrgang 1956, zuerst Uni-Assistent, dann freiberuflicher Kirchenhistoriker, legt ein Buch vor, das trotz archivalischer Faktenfülle nicht überzeugt. Der Islam, der Europa bedrohe, bleibt diffus:

Entstanden Mitte des 7. Jahrhunderts als Gegenwehr gegen die „verfaulende“ Theokratie der Weltmacht Byzanz griff er im Jahre 711 in einem „Blitzkrieg“ auf die iberische Halbinsel in Europa über. Die weitere Entwicklung scheint für Niedermeier Nebensache angesichts unveränderlicher Wesenszüge: Der islamische Osten strebe nach Territorien, der christliche Westen treibe dynastische Politik. Das Christentum ehre den liebenden Gott, der Islam beuge sich gänzlich unter Allahs Willkür, die keine Freiheit des Menschen wolle und Gewalt (Dschihad) und Täuschung (Taquia) als legitime Mittel im Glaubenskampf sehe.

Das klänge akzeptabel, passt aber nicht zu drei Schwächen Niedermeiers: Erstens unterschätzt er die permanente Zerstrittenheit der Christenheit, die allein islamische Eroberungen in Europa begünstigte: Wer von Muslimen gerade angegriffen wurde, von Byzanz bis Wien, den ließen seine Glaubensbrüder im Stich. Zweitens setzt er zwischen Islam und Türkei ein Gleichheitszeichen, was wohl mangelnde Kenntnis beider bedeutet, denn das Image der Osmanen war in der islamischen Welt verheerend. Drittens unterstellt er den Osmanen „ausnehmende Grausamkeit“ und „grauenvollste Praktiken“ wie die „Knabenlese“ (Rekrutierung von Christenkindern zum Elitekorps der Janitscharen), wofür er „alte Wiegenlieder“ als Beweise heranzieht. Besser wären die Lebensläufe christlicher Knaben wie Sokollu Mehmed oder, Mimar Sinan, die auf diesem Umweg Karriere als Großwesir, berühmter Architekt oder weiteres machen konnten.

Zerstrittenheit der Christen und deren Auswirkung bleiben unerwähnt

Niedermeiers Anklagen („Gefangenentötung. Kinderraub, Versklavung, unsägliche Zerstörungen“) verfehlen ihr Ziel. Das „türkische Joch“ bestand auf dem Balkan 700 Jahre, was kein Regime schafft, das auch nur annähernd so grausam ist, wie Niedermeier und andere es den Osmanen nachsagen. Ihre Herrschaft wurde zum Beispiel in Bosnien 1461 per freiwilliger Massenkonversion zum Islam übernommen, und generell gilt Ivo Andrics Urteil, dass man die Türkenherrschaft einmal „Zeit einer wunderbaren Ruhe“ nennen werde.

Niedermeier hält sich lieber an Kriege und Kämpfe, oft literarisch erfundene wie die „Schlacht auf dem Amselfeld“ von 1389. Für diese Konflikte lässt er fünf-, gar sechsstellige Truppenmassen aufmarschieren, eine oder zwei Nullen zu viel, an Orten, die bestenfalls wenige Tausend Einwohner hatten. Er macht serbische Stammesführer wie Skanderbeg zu „Albanern“, übergeht aber die Verheerungen, die die Pest auf dem Balkan anrichtete.

Niedermeier zerredet die Geschichte, wo kurze Passagen über Luther, über die Wirkung des Buchdrucks und andere zeigen, dass er sehr wohl größere Zusammenhänge erkennen und werten kann. Lieber aber verfasst er Heldenepen von El Cid bis Jan Sobieski und Prinz Eugen oder malt Schlachtengemälde von Lepanto bis Wien, streift jedoch nur Ränke der Päpste, deren „Abendländische Schismen“, Eifersüchteleien von Staaten und was „Mohammed“ weiter Europas Tore öffnete.

Dass „Mohammed“ in balkanischen Aufständen im 19. Jahrhundert und den Balkankriegen 1912/13 aus Europa fast gänzlich hinausgeworfen wurde, übergeht Niemeier. Dass der Islam „den Krieg gegen die Ungläubigen befiehlt“ und „Verachtung der westlichen Lebensform durch radikale Islamisten“ bereits Alltag im „christlichen Abendland“ ist, streift er wenigstens in einem „Epilog“. Es hätte mehr verdient, schließlich ist Schopenhauers Warnung vor dem „schlechten Buch Koran“ wieder aktuell, das seine Gläubigen zu „Verachtung des Todes“, „blutigen Kriegen“ und „ausgedehntesten Eroberungen begeistert“.

. *Wolf Oschlies*

Richard Niedermeier: „Mohammed vor den Toren. Ein Kampf um Europa“*, Verlag Petra Kehl, Künzell 2016, broschiert, 264 Seiten, 13,90 Euro*

MELDUNGEN

Verbot gegen Pegida-Chef

Dresden – Die Stadt Dresden hat „Pegida"-Chef Lutz Bachmann und seinem Vize Siegfried Däbritz verboten, weiterhin Demonstrationen anzumelden. Das Verbot gegen Bachmann gilt bis Ende Oktober 2021. Zur Begründung heißt es, beide würden von der Stadt „als nicht vertrauenswürdig eingestuft". Bachmann habe zudem gegen Demonstrationsauflagen verstoßen. Bei Zuwiderhandlung droht ein Zwangsgeld von 1000 Euro. *H.H.*

Millionen drängen zu uns

Berlin – Der Bevölkerungsforscher Gunnar Heinsohn warnt vor einer gewaltigen Einwanderer-Lawine aus Schwarzafrika. Dort sei nicht nur die Bevölkerung seit 1950 von 180 Millionen auf eine Milliarde gewachsen. Allein von 1990 bis 2011 habe sich die Zahl der „absolut Armen" (weniger als 1,90 US-Dollar am Tag) von 280 auf 390 Millionen erhöht. Dies führe zu einem gigantischen Auswanderungsdruck, so Heinsohn in der „Welt". *H.H.*

ZUR PERSON

High-Tech-Ikone war für Trump

Das Silicon Valley wählte – wie nicht anders zu erwarten war – demokratisch. Die High-Tech-Milliardäre von Apple, Microsoft oder Facebook, die in der Region um San Francisco ansässig sind, ließen vor den US-Wahlen in einem offenen Brief wissen: „Trump wäre ein Desaster." Nur einer fiel aus der Rolle: der in Frankfurt am Main geborene **Peter Thiel**. Er machte sich auf republikanischen Parteitagen für Donald Trump stark und spendete für dessen Wahlkampf 1,25 Millionen Dollar.

Mit seinem Engagement für Trump brachte Thiel auch die bunte Regenbogenwelt durcheinander. Denn Thiel ist nicht nur reich und prominent, sondern auch homosexuell. Diese Attribute hätten genügt, um ihn automatisch zum Trump-Hasser zu machen. Doch Thiel schwimmt schon seit seinem Studium an der elitären Stanford Universität gegen den Strom an, als er eine libertäre Studentenzeitung veröffentlichte. Später unterstützte Thiel, der zu den 1000 besten Schachspielern in den USA zählt, die konservative „Tea Party"-Bewegung.



Der 1967 geborene Thiel, dessen deutsche Eltern ausgewandert sind, als er noch ein Kleinkind war, ist in den USA kein Unbekannter. Angefangen als Anlagen-Manager, machte er ein Vermögen als Mitbegründer des Online-Bezahldienstes PayPal. Groß heraus kam er als erster Investor bei Facebook. Er stieg mit 500 000 Dollar ein und verdiente nach dem späteren Verkauf seiner Facebook-Anteile über eine Milliarde Dollar. Inzwischen schätzt das US-Wirtschaftsmagazin „Forbes" sein Vermögen auf 2,7 Milliarden Dollar.

Da Thiel mit seiner Firma in junge Internetfirmen investiert, gilt er in der Branche als Ikone. Gut möglich, dass das Silicon Valley künftig wieder irgendwann mal republikanisch wählt. *H. Tews*



Der Martin im Michel

Warum Anne Will noch hätte warten sollen, wem der Bischof klare Kante zeigt, und warum Luther eine Warnung an die Mächtigen bleibt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Mit dem Auftritt einer Frau im „Nikab" hat sich Anne Will ziemlichen Ärger eingehandelt. Ins schwarze Gewand der radikalen Musliminnen gewickelt, das nur einen Sehschlitz freilässt, durfte die schweizerische Konvertitin in Wills Staatsfunk-Sendung kräftig die Trommel für den „Dschihad" rühren und fanatische Meuchelmörder zu den eigentlichen „Opfern" umfrisieren. Das war nicht nur Henryk M. Broder zu viel. Der streitbare Autor schreibt, ab jetzt zahle er keine Rundfunkgebühren mehr, basta.

Arme Anne Will. Es war wohl einfach zu früh für eine solche Vorstellung. Hätte sie noch ein oder zwei Jahre gewartet, wer weiß? Vielleicht sind wir dann endlich kultursensibel genug, um das schwarze Gespenstertuch als Bereicherung anzunehmen und stattdessen alles zu beseitigen, was ein Moslem als Beleidigung seiner Weltanschauung auffassen könnte wie Weihnachtsmärkte, Schweinefleisch oder unzüchtig bekleidete Frauen.

Oder Kreuze. Bei ihrem Besuch des Jerusalemer Felsendoms haben die höchsten Repräsentanten der größten deutschen Kirchen bei der Zurückdrängung des christlichen Symbols einen weiteren Markstein gesetzt. Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, und der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bayerns Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, legten ihre Kreuze dort ab, weil ein muslimischer und angeblich auch ein jüdischer Würdenträger sie darum gebeten hätten.

Bedford-Strohm beeilte sich zu beteuern, dass das natürlich eine Ausnahme bleibe. Sei's drum: Entscheidend ist doch, dass unter anderem islamische Geistliche entscheiden durften, ob und wo die Bischöfe ihre Kreuze tragen dürfen oder eben nicht. Vom Felsendom aus können sie die kreuzfreie Zone nun schrittweise ausdehnen. Hat Mohammed nicht bestimmt, dass die ganze Welt Allah und nur Allah gehöre? Verkünden das nicht auch jeden Tag abertausende islamische Prediger weltweit?

Ach, das meinen die ja gar nicht so. Orientalisches Blut kocht leicht mal über und hinterher wird's nie so heiß gegessen, wie's … oder etwa doch? Wir erinnern uns da an einen türkischen Politiker, der einst hinausposaunte, die Demokratie sei nur der Zug, auf den man aufspringe, um an die Macht zu gelangen. Das sei bloß so ein Spruch, beruhigten uns damals die Kenner der Region und priesen den Mann als Führer der „gemäßigt islamischen Partei AKP", mit anderen Worten: so eine Art Christdemokrat auf mohammedanisch. Dann ist Erdogan in den Bahnhof eingefahren, und nun verschrottet er gerade den besagten Zug.

Auf die verfolgten Christen in Syrien, dem Irak und anderswo muss das Kreuzablegen der deutschen Kirchenfunktionäre einen sagenhaften Eindruck gemacht haben. Vielleicht fangen manche von ihnen an, ihren nach Deutschland geflüchteten Verwandten zu glauben, die ihnen berichten, dass die Christenverfolgung, vor der sie sich in Sicherheit bringen wollten, in den deutschen Asyllagern munter weitergehe.

> Nicht einmal in einer Moschee wäre Bedford-Strohm sicher vor der Wut des Reformators

Wer diesen Skandal allzu laut anklagt, sollte sich allerdings in Acht nehmen. Vor wem? Vor islamischen Eiferern? Nein, vor Heinrich Bedford-Strohm. Denn wer vor der Ausbreitung der Christenverfolgung nach Deutschland warnt, schürt schließlich Ängste, „statt sie zu überwinden". Und das sei das Merkmal von „Rechtspopulisten", denen gegenüber wir „klare Kante zeigen" müssten, wie der EKD-Chef sinnigerweise gleichzeitig mit der Diskussion über seinen kreuzlosen Felsendom-Besuch in die Debatte warf.

Virtuos wirbelte er in seiner Philippika die Begriffe „völkisch", „rechtsextrem" und „rechtspopulistisch" durcheinander, sodass der Eindruck entstehen muss: Ist alles das Gleiche. Da seien „Gestalten" am Werk, die „unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit gegen andere hetzen", so der Bischof. Von diesen Bösewichten werde beispielsweise „ein anti-islamischer Kulturkampf inszeniert". An dieser Stelle dürften selbst die hoffnungslosesten, verzweifeltsten Christen des Nahen Ostens ihr Lachen zurückgewinnen.

Da werden Millionen Christen verfolgt, vertrieben, auf oft entsetzliche Weise von islamischen Fanatikern massakriert – doch der Oberste der deutschen Lutheraner sieht sich um den Schlaf gebracht wegen eines „anti-islamischen Kulturkampfes" in bundesrepublikanischen Debattenzirkeln. Was Martin Luther wohl dazu zu sagen hätte? Das ist ja das Ärgerliche an den Großen der Geschichte: Dass sie alle tot sind. Wie reizvoll wäre es, wenn der Reformator im Jahr vor dem 500. Jubiläum seines Paukenschlags mal kurz vorbeischauen könnte, um das Treiben seiner Sachwalter persönlich in Augenschein zu nehmen. Nicht einmal in einer Moschee wäre der arme Bedford-Strohm sicher vor der Wut des kantigen Begründers seiner Kirche.

Luthers Methode war es ja bekanntlich, dem „Volk aufs Maul zu schauen", während heutige Kirchenleute doch lieber drüberfahren über des Volkes Mundwerk. Daher ihr ausgeprägter Ekel vor „Populisten", die aussprechen, was das gemeine Gesindel in Stadt und Land daherredet. Früher brauchte uns das Gesabbel gar nicht zu interessieren. Seit aber „Populisten" unsere gepflegten Diskussionsrunden verminen, muss man sich immerzu mit Widerworten „von unten" herumschlagen.

Dabei war man sich sicher, das „Volk" längst erfolgreich abgeschafft zu haben. Vor etwa 50 Jahren hatten sich die Wegbereiter der heutigen Herrschaftselite in Politik, Kirchen, Hochschulen, Medien und wo sonst noch aufgemacht, um die damaligen Eliten herauszufordern. Sie kamen sich dabei ungemein emanzipatorisch und revolutionär vor und wähnten sich auf jeden Fall als „Anwalt der Unterdückten", sprich des Volkes, wie man es seinerzeit sogar links noch zu nennen pflegte.

Heute sind die Nachfolger der damaligen Emanzipierer und Volksbefreier selber an der Macht, weshalb es ihrer Meinung nach gar keines Volkes mehr bedarf. Leider aber ist dieses Volk immer noch da und hat zu merken begonnen, dass es ausgebootet wurde. Seine Reaktion war erst Misstrauen, dann Verärgerung und schließlich die Wut der „Wutbürger".

Da gilt es, das Gesocks unter Kontrolle zu halten. Wie das am besten gelingt, ist historisch gut erprobt. Die erfolgversprechendste Taktik zur Machterhaltung besteht darin, den Massen Schuldgefühle einzutrichtern. Wer sich schuldig fühlt, der gehorcht. Da sie bei den Deutschen überdurchschnittlich gut funktioniert, findet die Schuldgefühl-Taktik bei unseren Mächtigen auch besonders großen Anklang.

Die US-Wahllokale waren noch nicht einmal geschlossen, da hauten uns die Medien bereits um die Ohren, wer am Hochkommen dieses entsetzlichen Trump die Hauptschuld trägt: Unsere transatlantischen Verwandten, die Deutsch-Amerikaner! Bei keiner Einwanderergruppe sei der Rückhalt für den politischen Satan der Saison so stark wie bei den Nachfahren der Müllers, Meyers und Schulzes, die irgendwann über den Ozean gekommen waren.

Da haben wir's wieder: Die Deutschen machen es von allen am falschesten, sie sollten sich schämen und vor allem: Einsehen, dass sie das politische Geschäft einer weisen Führung überlassen sollen, statt sich „populistisch" eine eigene Meinung zu erlauben.

Indes muss man sich vorsehen. Mag ja sein, dass die Deutschen besonders empfänglich dafür sind, sich am Nasenring der Schuldgefühle führen zu lassen. Wir sollten aber nicht vergessen, dass es auch ein Deutscher war, der vor 500 Jahren genau damit Schluss gemacht hat, als er den Ablasshandel zerschlug. Danach erbebte das gesamte Abendland. Also: Man darf es nicht übertreiben, sonst schießt aus dem braven Michel plötzlich ein wütender Martin hervor.

MEINUNGEN

*CDU-Präsidiumsmitglied **Jens Spahn** zeigt sich in der „Welt" (3. November) erstaunt über die Debatte zu **Kinderehen** orientalischer Immigranten in Deutschland:*

„Erst einmal wundere ich mich einfach darüber, welche Prioritäten gesetzt werden. Da wird mit viel Härte für eine bis zur letzten Silbe politisch korrekte Sprache gekämpft oder gegen zu viel nackte Haut in der Werbung, aber wenn es um Kinderehen geht, bleibt ein Aufschrei aus. Ich nenne Ehen mit zehn- oder zwölfjährigen Mädchen Kindesmissbrauch. Da gibt es nichts zu relativieren."

*Durch weiter verstärkte Kontrollen wegen möglicher Beihilfe zur Steuerhinterziehung fühlen sich **Banken unter „Generalverdacht"** gestellt. Dies kontert NRW-Finanzminister **Norbert Walter-Borjans** (SPD) im Deutschlandfunk (3. November):*

„Und ich muss ehrlich sagen: Dieses Wort des Generalverdachts, der da immer ausgesprochen wird, das ist immer so der letzte Notnagel, um rauszuholen, dass man doch besser nicht kontrolliert werden möchte, dass man weiter so machen möchte wie bisher. Wir haben Anlass, Kontrollen zu verstärken."

*Rentenexperte **Bernd Raffelhüschen** wirft in „Focus-online" (31. Oktober) der Bundesregierung vor, bei der **Rente nur „Dummheiten"** begangen zu haben, und prophezeit:*

„Wenn wir alles so lassen, wie es ist, werden Sozialbeiträge in Zukunft weit mehr als 50 Prozent unseres Gehalts ausmachen. Allein der Beitrag zur Krankenversicherung wird im Jahr 2040 bei 26 bis 28 Prozent liegen, wenn sich nichts ändert. Das wären dann Sozialabgaben von weit über 60 Prozent. Kommen dann noch Steuern dazu, bleiben den Deutschen von ihrem Gehalt nur noch um die zehn Prozent."

*Der mit 13 Jahren aus China nach Deutschland gelangte **Marcel Zhu** nennt in „Tichys Einblick" (7. November) eine **unbequeme Wahrheit** zum Thema **„Integration"**:*

„Eine deutsche Gesellschaft in Verleugnung und Marginalisierung ihrer nationalen Identität ist nicht in der Lage, den Migranten eine neue, deutsche Identität zu geben. Die entwurzelten Einwanderer suchen daher ihre Identität vor allem in ihrem alten Heimatland oder in ihrer mitgebrachten Religion, Kultur oder Ethnie … Auf diesem Wege radikalisieren sich manche Migranten zu religiösen Fundamentalisten oder Nationalisten."

***Wolfgang Bosbach** (CDU) beschrieb gegenüber der „Bild"-Zeitung (8. November) seine Gefühle während der **Anne-Will**-Sendung mit der Muslimin im **Nikab**:*

„Während der Sendung musste ich mir permanent sagen: Ruhig bleiben, nicht aus der Haut fahren, sitzen bleiben und klar argumentieren. Wer ausrastet, verliert. Wer geht, erst recht … Wenn überhaupt, ist die Einladung nur verständlich vor dem Hintergrund des ‚Tatort'-Geschehens vorher. Die Gäste sollten wohl das ganze Meinungsspektrum innerhalb des Islams widerspiegeln."